ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

ZB

Dienststelle/Betrieb

Archivsignatur:

Aktenführende Stelle:

Aktenzeichen:

Aktentitel bzw. Akteninhalt:

PV - Sitzung
BLV 10.2.90

Bandnummer:

Zeitlicher Umfang:

Aufzubewahren bis:

07-011-3135

Archivsignatur:

[redacted]

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

ARCHIVALE **07-011 : 3135**

Ost-CDU: Sekretariat des Hauptvorstandes (07-011)

Aktentitel: CDU-Parteivorstand 10.02.1990 Protokoll der 2. Tagung Parteivorstand in Berlin

Laufzeit 10.02.1990

Name des Benutzers / der Benutzerin Datum

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

PROTOKOLL

der 2. Vorstandssitzung der CDU

(Unkorrigiertes Bandprotokoll)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

M. K i r c h n e r :
Wir begrüßen zu der 2. Tagung des Parteivorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Diese Tagung ist ordnungsgemäß unter Angabe der Tagesordnung einberufen worden. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gibt es hierzu Bemerkungen, Änderungs- oder Ergänzungsanträge? Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir nach dieser Tagesordnung. Ich darf Ihnen den Zeitplan, den ich bitte als einen Rahmenplan zu betrachten, bekanntgeben. Wir werden jetzt von 11 - 13.00 Uhr ursprünglich einmal, dazu darf ich die Bemerkung machen, daß wir um Entschuldigung bitten für den verspäteten Beginn. Sie wissen, dazu hatten wir ja auch Sie herzlich eingeladen, daß wir zu einer Straßenwahlkampfaktion auf dem Alexanderplatz waren. Ich habe den Eindruck, daas lieftdort sehr gut, und das ist natürlich dann auch der Grund, daß wir hier verspätet beginnen. Daß wir also jetzt in der Tagesordnung so verfahren, das Referat unseres Vorsitzenden hören und 13.00 - 14.00 Uhr dann die Mittagspause halten. Wir werden die Aussprache bereits in der Vormittagessitzung eröffnen und dann zwischen 14.00 und 15.30 Uhr fortsetzen. Eine Kaffeepause zwischen 15.30 und 16.00 Uhr halten, so-dann nach 16.00 Uhr fortfahren, wobei wir hoffen, die Tagung 18.00 Uhr schließen zu können. Ich bitte, daß jetzt der Herr Vorsitzende das Wort nimmt.

L. d e M a i z i é r e :
Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!
Wenn wir zu Beginn unserer Parteivorstandssitzung ganz kurz an die vorhergehende Anfang Januar denken, in Burgscheidungen zurückdenken, dann fällt im Vergleich auf, es ist immer noch die gleiche Jahreszeit, aber es ist heißer geworden, und das ist Wahlkampf! Der ist uns ungewohnt, diese Hitze, die müssen wir erst lernen, und darüber soll heute, hier, meine ich, im wesentlichen auch gesprochen werden. Wie er aussieht, davon konnten sich einige soeben auf dem Alexanderplatz einen unmittelbaren Eindruck verschaffen, und sie sicherlich vor Ort bei Ihnen auch schon. Ich denke nur an eine Situation, die wir eben hatten, daß glaubten an unserem Rande Republikaner, sich artikulieren zu können und ihre Position darstellen zu können. Wir werden also auch mit solchen Dingen uns

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

auseinanderzusetzen haben; wir haben ja ganz klar erklärt gegen Extremismus von links und von rechts. Wir müssen also wachsam sein in dieser Frage. Wenn wir die Wahlkampfsituation sehen und zurückdenken an alte Klischees, Sie wissen, es gab da mal ein Thema "Mein Arbeitsplatz - mein Kampfplatz" - vielleicht trifft das auf den Wahlkampf noch zu, wenngleich dies deutlich nicht mehr unsere Sprache sein soll. Und, wenn es ein Kampfplatz ist, dann müßte vor allen Dingen von uns allen rüberkommen, daß wir nicht auf Platz, sondern auf Sieg setzen.wollen - das ist auch einer der Gründe, die Verhandlung in den letzten Wochen zum Inhalt hatten. Es geht also nicht um irgendeinen Platz in unserer demokratischen Parteienlandschaft, sondern um einen entscheidenden Platz, in der die CDU in Zukunft die Gestaltung dieses Landes mit übernehmen kann und wo wir Wesentliches einzubringen haben. Wenn wir im Januar in Burgscheidungen noch über die Ergebnisse unseres Sonderparteitages, um Programmatik und um Wahlkampfplattform stritten, stehen wir heute mitten im Gespräch mit dem Wähler, streiten wir um den richtigen Weg in die Zukunft, eherlicher gesagt, um den Ausweg aus der Misere, um Chancen und Gefahren der nächsten Schritte. Ich denke, daß die Situation in unserem Lande, so, wie sie sich darstellt, in den Wochen seit den Januartagen sich deutlicher dargestellt hat, und zwar deutlicher im Sinne der Erkenntnis der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen. Streit der Meinung gehört zur Demokratie - wir brauchen ihn nicht zu scheuen, nachdem wer lange genug viel zu lange nur in der Abgeschlossenheit der Ortsgruppen geführt wurde und nach außen hin mit dem fadenscheinigen Gewand angefaßten Mitlaufens eben abgedeckt werden müssen. Aber der Streit in der gegenwärtigen politischen Landschaft hat etwas verkrampft Eiferndes angenommen, so meine ich - zu viel steht auf dem Spiel, zu wenig Verläßliches, Erprobtes steht zur Verfügung, die entschlossene Aufbruchstimmung des Oktober 1989 scheint der Unentschlossenheit einer Irritation gewichen zu sein, dem Exotus folgt die Wanderung durch die Wüste, so meinen einige. Und dies ist auch an der Lage gemessen nicht völlig irreal, aber ich denke, wir können in dieses Klagen, in dieses Jammern nicht mit einstimmen, sondern wir müssen Konzepte entwickeln und den Menschen auch darstellen, wie wir aus dieser Situation herauskommen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Jeder von Ihnen verfolgt die Entwicklung von Tag zu Tag, und ich muß Sie hier deshalb nicht im Detail darstellen und rekapitulieren. Statt dessen will ich einleitend einige Tendenzen nachzeichnen, auf Hintergründe verweisen, die für getroffene, wie ebenso für noch zu treffende Entscheidungen wichtig sind.
Unsere Haltung zur Regierung Modrow hat für Irritation gesorgt, und andere wußten, das kräftig auszunutzen. Nun könnte jemand meinen, das sei doch ausgestanden, und jetzt gehe es um anderes. Aber ich wende ein, ausgestanden ist das nur, wenn die Motive und die Gründe für unser Verhalten verständlich sind. Denn es ging und geht nicht so sehr um Wahltaktik und um die Person Modrow,und seine Partei, sondern es ging vielmehr um unsere Haltung zur Regierbarkeit dieses Landes, um Stabilität für die Voraussetzung, für die Wahlen, die nun am 18. 3. stattfinden werden. Hier galt es, auf die jeweilige Situation angemessen und verantwortlich zu reagieren. Aus Verantwortung für die Regierbarkeit unseres Landes hatte das Präsidium am 19. Januar entschieden, daß die CDU in der Regierung bleibt. Es hatte damit einen massiven Erwartungsdruck aus der Mitgliedschaft wie von außen nicht nachdem und statt dessen die unpoppläre Konsequenz gezogen. Wir haben die Reaktion, die das auslöste, nach Pro und Kontra sortiert in zwei Stapel und nebeneinander gelegt, und siehe da, beide Stapel waren annähernd gleich groß. Die einzelnen Befürwortungen des Bleibens in der Regierung fiel jedoch häufig umfangreicher aus, sie enthielten auch Begründungen, vor allem die Erwartung, daß die CDU sich nicht aus der Verantwortung für die entstandene Lage herausstiehlt. Bei manchen Vertretern dieser Seite löste nun allerdings die Erklärung des Präsidiums vom 25. Januar Befremden aus, aber wenn ich recht sehe, nicht wegen der anderen Entscheidung, sondern wegen der Mißverständlichkeit in der Begründung. Die Entscheidung selbst trug der neu entstandenen Lage Rechnung. Die Situation war und ist weiter instabil geworden, das Kabinett Modrow in seiner ohnehin sehr begrenzten Legitimation und noch mehr begrenzten Autorität konnte diese Lage nicht mehr beherrschen. Wir hatten schon an dem Samstag nach unserem ersten Beschluß gefordert, daß die anderen Parteien und Gruppierungen mit in die Verantwortung gehen sollen, um für Stabilität zu sorgen. Dies hatte dann Dr. Modrow allerdings nicht mit uns abgestimmt, am Runden Tisch vorgetragen und dort angeboten,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

daß die Kräfte des Runden Tisches alle Posten in der Regierung übernehmen könnten. Nun waren wir der Meinung, wenn man Plätze anbietet, müssen auch Plätze frei sein. Und deshalb unsere Entscheidung, die Minister zurückzuziehen, wie es hieß, aber die gleichzeitige Bekundung der Bereitschaft, weiter in Verantwortung zu bleiben, wenn die anderen mit in die Verantwortung gehen.
Sie wissen, wie die Folge gewesen ist. Die Opposition, so, wie sie sich nannte, die sogenannte Opposition verhielt sich zwiespältig zwischen Bereitschaft und Begrenzung; teilzunehmen - einige waren bereit, einige waren nicht bereit, insbesondere die SPD hat bis zum letzten Moment sich dagegen ausgesprochen, mit in die Verantwortung zu gehen, und erst der massive Druck, der in der Unterredung an einem Sonntag abend - das Datum kriege ich jetzt im Moment nicht zusammen - entstand, auch aus der neuen Gruppierung, führte dazu, daß aus diesen Gruppierungen alle Minister in die Regierung entsandt haben. Nun wird es aber auch darauf ankommen, ihnen klarzumachen, daß sie nicht in der Regierungsverantwortung sein können und sich gleichzeitig weiterhin als Opposition verstehen können, dies wurde schon am Donnerstag in der Ministerratssitzung deutlich. Wir werden, so meine ich, mit dem Kompromiß als Ergebnis leben müssen, und ich denke, auch leben können, ebenso mit dem vorgezogenen Wahltermin. Es war nicht unsere Idee, und er bringt natürlich auch uns in Schwierigkeiten, denn er drängt alles, was an rechtlicher, organisatorischer und vor allem an inhaltlicher Wahlvorbereitung erforderlich ist, auf eine extrem knappe Zeitspanne zusammen. Die Kommissionen, die sich mit dem Wahlgesetz, mit dem Parteiengesetz, mit der Wahlordnung u. ä. befassen, tagen fast täglich. Andererseits, das zeigt sich aber auch immer deutlicher, kann sich die Tätigkeit der Regierung auf Dauer nicht im Krisenmanagement erschöpfen, es stehen Grundsatzentscheidungen mit Perspektivwirkung an, die nur von einem demokratisch gewählten Parlament und einer rechtsstaatlich voll legitimierten Regierung getroffen werden können. Deshalb haben wir versuchend widersprochen, den Wahltermin erneut zu ändern, das würde Verunsicherung auslösen, und Verunsicherung ist da noch ein milder Ausdruck. Letzten Montag am Runden Tisch war ja der Antrag des Neuen Forums, den Wahltermin nun wiederum vom 18. 3. weg auf den 6. 5. wieder zu verlegen - der wurde dort nicht mehrheitsfähig. Natürlich wissen wir, welche Parteien sich vom vorgezogenen Wahltermin Vorteile ausrechnen: die SPD, die auf ihren Popularitätszuwachs setzt und Mangel an Substanz

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

damit kaschiert, und die SED, die sich auch unter dem neuen Namen bis zum 6. Mai weiter aufgelöst hätte. Aber beide haben dem Bürger nicht das zu bieten, was jetzt Not tut, wirksame und spürbare Veränderungen, eine solide Entwicklung vor allem auf wirtschaftlichem und kommunalem Gebiet, die die Grundlage für durchgreifende Besserung des sozialen und ökologischen und des persönlichen Lebensniveaus bilden muß. In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zur Veränderten Parteienlandschaft; mit verändert meine ich mehr als das Buchstabenlegen SPD/PDS/SDP etc. Da kann man ja 'ne ganze Reihe von Buchstaben ...(?)würfeln. Oder, wenn man z. B. PDS und SPD hintereinander schreibt, dann muß man sich nur einigen, wann man anfängt, zu lesen, ob bei P oder bei S. Die einstmals führende, sprich alleinherrschende Partei verhält sich auffällig unauffällig, fast still. Sie befindet sich auf dem unaufhaltsamen Abstieg, aber sie versucht, durch Ruhigstellung zu überwintern und ihre alte Rolle als Beherrscherin des Apparates zu retten. Dies wird für jeden, der in kommunaler, in bezirklicher Ebene oder auch in zentraler Ebene in Verantwortung steht, deutlich werden, wie stark nach wie vor die Macht dieser Partei in den Apparaten ist, und das es oft nur mit Schwierigkeiten gelingt, klare Anweisungen in sauberer, auch dementsprechende Vorlagen umzusetzen. Mit ihrem neuen Namen, und das sollten wir immer wieder deutlich machen, kann sie sich nicht aus der Vergangenheit und aus ihrer Haftung für den Bankrott der ganzen Gesellschaft davonstehlen. Ihre Führungsrolle hat das Land da hineingeführt, wo wir im Moment sind, das zu übersehen, hätte nichts mit Nachsicht zu tun oder mit christlicher Bereitschaft zur Vergebung. Solange die Wurzeln des alten sozialistischen Systems nicht offen liegen, so lange wachsen Illusionen eines neuen Sozialismus nach. Dies wurde eben auch auf dem Alex noch mal deutlich. Viele haben uns angesprochen, daß in den Betrieben und in den Rathäusern die Strukturen noch völlig ungebremst wären, und wer denn wohl fragte, welchen Betriebsdirektor wer in die Verantwortung gebracht hätte, und ob er nun noch dazu steht, zu den Leuten, die ihn dorthin gebracht haben. Und sie würden also in besonderer Weise jetzt eben entgegen allen erklärten Absichten ihre unsozialen Züge zeigen, indem sie also Maßnahmen in den Betrieben treffen, die also nicht im Interesse der Beschäftigten liegen. Das kann man auch sehen an anderen Dingen. Viele Menschen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

sind inzwischen arbeitslos, fürchten den sozialen Abstieg, haben nackte Existenzangst und da wird die Vorstellung suggeriert, daß alles hat es im Sozialismus nicht gegeben, das sind schon die Vorboten des Kapitalismus, den die Rechten uns bescheren wollen, sprich die CDU. Aber das ist die Täuschung oder bewußte Lüge, das alles sind die realen Ergebnisse dessen, was sich so vollmundig realer Sozialismus in der Vergangenheit nannte, nicht Fehler im System, sondern Resultate eben eines total falschen Systems. Was sich in der alten Partei SED hält oder in linken Splittergruppen um sie herum sammelt, bildet allerdings eine bunte Mischung. Da finden wir, finden sich Altstalinisten, die nicht umdenken wollen oder können, weil sie nur in den Kategorien einer Diktatur zu denken vermögen. Sobald sie ihre Machtposition einbüßen, zeigt sich bei einigen von ihnen Anfälligkeit für Linksextremismus, der den Untergrund und aus ihm heraus die Stebalisierung nicht scheut, wenn man mal so hört, was an Drohbriefen, Telefonanrufen usw. in der letzten Zeit erfolgt, ist dies eindeutig wesentlich stärker von links geprägt als von rechts. Aber daneben finden sich auch Idealisten, die der Vorstellung eines dritten Weges an- und nachhängen, man könnte es sich leichtmachen und sie daran erinnern, daß ihre alte Partei mit Nachdruck die Uömöglichkeit eines solchen dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus mehrfach postuliert hatte. Nun frage ich mich, woher die Kräfte nun kommen sollen, einen dritten solchen Weg zu erfinden, eine Mischform zwischen ökonomischem Dirigismus und Marktwirtschaft zwischen ideologisch geprägter Herrschaft und Rechtsstaatlichkeit hat meines Erachtens nach noch nie funktioniert, und dies ist unsere Aufgabe, rüberzubringen und deutlich zu machen. Gerade für Experimente mit Illusionen hat unser Land in der gegebenen Zeit am allerwenigsten Bedarf. Ich glaube, daß jedes Experimentieren die Verunsicherung noch wesentlich mehr verstärken würde. Schließlich trefen wir auf alte SED-Mitglieder, die einfach aus menschlichem Anstand nicht das sinkende Parteischiff verlassen wollen, sie sind nicht aus auf Macht und Karrieregelüsten beigetreten, sondern sie haben versucht, im Rahmen des möglichen Verantwortungsvoll zu handeln. Dies werden wir mit Respekt sehen müssen, dennoch sind es keinesfalls unsere Partner. Es steht aber sehr zu vermuten, daß viele Mitglieder der bisherigen SED am 18. März SPD wählen werden, und zwar dies aus unterschiedlichen Motiven. Ein solches Motiv kann darin bestehen,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

daß man sich unter der Führung der SPD die Chance ausrechnet, etwas von den alten Idealen hinüberzuretten, den Traum von einem erneuerten demokratischen Sozialismus mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsstruktur unter staatlicher Kontrolle und Steuerung. Und wer sich Programme der SPD, beispielsweise das, was im Januar auf dem Parteitag in Westberlin beschlossen wurde, ansieht, wird solche Gedanken dort sehr wohl noch zum Teil finden. Die Vorstellung, daß so etwas geht, ist genuin sozialdemokratisches Ideengut und nachweisbar bis in die Gegenwart in den Programmen, die ich Ihnen eben schon ausführte. Eine staatlich gesteuerte Wirtschaft ist aber stets eine gebremste Wirtschaft, und ihr Ergebnis sieht so aus, daß das, was sozial verteilt werden soll, gerade eben dann nicht erwirtschaftet werden kann. Dies, meine ich, muß in aller Deutlichkeit gesagt und rübergebracht werden. Ein anderes Motiv für die Genossen der alten SED bei der Wahl, Genossen der neuen SPD zu werden, man müsse sich vorstellen, das Wort Genosse wird nun nicht mehr verwandt, weil man ja da in Gefahr geraten könne, ich weiß z. B., daß in der Baracke in Bonn allen, die in die DDR fahren und dort reden sollen mit Mitgliedern der SED sprechen sollen, gesagt wird, paßt bloß auf, vermeidet das Wort Genosse! Ich denke, wir werden sie aber alle als solche erkennen müssen. Der Wunsch, SED-Mitglieder alter SPD zu wählen, ist, glaube ich, auch darin zu sehen, daß sie an eine stillschweigende Koalition glauben, nicht Koalition im Sinne von Verbindung und Regierungsverantwortung, sondern einer solchen stillschweigenden Koalition, da der SPD natürlich kompetente und im politischen Geschäft erfahrene Leute, früher sagte man Kader, in ausreichendem Maße fehlen, ließe sich das mit dem alten Machtapparat der SED in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ausgleichen, genau das muß aber meines Erachtens verhindert werden. Wie das Resultat ausfiele, läßt sich mit ein wenig Phantasie gut vorstellen, nur dann hätte sich das Volk die Revolution des vergangenen Oktober sparen und auf lange Form weiterhin warten können. Ich habe jetzt von Motiven zur Wahl gesprochen, es handelt sich da nicht nur um Hypothesen, sondern um greifbare Realitäten, und zwar um die Realität, daß die SED in die SPD einsickert, weil das bei der Öffentlichkeit unpopulär ankommt, hat die SPD-Führung Direktiven an die Basis gegeben, um ein Anwachsen des SED-Anteils an ihrer Mitgliedschaft um über 30 % zu vermeiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Klarer Hinweis: Paßt auf, daß es nicht mehr als 30 % werden, das könnte ins Gerede kommen. Wir wissen aber und werden bemüht sein, dies zu dokumentieren, daß sich ganze Orts- und Kreisverbände der SPD aus Genossen der Partei rekrutieren, die die beiden Hände in ihrem Emblem hatte. Ich war letzte Woche in Klötze, dort wurde mir von dem hier auch anwesenden Ufrd. Dybowski (?) mitgeteilt, daß innerhalb einer Woche 8 Bürgermeister von der SED geschlossen zur SPD übergetreten sind. Ich glaube, es wäre gut und sinnvoll, wenn Sie Ihre Beobachtungen dieser Art zusammenfaßten und mitteilten, damit wir dies hier auch argumentativ verwenden können. Der Vorwurf, eine alte Blockpartei zu sein, trifft da wohl auf die SPD eher zu, als auf die CDU, wenn diese Feststellungen richtig sind. Abgesehen davon, daß namhafte Väter der neuen SPD ja ihre Vergangenheit in der anderen ehemals großen Partei schwerlich leugnen können, wenn ich an Herrn Warzecha (?) u. ä. denke, Generaldirektor von WMW "7. Oktober", der noch im September im Neuen Deutschland eine ganze Seite füllte von der Herrlichkeit des sozialistischen Wirtschaftens, und der nun zwischenzeitlich Mitglied der SPD ist. Ich denke, wir müssen mal auch solche Zeitungen raussuchen, um also damit argumentieren zu können.
Weiterhin ist Realität, daß die Partei des Herrn Böhme nicht hier zu stolzer Größe wuchs, sondern von der Partei des Herrn Vogel aufgebaut wurde und auch weiter aufgebaut wird. Aufgebaut, vereinnahmt, ausgestattet und geschult mit allem das, was der Wahlkampf eben erfordert. Brandt als Vater der Nation, Lafontaine, [redacted] Rauh oder Bahr verfehlen ihre Wirkung hier nicht. Es gibt bis hin zwischen Wohnsitznahme in der DDR und sogar Überlegungen[redacted] der Art, die Staatsbürgerschaft der DDR anzunehmen, um dann am 18. 3. wählbar zu sein. Die Genannten sind, im Unterschied zu manchem unserer Partner, populärerPartner, wenn man von der Peinlichkeit absieht, daß sie diese Popularität schon als Partner der Staatspartei der SED hatten. Die SPD hüben wie drüben schlägt gegenwärtig ein rascheres deutschlandpolitisches Tempo an. Sie will schnell weg von der alten Haltung zur deutschen Einheit, zur Staatsbürgerfrage, zu Salzgitter und zu kulturellem Ideologieaustausch. Auch diese Linie wird man sehen müssen vom gemeinsamen Papier 1987 zu der Forderung, Salzgitter müsse abgeschafft werden, zu der Frage, die Staatsbürgerschaft der DDR solle anerkannt werden etc. und davon, daß die deutsche Einheit die Lebenslüge der Nation sei, wie es Herr Brandt noch vor anderthalb Jahren gesagt

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

hat. Zudem hat diese Partei auch einiges aufzuholen. Als wir Mitte Dezember auf unserem Sonderparteitag ein klares Ja zur deutschen Einheit sagten, da schlugen auch die sozialdemokratischen Genossen auf uns, als die Rechten, kräftig ein. Damals noch mit SDP, aber inzwischen sind sie ja der Meinung, daß das nur ein Irrtum war, die Buchstaben kurzzeitig zu vertauschen. Da wurde uns noch die staatstragende Kompetenz abgesprochen, weil wir den Boden des Sozialismus verlassen hatten, die deutschlandpolitischen Positionen der SPD bleiben aber auch heute wacklig und, wie ich meine, wenig eindeutig, bis hinein in die Fragen der Währungs- und Wirtschaftsunion. Man merkt, daß da mehr aus Wahltaktik, denn aus Verantwortlichkeit heraus geredet wird. Es ist leicht, zu fordern, wenn es andere auszuführen haben. Denn Durchstehen, Durchsetzen, die Währungsunion müßte im Moment nicht die SPD, sondern die Bundes-CDU.
Bitte verstehen Sie das recht, liebe Freunde, um Popularität im Wahlkampf haben wir auch bemüht zu sein, vor allem darum, den Wählern nicht fremdwortgespickte, abstrakte oder platte Parolen anzubieten, sondern um ihnen das, was wir wollen, so zu sagen, daß die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger, der Städter wie der Landbewohner, der Arbeiter wie der Bauer, der Angestellte wie der Unternehmer, wissen, was das Heute, Morgen und Übermorgen für ihr persönliches Leben bedeutet. Und wir haben die einzelnen Erwartungen aufzunehmen, das Wünschenswerte und das Machbare abzuwägen, die Wegstrecke verständlich und akzeptabel darzustellen, aber auch, zu sagen, was wir meinen, was nicht geht oder was noch nicht geht. Denn ich halte nichts für gefährlicher, jetzt Dinge zu versprechen in einem Umfange, der später nicht einhaltbar sein wird. Ich habe solche Versprechungen zum Teil schon von Vertretern der SPD gehört. Ich möchte mal sehen, wie sie dies realisieren wollen, wenn sie denn in die Verantwortung kämen. Die Popularität, die notwendige, bei unserem Wahlkampf sollte, so meine ich, nicht auf Kosten der Seriosität und der Solidität gehen. Der einzelne muß spüren, daß wir vom einzelnen her denken, und das gilt für den Erfolgsmenschen ebenso wie für denjenigen, der gestützt werden muß, der nicht durch eigene Leistung sein Los zu bessern vermag, und der auch im Altersheim und im Pflegeheim in Würde leben will. Ich hab' vor ein paar Tagen gerade in Eisleben an einer Talkshow teilgenommen, von wo mir Bilder gezeigt wurden über Zustände in dortigen Alters- und Pflegeheimen. Ich muß Ihnen sagen, das Ent-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

setzen war so groß, daß ich fast sprachlos war, dazu überhaupt eine Meinung zu äußern. Der einzelne, und das sollten wir in besonderer Weise deutlich machen, d. h., schließt Familie stets mit ein, und zwar nicht nur die aus zwei gutverdienenden Berufstätigen bestehende Familie, sondern ebenso die kinderreiche, die Familie mit pflegebedürftigen Angehörigen. Ich kehre nochmal zu der veränderten Parteienlandschaft im Wahlkampf zurück. In ihm, und deshalb habe ich etwas ausführlicher darüber gesprochen, ist die SPD unser Hauptgegner, wobei das Wort Gegner mir nicht gut gefällt, also Hauptkontrahent geworden. Wir müssen das feststellen, weil es so ist, und nicht etwa, weil wir die Gefahr der These von Sozialfaschismus um 1933 uns hineinbegeben wollen. Konkurrent/Gegner heißt hier, wichtigstes Gegenüber in der politischen Auseinandersetzung um das Wie der Zukunft und um das Wohin unseres Volkes. Es bleibt zu hoffen, und wir werden dazu bereit bleiben, daß in wichtigen Lebensfragen zwischen den Parteien ein demokratischer Grundkonsens dennoch möglich ist. Bloß wir müssen auch den Dingen wehren, die uns diesen Grundkonsens und die Fähigkeit zu einem solchen absprechen wollen. Wenn ich nur daran denke, was ich vorhin im Alexanderplatz auf dem Bahnhof gelesen habe. Da stand, CDU - das heißt Wiedereinführung des faschistischen Deutschland, glaube ich, so war's wohl. Solchen Tendenzen und Erscheinungen werden wir energisch entgegenzutreten haben. Und wir werden auch sehr genau hingucken müssen, auf diejenigen, die also nun dies stillschweigend hinnehmen oder wenigstens selbst, xxx(?) wenn die Kontrahenten bereit und in der Lage sind, solchen Tendenzen auch zu widersprechen. Dieser Grundkonsens, der muß auch mit den anderen kleineren Parteien und Gruppen möglich sein. Es steht z. B. außer Frage, daß die Umweltbewegten "Die Grünen", auch wenn sie von Zahl und Einfluß eng begrenzt sind, ihre Bedeutung haben. Sie stellen mit der Berechtigung ihrer Motive ja keine Konkurrenz dar, sondern eine Herausforderung an uns, gerade in unserem Lande, das am Rande einer ökologischen Katastrophe steht, der Bewahrung der Schöpfung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es bleibt bei dem von unserer Partei schon vor Jahren unterstützten Postulat aus dem konziliaren Prozeß, daß alle Entwicklungskonzepte einer Prüfung auf ihre soziale, ökologische und perspektivische Verträglichkeit unterworfen werden müssen. Das ist heute sogar wichtiger denn je. Aber ebenso klar ist, daß wechselseitige

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Abhängigkeitsverhältnis von Ökonomie und Ökologie wird vor allem von den großen Parteien beeeinflußt; im Rahmen des ökologisch verträglichen muß die Marktwirtschaft das schaffen, was gebraucht wird, um die Umwelt zu retten, und, um sie zu bessern. Dann sollten wir wohl eines ganz nüchtern sehen: die Bereitschaft zu weiterem Konsumverzicht zu Abstrichen am Lebensstandard ist in unserer Bevölkerung im Moment verständlicherweise zu erzielen. Man wird also darauf orientieren müssen, daß die Ökologie am besten durchgesetzt wird durch effizientes Wirtschaften, das die Mittel freisetzt, um ökologische Programme und insbesondere durch Einführung einer Hightec (?), die also tatsächlich erst Umweltschäden vermeidet. Das Neue Forum, und jetzt komme ich zu anderen Kräften, hat eine bedeutende Rolle in der Revolution gespielt; daran werden wir nicht vorbeikommen; hatte da oft mehr Basisinitiativen in Sachen Bürgerinteressen freigesetzt, als das in den etablierten Parteien geschah. Dieses Verdienst bleibt, auch wenn jetzt vom Neuen Forum nicht mehr viel Initiativen und Konzepte kommen. Wenn diese Meinungsumfrage, die m. E. nach grob falsch ist, dieser Tage auch nur imm Ansatz richtig ist, wird sie bestimmte Tendenzen wohl angeben, und da wird deutlich, daß die Bedeutung des Neuen Forum sehr im Schwinden ist. Ich glaube auch, daß die Art des Diskutierens des Neuen Forums auch am Runden Tisch nicht dazu beigetragen hat, dort sie als das Neue Forum als wesentliche Kraft darzustellen. Innerhalb des Neuen Forums vollziehen sich gegenwärtig auch erhebliche Differenzierungsprozesse. Viele dort engagierte gehören eigentlich zu uns, und wir sollten also für diese Kräfte auch offen bleiben. Eine Partei, namentlich unsere, mit dem Anspruch, eine Volkspartei zu sein, muß starke integrative Kräfte entwickeln, sie muß staatsprägende und entwicklungsbestimmende Kompetenz mit Basisinitiative in sinnvoller Weise verbinden. Kommt das eine zu kurz, dann besteht die Gefahr der realitätsfernen Idealismus; kommt das andere zu kurz, dann verliert der Bürger die Gewißheit, daß seine persönlichen Probleme, Anliegen auch wirklich unserer Politik sind. Eine weitere Kraft, das Lager der Liberalen, der Alten wie der Neuen, stellt eine wenig relevante Größe im Moment dar. Der Aufbau wird von Zerfall und von Zersplitterung überwuchert; hier wird es vor und vermutlich auch nach der Wahl weniger um

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Auseinandersetzung als um partielle Kooperation gehen können, wenn sie sich von der Sache her anbietet. Es zeichnet sich ab, daß sich auch die deutsche Forum-Partei zu diesem Lager schlägt, auch das schließt, meine ich, aber weitere Zusammenarbeit, soweit dieses in Sachthemen möglich ist, nicht aus. Eine Erfahrung, die uns bundesdeutsche Freunde vermittelten, sagten, man kann liberalen Kräften nur ein im Wahlkampf nur den Gefallen tun, sich an ihn zu reiben. Denn nur in der Reibung werden sie größer. Wenn man gar nicht über sie redet, dann haben sie insbesonderer Weise Schwierigkeit, sich darzustellen, wo sonst z. B. ganz amüsant geschildert, daß die FDP bei früheren Bundestagswahlkämpfen bis 4 Wochen vor der Wahl in Meinungsumfragen oft deutlich unter der 5 %-Hürde lag, und dann selbst schnell den berühmten Erzfeind Franz-Josef-Strauß aus dem Schuppen herausholte, und ihn attakkierte, der denn wütend gegenbelferte und eine schöne Kontroverse in Gang kam, die dann nicht der CSU, sondern eben der FDP zugute kam. Da sind wohl im Moment auch die großen Sorgen in Bonn, wer denn nun wohl dies Jahr bemüht werden könnte. Es wird xxx niemandem von Ihnen entgangen sein, unter welchem Stern die Bemühung um eine Allianz der Mitte, wie sie zunächst heißen sollte, stand. Angesichts der zögerlichen Haltung des Demokratischen Aufbruchs und angesichts auch mancher rot-grünen Ambitionen in ihm, gestaltete sich eine Allianz mehr als kompliziert. Das Markenzeichen "Allianz für Deutschland" konzentriert sich auf das verbindende. Ebensowenig war zu übersehen, daß die DSU, die ja eigentlich als Dachverband begann und ganz offen von der CSU aufgebaut wurde, ihre Rolle ähnlich wie die bayrische Partei CSU sieht, nur daß sie die CSU auf ein einiges Deutschland sind um bestimmte neue Konstellationen im Raum Thüringen und Sachsen sich ausrechnet. Sie kennt den alten Streit, ob die CSU, sich bundesweit ausdehen dürfe, oder ob sie dies nicht tun sollte, ob sie eine bayrisch-regional begrenzte Partei bleibt. Das war immer wieder strittig, und ich denke, es gibt einige, die meinen, das könnten sie nun und im Moment entscheiden, denn für den Fall einer Einigung würden sie dann eben präsent sein, an bereits in 2 Ländern, in Thüringen und Sachsen, da aber die programmatischen Aussagen unseren sehr nahe stehen, haben wir uns an solchen Querelen, die nicht die unseren sein können, im Moment ...(?) sein sollten, nicht gestört, sondern haben also die Allianz mit ihnen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

geschlossen. Ich will auch nicht verschweigen, daß also auch die Bemühungen aus Bonn das Ergebnis nicht ganz unmaßlich mit beeinflußt haben. Ich denke aber, die tatsächlich verbindenden Elemente der Partner dieser "Allianz für Deutschland" rechtfertigen das Bündnis und stabilisieren es, insbesondere, wenn auch in der Landeskreis-, in den Landeskreis- und Ortsverbänden über praktische Zusammenarbeit, Annäherung und Verständigung wachsen kann. Ebenso denke ich, ist mit den Ihnen bekannten Kriterien der Allianz die Eigenständigkeit der Parteien in angemessener Weise gewahrt. Die DA und DSU haben in den Verhandlungen immer wieder dokumentiert, daß sie große Angst vor Vereinnahmung durch uns hätten und haben daher das Element des eigenständigen in besonderer Weise betont. Wir sehen allerdings aus unserer Sicht auch keine Veranlassung, diesem Element der Eigenständigkeiten etwa ihnen gegenüber zu widersprechen. Auch wir haben guten Grund, uns als das darzustellen, was wir sind, als CDU, und zwar dies in bestimmten Bereichen in besonderer Weise, beispielsweise bei Listenverbindung unter einem Namen, die bis jetzt rechtlich noch nicht möglich ist, aber theoretisch ja noch denkbar werden könnte, würde ich meinen, daß wir in ganzen Bereichen unseres Landes nicht verstanden würden, weil jemand die Allianz nicht kennt, wohl aber die CDU. Dies muß, meine ich, deutlich sein, ohne daß wir die Allianz damit in irgendeiner Weise in Frage stellen. Die Frage, ob das konservative Wahlbündnis am 18. 3. mit einer gemeinsamen Liste antritt, ist also noch offen. Bis jetzt sieht's das Gesetz nicht vor, ich bin auch nicht sonderlich interessiert daran, muß ich gestehen, dies auch noch aus einem weiteren Grund: ich habe keine Lust und Neigung, mich bereits am 18. 3. oder 19. 3. früh mit den Allianzpartnern zu streiten, wer denn wohl mehr in die Scheune eingefahren hat. Ich wäre da sicherlich überzeugt, daß wir es sind, aber es könnte ja jemand auf die Idee kommen, dies anzuzweifeln.
Wir werden heute im Laufe des Tages Ihnen noch eine Reihe von Einzelheiten zur Organisation von Wahl und Wahlmaterialien u. ä. zu sagen haben. Sie haben heute morgen im Präsidium über verschiedene Punkte gesprochen. Ich will dies an anderer Stelle tun. Die Präsidiumssitzung endete mit einem hastigen Aufbruch zum Alex, und wir sind eben zurück. Sie gestatten mir, daß ich diese Dinge dann noch einmal in eine etwas geordnete Reihenfolge bringe, damit es also auch sinnvoll hier vorgetragen werden kann. Danke schön!

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Martin K i r c h n e r :
Wir danken unserem Vorsitzenden ganz herzlich für seinen Bericht zur Lage. Wir treten jetzt erst einmal in die Aussprache dazu ein. Mir liegen erste Wortmeldungen vor. Ich bitte darum, daß weitere Wortmeldungen hier gegebenenfalls abgegeben werden. Ich bitte, daß jetzt spricht Freund Hans-Dirk Bierling aus dem Kreisverband Großenhain, ihm folgt der Freund Stoerk.

Ufrd. B i e r l i n g :
Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!
Ich möchte ein paar Worte sagen zu der Meinung, die ich habe, daß es in der Politik schädlich ist, laut zu denken. Wir haben damit Probleme, sowohl innerhalb unserer Partei, ebenso deutlich wurde das aber auch auf dem internationalen Feld der Politik, insbesondere aber auf dem Feld der deutsch-deutschen Politik. Ein innerparteiliches, vielleicht trauriges Thema war die Regierungsbeseitigung, die dazu erfolgten Äußerungen. Ich erinnere an das unselige, die unseligen Äußerungen unseres Generalsekretärs vor dem 19. 1. zu diesem Thema, die Schaden angerichtet haben sowohl bei unserer eigenen Mitgliedschaft, als auch unserem potentiellen Wähler. Aus lautem Nachdenken, meine ich, entsteht Schaden, wenn solche Dinge nicht hinreichend abgeklärt sind vorher.

(Beifall)

Schaden entsteht aber auch, wenn andere sich unseren Kopf zerbrechen und das auch deutlich machen. Ich erinnere an die zahlreichen Forderungen, die, oder Empfehlungen, die von der anderen Seite, konkret von Herrn Rühe, zu unserer Arbeit als Forderungen vorgetragen wurden. Es ist auch hier Schaden entstanden, einmal bei uns im Lande, weil der Eindruck bei unseren potentiellen Wählern entsteht, als sei unsere CDU von Bonn aus gesteuert, und das schadet in diesem Lande. Es ist aber auch der CDU im Westen Schaden entstanden, meine ich, weil der Wahlkampf der Bundesrepublik Deutschland wohl auch hier im Lande läuft, oder angelaufen ist. Das hat sie, die West-CDU, glaube ich, zu spät erkannt. Der Vorsitzende der West-CDU, Helmut Kohl, hat nun zur Schadensbegrenzung beigetragen. Es ist ja dazu gerade seine Beteiligung am, an den Wahlbündnisverhandlungen genannt worden. Ich sehe dies als einen Versuch der Schadensbegrenzung, des Schadens und der Begrenzung

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

des Schadens, der durch die Äußerungen von Herrn Rühe uns und der CDU insgesamt, also auch im Westen, entstanden ist. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den Vorlauf, den die SPD daraus gezogen hat, aus diesen Vorgängen. Schädlich ist aber auch das laute Nachdenken von Bundeskanzler Kohl u. a. zu Problemkreisen wie Währungsunion, Währungsreform, DM-Einführung. Es ist hier Schaden entstanden durch Verunsicherung der Bürger in unserem Lande. Ich denke oder erinnere besonders an ältere Menschen, Alleinstehende, Alleinerziehende, also besonders gefährdete Gruppen neuer Entwicklungen. Lautes Nachdenken von Politikern beider Seiten auch zu Fragen der Neutralität Deutschlands bzw. zu eventuellen Veränderungen in den Militärblöcken haben auch Schaden bewirkt. Es ist Schaden entstanden, meine ich, bei unseren europäischen Nachbarn, da unsere Nachbarn ein neutrales Deutschland evtl. mehr beunruhigt als ein in einem Bündnis kontrolliertes Deutschland. Es ist aber auch Schaden entstanden in unserer eigenen Bevölkerung mit ihrem über Jahrzehnte geprägten, mit ihren über Jahrzehnte-geprägten Überzeugungen von der Notwendigkeit militärischen Gleichgewichts. Für den Wahlkampf ergibt sich aus den genannten Problemen die Gefahr, daß in unserem Lande eigentlich zu unserer Partei neigende Wähler den Eindruck haben, diese CDU gibt zu wenig das Bilduvon Zuverlässigkeit, Geschlossenheit und Kontinuität. Diese CDU prostituiert sich womöglich, indem sie zu sehr nach der Hilfe der West-CDU ansteht und den Eindruck, aus Bonn gesteuert zu werden, und dem Eindruck, aus Bonn gesteuert zu werden, zu wenig entgegensetzt. Diese CDU sieht ruhig zu, wie Ängste in der Bevölkerung entstehen und von links da kräftig geschürt werden. Diese CDU läßt kein hinreichend klares Konzept für die von den bevorstehenden wirtschaftlichen Problemen betroffenen Gruppen oder betroffensten Gruppen und Schichten des Volkes erkennen. Es ist dies, wie gesagt, nicht mein Eindruck, aber der, oder nicht meine Haltung, aber für viele Bürger sieht das derzeit leider so aus, und das hören wir an der Basis oft. Ich habe den Eindruck auch, daß die in diesem Haus hauptamtlich tätigen Mitarbeiter für unser gemeinsames Ziel in Vorbereitung des 18. März und darüber hinaus des 6. Mai noch viel zu wenig koordiniert genutzt werden.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Lassen Sie uns also schnellstens, so lange es noch nicht zu spät ist, klare, kurz und verständlich gefaßte Programmatik für die Zielgruppen ältere Menschen, ältere Arbeitnehmer, alleinerziehende Mütter, ich erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber Gruppen als die derzeit am stärksten verunsicherten, wie wir das dem "C" im Namen unserer Partei schuldig sind, erarbeiten, aber ebenso auch für Gruppen Jugendliche, insbesondere Erstwähler müssen wir Angebote mehr deutlich machen. Die Landbevölkerung mit ihrem erheblichen Wählerpotential muß doch noch deutlicher und klar angesprochen werden. Es darf in diesem Lande nicht der Eindruck entstehen, als sei mit Partei der Mitte ausschließlich eine Mittelstandspartei gemeint. Und lassen Sie mich zum Schluß noch auch vielleicht zu lautem Nachdenken, weil wir ja darüber noch nicht beschlossen haben, meine Meinung sagen zum Termin des, unseres 17. Parteitages. Die einberufung des 17. Parteitages für den 9. und 10. März wie geplant gibt unserer Partei, sofern sich der Parteitag nicht wieder in Profilierungssucht und Geschäftsordnungsfetischismus verliert, eine Woche vor der Wahl eine einmalige Chance über die Medienberichterstattung im Wahlkampf. Danke schön!

(Beifall)

M. K i r c h n e r :
Wir danken dem Freund Bierling. Ich weise darauf hin, daß nach § 4, Abs. 2, die Redezeit grundsätzlich auf 5 min begrenzt ist. Ich bitte, da schon zahlreiche Wortmeldungen vorliegen, dies möglichst zu beachten. Das Wort hat jetzt der Freund Stoerk.

Ufrd. S t o e r k :
Liebe Freunde! Ich bin sehr unzufrieden, sehr unzufrieden mit alle dem, was zwischen der letzten Parteivorstandssitzung in der heutigen Stattgefunden hat, und die Menschen in diesem Land und unsere Freunde sind es auch. Und wenn der Parteivorsitzende vorhin gesagt hat, es geht hier um Sieg oder Platz; da muß ich sagen, wahrscheinlich kriegen wir sogar'negroßen Einlauf, wenn wir so weitermachen. Denn das, was sich hier abgespielt hat bis hin zu dieser Nummer am letzten Donnerstag mit dem Herrn Abend, das war ja wohl das letzte, was sich die CDU überhaupt hat leisten können.

(starker Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Und ich schäme mich dafür, daß dieser Mann auftritt mit einem Mandat, und ich frage mich, wo hat'n der das überhaupt her? Hat hier jemand dem das Mandat gegeben?

(Zwischenruf ...(?)

Und wir sind noch nicht mal im Anschluß daran gefragt worden, ob wir denen, die das Mandat haben, überhaupt lassen wollen. Da tritt einer auf, wir haben hier 'ne Freundin Hoffmann, die noch nicht mal die Zeit hat, in der Parteivorstandssitzung zu sprechen, weil wir ja alle rankommen wollen, aber es ist ein völlig unbekannter Herr Abend macht hier völlig unchristliche Vorschläge. Und das reißt einem hier die Schädeldecke weg, wenn man die Zeitung aufschlägt. Und wenn man dann die Zeitung weiterliest zu diesem schmalen Dementi, was hier drinsteht, alsoletztes, über eine höhere Qualität in der Schulspeisung oder die Finanzierung werde man sprechen müssen. Da wird man überhaupt nicht sprechen müssen; wo Christen an der Macht sind, werden die Kinder was zu essen haben.

(Beifall)

In dem Wettstreit, wer richtet den größten Schaden an in der Partei, fand ja als nächstes dann statt: Vorstand gegen Kirchner. Nun kann es durchaus sein, das war ein bissel vorschnell. Aber, Freund de Maiziére, mit den zwei Haufen, die einen dafür und die anderen dagegen, hier haben nicht Haufen was zu sagen, sondern Parteivorstand. Und der Parteivorstand hat das letzte Mal ein ein-deutiges Votum gegeben für keine Koalition mit der PDS. Und hätte ich das Blatt Papier auf'n Tisch gelegt, wo drin stand, für sofortigen Austritt, dann wäre dieses Votum genau so ausgefallen. Und mit diesem Votum im Hintergrund hat der Freund Kirchner das gesagt. Und meine Auffassung ist, daß, wenn einer mal vorprescht, und so ist das in meinen Kollektiven immer, dann stehe ich erstmal zu ihm, wenn das eine richtige Sache ist.

(Beifall)

Das geht ja noch weiter.

(Gelächter)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Der Postminister führt Verhandlungen mit Grunau und Jahr und mit Axel Springer und tauscht ein oder macht den Vorschlag, die linken Freunde haben's ja Gott sei Dank! verhindert, und macht den Vorschlag, daß die Werbeeinnahmen, die zu erwartenden, die im Fernsehen eingetauscht werden gegen eine Rekonstruktion des Postzeitungsvertriebes. Also das ist ungefähr so, als wenn ich sage, wer will denn mein Haus haben? Er kriegt auch mein Konto noch dazu. Die zu erwartenden Einnahmen des Postzeitungsvertriebes sind so, daß ich mir aussuchen kann, wer ihn kriegt. Das alles ist eine Politik, die nichts mit der Politik der CDU zu tun hat, die nicht mit uns abgestimmt ist, die alle für sich allein machen, und.so-weit mir bekannt ist, hat der Postminister ja auch gesagt, wenn wir ihm da, wenn wir ihn hindern an seiner Arbeit, dann wird er eben austreten, dann ist er der erste parteilose Minister. Das sind unsere Repräsentanten, die von uns hier mit getragen werden. Kann alles nicht wahr sein!
Ich habe das letzte Mal schon gesagt, offensive Auseinandersetzung, das heißt nicht aggressiv, und das heißt nicht, den anderen am Boden zerstören. Aber zur offensiven Auseinandersetzung zählt auch dazu, daß man sich seinem Gegner stellt, auch wenn er einem überhaupt gar nicht paßt. Und der Schnitzler, der paßt mir genauso wenig, wie allen anderen hier in diesem Raum. Aber es haben uns die Menschen in diesem Land schwer übel genommen, daß unser Parteivorsitzender vor dieser üblen Figur der Politik gekuscht hat.
So wurde es

(schwacher Beifall)

ich weiß, daß es nicht so sein sollte, aber so ist es angekommen.

(Unruhe)

Ich weiß, daß es nicht so sein sollte, und ich habe an dem Abend auch persönlich dahinter gestanden und gesagt, mit dem Mann kann man sich nicht in einen Raum setzen. Aber beim Wähler ist es nicht so angekommen - es ist leider so.

So, nun komme ich auch gleich zum Ende. Die Medienpolitik, die es nicht gibt in der CDU. Wir haben oder ich habe am Freitag festgestellt, daß noch nichts gemacht wurde, um Wahlspots vorzubereiten.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Am Montag sollen die ersten Gespräche sein, und ich habe die Sache nun erstmal selbst in die Hand genommen; wir werden am nächsten Montag, das ist der erste Tag, an dem ein Wahlspot gesendet werden kann, werden wir auf dem Sender sein. Aber es kann nicht so sein, und es ist sehr richtig, was hier gesagt wurde, hier ist ein ganzes Haus voll kluger Leute, die müssen in die Pflicht genommen werden - es kann nicht so sein, daß wir immer wieder dastehen und nachziehen. Wir müssen das, was wir an Zielen haben, rüberbringen, ins Land bringen. Die Menschen warten darauf, die Unionsfreunde warten darauf, und vor allem die 51 %, die sich noch nicht entschieden haben, die warten auch darauf. Und wir müssen eins klarmachen: Die CDU ist eine Partei des Mittelstandes, weil der Mittelstand den Wohlstand in die Bevölkerung hereinbringt für alle und jeden. Und sie ist eine Partei der Sicherheit für alle. Und das ist bis jetzt nicht klar geworden.

(Beifall)

M. Kirchner:
Vielen Dank, Freund Stoerk. Es hat jetzt das Wort Herr Prof. Jenssen. Es bereitet sich bitte vor Freund Johannes Nietzsch.

Ufrd. Prof. Jenssen:
Verehrte liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde! Ich möchte ganz kurz etwas sagen zu einem Artikel, der am vorigen Wochenende in der Berliner Kirche erschienen ist, und zwar unter der Überschrift "Das irreführende 'C' im Namen" - damit sind wir gemeint, ist ja klar. Und da das ja immerhin eine Zeitung ist, die ganz offiziell von der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg herausgegeben wird, hat so etwas Wirkung. Wir müssen uns also, denke ich, mit diesen Dingen auseinandersezen, ja auch im Hinblick auf die angestrebte Allianz, damit nicht so etwas wirksam ist und die Leute dann sagen, na denn wählen wir eben lieber den Demokratischen Aufbruch oder die DSU. Ich hoffe, daß die Neue Zeit einen Artikel von mir dazu bringt. Ich kann und will deswegen nicht die ganze Argumentation vortragen. Vieleicht also gerade den Schwerpunkt dann abschließend auf den Punkt legen, den ich aus guten Gründen erstmal in der Neuen Zeit nicht so verhandelt habe. Ich denke,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

also es gibt da 3 Argumente hauptsächlich: erstens einmal, es gibt gar keine christliche Politik als solche. Man kann eben nur Programme und Politiker an der Botschaft Jesu Christi messen, und die Benutzung des "C" sei die Benutzung des Namens Christus für parteipolitische Zwecke. Ich denke, den Anspruch, eine christliche Politik als solche zu formulieren, haben wir nie erhoben, sondern was wir gesagt haben, und da sollten wir eben wirklich sorgfältig auch im Wahlkampf immer formulieren, ist, daß wir eine Politik formulieren und auch praktizieren, die wesentliche ethische Anliegen christlichen Glaubens aufnimmt und politikfähig macht, und daß wir dabei natürlich bemüht sind, auch uns von einem Menschenbild leiten zu lassen - und das ist ja kein unwesentliches Thema, das Einsichten christlichen Glaubens über den Menschen ernstnimmt. Wir bestreiten ja auch gar nicht, daß in anderen Parteien, wie es dort gesagt wird, engagierte Christen wirken, sondern ich denke, das begrüßen wir nur. Jeder Monopolanspruch auf Christen liegt uns fern. Allerdings sind wir nun eben eine Partei, die insbesondere Christen zu gemeinsamen politischen Handeln sammeln möchte. Und in einer Gesellschaft, in der die Christen, auch wenn wir sie mit 6 Mio in der DDR etwa veranschlagen, doch immerhin eine Minderheit bilden, scheint mir das auch ganz dringend geboten zu sein, weil eine Zersplitterung der gesellschaftlich engagierten Christen auf viele Parteien die Gefahr in sich birgt, daß eben die zunächst mal genannten Anliegen und Einsichten überhaupt nicht genügend zur Geltung kommen. Gerade das Zusammenspiel einer Partei, die in ihrer großen Mehrheit doch aus Christen besteht, mit engagierten Christen zum Glück auch in anderen Parteien, gerade das, denke ich, dürfte besonders effektiv sein. Und welche Rolle die Einbindung der CDU-Mitglieder in die Kirchen spielt, ich denke, das sollten wir doch den Leuten mal draußen dadurch verdeutlichen, daß wir doch nach meiner Einschätzung vermutlich die einzige Partei sind, die, wenn's um die Orientierung für das höchste Gremium der Partei geht, nicht nur schreibt, wie alt und woher man kommt und welcher Beruf usw., sondern auch, welche kirchliche Funktionen (Gemeindekirchenrat, Pfarrer, Pfarrgemeinderat, in einer Synode) der einzelne hat. Ich denke, das zeigt, daß wir es nicht nur im Namen führen, sondern doch auch praktisch jedenfalls damit arbeiten. Über die

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Vergangenheit unserer Partei will ich mich nicht äußern, möchte bloß noch mal eines sagen: Wir müssen uns klarmachen, was passiert. Es passiert ständig, man zitiert Jesus Christus und setzt dem dann sozusagen eine angeblich christliche Politik gegenüber. Der Begriff "christlich" wird ja in vielen Zusammenhängen gebraucht. Man kann sich auch drüber streiten, darf man denn Christliche Hospize in Berlin haben, von denen eins also deutlich auch auf Gewinnorientierung aus ist. Gut, ich denke, es passiert eins, und das sage ich jetzt mal als Theologe, ...(?) sie sich nicht so beschäftigt haben. Es ist doch ein ganz billiger, fast möchte ich sagen, demagogischer Trick, Das Christentum ist eben entstanden in einer Situation einer unmittelbaren Naherwartung. Paulus schreibt ja noch an die Gemeinde in Corinth, nicht zu heiraten ist besser als zu heiraten, also eben, weil's ja gar nicht lohnt, Familie zu gründen usw. Darauf basieren ja wesentliche Aussagen des Neuen Testaments. Und das ist auch, wie Albert Schweitzer mal ausgeführt hat, sehr gut, weil ohne Rücksicht auf praktische Verwirklichungsmöglichkeiten sozusagen das Ideal in seiner Reinheit zum Ausdruck kommt. Aber, selbstverständlich ist das so, daß dann dieses Ideal, wie wir ja sehr gut formulieren, politikfähig gemacht werden muß, und dann treten wir heute gerade als Christen ganz wesentlich für eine christliche Familie z. B. ein. Ich denke, diesen Trick, wenn wir das nämlich nicht durchschauen, das ständig sozusagen ganz hohe Ideale mit der praktischen Verwirklichung konfrontiert werden können, dann werden wir bestimmte Kreise, gerade auch der evangelischen Christen, nicht so sehr für unsere Partei gewinnen können. Also machen wir das immer deutlich, daß es so nicht geht, daß Ideal und Wirklichkeit naturgemäß auch eine gewisse Differenz aufweisen müssen. Aber daß das Ideal eben trotzdem für uns Orientierung bleibt.

(Beifall)

M. Kirchner:
Vielen Dank, Freund Dr. Jenssen. Und ich bitte jetzt den Freund Nietzsch, das Wort zu nehmen. Ihm folgt der Freund Dr. Spindler.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Ufrd. N i e t z s c h :

Meine Damen und Herren. Ich möchte meinem Beitrag die Überschrift geben "Mitten im Gespräch mit den Wählern". Unser Vorsitzender hat dazu ja auch einige Ausführungen gemacht. Ich will mich ganz kurz halten. Das Problem, was zunächst jetzt immer wieder auftritt, ist der Zickzack-Kurs, den unsere Führung gegangen ist, und dazu sind schon genügend Worte gesagt worden. Schaden ist angerichtet worden. Ein zweites Problem, das jetzt zunehmend in den Mittelpunkt rückt, sind die sozialen Ängste. Während die Demokratisierung weitgehend Fortschritte macht, sicherlich gibt's dort auch differenzierte Dinge noch zu berücksichtigen, entwickelt sich die Wirtschaft weiter degressiv. Neben dem chaotischen Ausschwärmen von Wirtschaftsfunktionären, Betriebsleitern und nach begüterten Einsteigern und platonischen Bekenntnissen zur Marktwirtschaft ist ein klares Wirtschaftsprogramm nicht in Sicht. Im Gegenteil lassen sich SPD nahestehende Kreise keine Möglichkeit entgehen, zur Pflege eines Schrecks in der Bevölkerung Mieterhöhungen und Drohungen mit Arbeitslosigkeit als Mittel zur allgemeinen Verunsicherung zu gebrauchen. Wirtschaftsministerin Luft hat ja am letzten Runden Tisch am Montag sich auf Scheindemokratie geübt und am liebsten einen Volksentscheid über die Währungsunion veranstalten lassen wollen. Natürlich nicht ohne Hinweis darauf, was ein Ja für negative Folgen haben wird. Wenn diese Zickzackführung und diese zögerliche Haltung in der Wirtschaft nicht schnellstens durch einekonsequentes Wirtschaftsprogramm abgelöst wird, ist schlimmstes zu befürchten. Die Ängste nehmen zu, es kommen immer mehr Betriebsleiter von drüben zurück und erzählen Verhältnisse zwischen produktiv arbeitenden Kräften und dem Wasserkopf, die von 4 : 1 bis 10 : 1 gehen, während bei uns ja in der Regel die Verhältnisse bei 1 : 1 oder etwas besser sind. Und das führt zu Ängsten, die nur durch ein konsequentes Wirtschaftsprogramm abgebaut werden können. Und hierzu sollten wir die Chance nutzen und Aussagen machen. Drittens. Ein Punkt, der in unserem Wahlprogramm noch gut unterzubringen wäre, der jetzt außer im Programm der PDS nirgends zu finden ist, ist der Arbeitsschutz. Analog der Position Umweltschutz ist Menschenrecht, ist durch unsere Partei auch eine klare Position zum Arbeitsschutz, zur Arbeitssicherheit und zum Arbeiternehmerrecht einzunehmen. Ich brauche hier nicht an den gestrigen Unfall in den Buna-Werken zu erinnern. Dem Wähler der CDU

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

muß deutlich gemacht werden, daß sich die CDU für einen wirkungsvollen Arbeitsschutz einsetzen wird und damit auch die Fragen der Lebensqualität, der Arbeitsqualität, des Umweltschutzes, der Verbraucherschutz beeinflussen wird. Arbeitsschutz ist ein soziales Bedürfnis.und verlangt Schaffung sicherer, gesunder Arbeitswelt, Humanisierung der ganzen Arbeitsatmosphäre. Unfallverhütung/Unfallschutz/Unfallversicherung sind wichtige und integrale Bestandteile des in der DDR zu schaffenden Netzes. Viertens. Die Hauptfrage im Gespräch mit den Wählern ist aus meiner Sicht die Frage der Persönlichkeit. Wir präsentieren keine Persönlichkeiten, nicht genügend Persönlichkeiten, an denen sich die derzeit angestauten Ängste, an der sich das Mißtrauen und die Unruhe irgendwie auflösen kann. Wir brauchen selbstlose Persönlichkeiten, Namen, die etwas auf sich ziehen, was nach Verantwortung verlangt, Menschen, die die Zeichen der Zeit lesen können, deuten können, und die auch unsere Politik, für die wir einstehen, durchscheinbar, durchleuchtend, durchtönbar machen. Das sind eigentlich die Hauptpunkte, die ich in diesem Gespräch mit den Wählern immer wieder höre. Einen Antrag habe ich noch eingebracht zu diesen Fragen SED-Mitgliedschaft; ich weiß nicht, ob er vorliegt; den möchte ich jetzt nicht erläutern, der auch immer wieder in den Wählerversammlungen zur Sprache kommt. Zur Allianz kann ich aus meiner Sicht sagen, weil ich heute schon andere Dinge gehört habe, daß die in den Kreisen, wo ich aufgetreten bin, naja, positiv angekommen ist, also keine Gegenstimmen, wie das heute schon mal gibt's. Also, ich würde sagen, das ist ein guter Schritt, den wir gegangen sind.

M. K i r c h n e r :
Wir bedanken uns, Freund Nietzsch.

(Beifall)

Das Wort hat der Freund Dr. Spindler. Ihm folgt der Freund Dr. Krause.

Ufrd. S p i n d l e r :
Liebe Unionsfreunde! Die Grundwertekommission unter Leitung unseres Ufrd. Peter Schmidt hat der Partei den Entwurf für das Grundsatzprogramm der CDU vorgelegt. Leider ist dieses Programm noch nicht zur Verteilung gekommen - ich bedaure das sehr. Wir hoffen,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

daß der Vorstand beschließen möge, daß es in der nächsten Woche geschehe und veröffentlicht wird. Als Mitverantwortlicher für dieses Papier drängen sich mir eine Reihe von Fragen auf, die ich natürlich in dieser Ausführlichkeit, wie sie [illegible] notwendig zu diskutieren wären, nicht diskutieren kann, weil das Papier ja noch nicht vorliegt. Aber es gibt einige grundsätzliche Überlegungen, und diese grundsätzliche Frage ist natürlich die, werden wir mit diesem Grundsatzprogramm der Aufgabe gerecht, die mir unsere Hauptaufgabe zu sein scheint, Verantwortung für die Zukunft tragen zu können. Eine Partei, die sich der Umkehr in die Zukunft in besonderer Weise verschrieben hat, muß das Wesen dieser Zukunft wichtig sein, wenn sie für sie Verantwortung übernehmen will. Umkehr kommt in diesem neuen Programm dadurch zum Ausdruck, daß es sich abwendet vom alten Denken, in dem der Staat als alles beherrschendes Instrument an der Spitze stand und alle Politik vor von oben nach unten lief. Dieser neue Entwurf ist konsequent vom Menschen her gesehen. Der Mensch als einzelner und in der Familie soll der Ausgangspunkt politischer Überlegung sein, für ihn ist der Staat da, nicht umgekehrt. Die Programmthesen beginnen daher mit unserem christlichen Verständnis vom Menschen, den Wertvorstellungen unseres Seins und Handelns und führen von da über Familie, Kultur und Bildung, Arbeit und Freizeit, Heimat und Umwelt zu Volk und Staat, Deutschland und Europa. Es ist nicht mein Anliegen, mich zu Detailaussagen dieses Programms zu äußern. Sie werden sich aber von denen nicht unterscheiden, die im einzelneneschon bekannt sind. Und man muß feststellen, daß die meisten unserer CDU-Forderungen sich überhaupt von den anderen wenig unterscheiden, weil sie von den anderen Parteien und Gruppierungen übernommen worden sind. Unglaublicherweise ist ja jetzt auch die SED, nun PDS, für Marktwirtschaft und Deutschland einig Vaterland. Wesentlich erscheint mir, ist in diesem, unserem Ringen um politische Wegweisung die Verdeutlichung der Quellen, den unser Selbstverständnis entspringt und aus denen unsere Kraft strömt. Nach christlicher Überzeugung ist diese Urquelle unser Glaube. Doch kann aus christlichen Grundsätzen keine bestimmte Politik abgeleitet werden. Rationale Politik muß gegründet sein auf klar definierte Wertbeziehungen, denen sie verpflichtet ist. Der überzeugend

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

vorgeführte und vorgelebte Bezug von Politik auf Werte macht diese Politik glaubhaft und schafft dauerhaftes Vertrauen zu ihr. Ich glaube, daß die solide Verankerung unserer Politik auf diesem geistigen Fundament auf die Dauer von entscheidenderer Bedeutung ist, als ein Gerangel um Tagesfragen. Wenn die Politik der CDU ...(?) sagen, der Zukunft verschrieben ist, für die wir Verantwortung tragen, so sind mit diesen beiden Begriffen Zukunft und Verantwortung Bezüge angesprochen, deren gedankliche Behandlung weltanschauliche Vergangenheitsbewältigung erfordert. Hier haben wir, meine ich, einiges nachzuholen. Durch das alte Denken sind wir gewöhnt, die Zukunft als solch gesetzmäßig ablaufende historische Prozesse vorbestimmt zu betrachten. Prüfen wir die Sachlage genauer, müssen wir uns eingestehen, daß die Wahrheit, eh, daß in Wahrheit die Zukunft offen ist. D. h. nicht nur, daß wir sie nicht kennen, sondern auch, daß sie noch unverfügt ist, also beeinflußt werden kann. Darin liegt aber eine Voraussetzung für sinnvolle Politik, die ihre Aktion nicht als Marionettenspiel betrachten will. Weil die Verwirklichung von Zukunft Freiheit zuläßt, haben wir für ihre Gestaltung Verantwortung. Verantwortung entspringt unserer Bindung an ein anderes, auf das wir bezogen sind, und dessen Anruf wir uns nicht entziehen dürfen. Dieses andere ist nach christlichem Verständnis Gott, der uns seine Schöpfung, die uns selbst einschließt, zur Bewahrung anvertraute. An der Erfüllung dieser uralten und doch immer wieder neuen Beauftragung wird auch unsere Politik gemessen werden. Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, daß wir an unseren Früchten erkannt werden und uns dessen nicht zu schämen brauchen. Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Ufrd. de Maizière:
Schönen Dank. Es hat das Wort Ufrd. Krause.

Ufrd. Dr. Krause:
Liebe Unionsfreundinnen, werte Unionsfreunde! Wenn wir heute gleich an zweiten ...(?) von Frd. Stoerk die Sorgen zum Ausdruck bekamen, noch mal vor Augen hielten, so ist es genau auch eine Sorge, die mich bewegt. Aber das ist genau der Zustand unserer Partei, und

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

das wissen wir doch, daß das dieser Zustand ist. Das heißt, daß wir selber den Prozeß der Selbstfindung auch noch gar nicht abgeschlossen haben. Da stelle ich fest, wenn ich, der ich ehrenamtlich diese Tätigkeit ja ausübe, vor Ort Positionen meiner Partei im Schulbildungswesen umsetzen will; da spüre ich, das, wie schwer das ist. Oder, wenn ich zu den Ortsgruppen in unserem Bezirksverband Leipzig komme, dann spüre ich die gleichen Fragen, also unsere Politik des Präsidiums und des Parteivorstandes ist noch nicht in den Ortsgruppen angekommen. Wenn wir dort in Erscheinung treten würden, wenn wir unseren Freunden das sagen würden, was sich in dieser kurzen Zeit alles abgespielt hat, dann ist das wahrscheinlich viel leichter für unsere Freunde, alles auch zu verstehen. Wir haben Freunde, die erst neu in unsere Partei gekommen sind, die natürlich viel mehr stürmen, als solche vielleicht in der Tradition verhafteten Freunde, wie ich das vielleicht einer bin. Aber, ich denke, wir haben allen Grund, auch wenn selbst der Herr Gerlach der Meinung ist, daß er sich kein Büßerhemd anziehen sollte, daß wir doch auch keinen Grund haben, jetzt nach diesen vielen Wochen auch der Neuerung auch unseres Denkens, wenn wir in die Politik jetzt gehen. Und wir haben doch eine ganze Menge aufzuweisen. Ich will bloß von dem Leipziger Bereich einiges andeuten. Wenn also in dem Gespräch in dem "Merkur" der Herr Waigel zu den Superintendenten und zu dem Herrn Propst Hanisch sagte, also wir freuen uns, daß von den Kirchen in Leipzig vieles ausgegangen ist, und wenn sie heute hier bei uns da sind und unsere Gäste sind, aber in unserer Partei würden wir sie nicht sehr gerne wollen. So sagen wir, natürlich wissen wir, daß die Christlichsoziale Union kein Club der undeutlichen Aussprache ist, dann ist das genau das, was mich natürlich auch bedrängt. Ich bin katholischer Christ und bin heute froh, daß also unsere PFarrer nicht so sehr sich in den drängen hinein in die Parteien. Das macht uns Sorge. Aber die Irrutationen sind auch durch die Medien hervorgerufen, nicht nur durch dieses, durch diese Schwierigkeit zwischen Ost und West, durch die Medien selber - ich will das andeuten. Wenn gestern und vorgestern diese Geschehnisse vor dem Ministerium für Volksbildung auftraten, so liegt das doch ganz eindeutig daran, daß es diese Verunsicherung in der Bildung z. Z. gibt. Keine einzige Partei, es sei denn unsere, hat überhaupt eine neue Bildungskonzeption. Alle Leute, die jetzt etwas zur Bildung sagen müßten, etwa in der SPD, die würden deutlich machen

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

müssen, daß sie nur das haben, was vorher gewesen ist. Und wer hat denn zu der Demonstration aufgerufen? Wir haben das erfahren heute früh in der Präsidiumssitzung - eben genau der stellvertretende Bezirksschulrat, derselbe, gegen den ein Ermittlungsverfahren hier im Bezirk, in Berlin, läuft. Und, wer hat denn organisiert diese ganze Angelegenheit? Das sind die ganze Garde derjenigen Direktoren, die auch immer noch das Sagen haben. Ich habe Einblick in Leipzig, und das sagt mir genug. Vielleicht ein Teil dieser ehemaligen Direktoren sind aus der SED herausgegangen und einige liebäugeln mit der SPD. Das ist also zu erkennen und zu spüren. Und Sie wissen, wenn sie einmal Staatsbürgerkunde unterrichtet haben oder Russisch, dann ist die Perspektive, wenn sie sich nicht Weiterbildungsfragen stellen, auch kaum gegeben. Es sei denn, sie steigen über in das Fach Sozialkunde. Also menschlich durchaus verständlich, was jetzt im Moment passiert. Aber wie wollen sie's lösen? Sie lösen es gegen uns. Das ist im Leipziger Raum deutlich geworden. Wir haben drei Großveranstaltungen in Leipzig zu Bildungsfragen von unserer Partei, eine im kirchlichen Raum, eine an der Schule, wo ich selbst gewesen bin, an einer Spezialschule, und eine mit Pädagogen und Reformgruppen im Leipziger Raum. Und da sind die Vorstellungen gut angekommen. Und der Herr Abend hat seinen Rücktritt nicht erklärt - das ist die verkürzte Wiedergabe der Medien. Ich selber weiß als Leher, daß man sehr schlechte Unterichtsstunden haben kann im Leben. Deshalb braucht das Programm doch nicht ein schlechtes sein. Wir sollten die Gelegenheit des Runden Tisches benutzen, um einiges Prinzipielle zu Bildungsfragen zu sagen. Heute sprechen alle zur Wirtschaft und nicht zu den Dingen, die den Menschen auch bewegen, und die also in dieser Zeit besonders gefährdet sind, nämlich Kinder, und diejenigen, die das nicht alles verstehen, was in diesen Tagen passiert. Also das sollten wir sagen. Schließlich ist die SED schuld an dieser Misere. Die SPD hat kein Programm, die Informationen sind falsch, und Freund Stoerk, ich glaube, da sind Sie zumindest darauf reingefallen, und Sie hätten es doch mit wissen müssen, kommen Sie doch aus diesem Bereich und wissen das besser, als ich das weiß. Ich habe noch eine letzte Bemerkung zu machen. Auch wir haben das Gespür, daß sich der hauptamtliche Apparat auch im Bezirk Leipzig zu wenig bewegt und zu wenig die Aufgabe nimmt, auch die ehrenamtlichen Funktionäre unserer Partei, die

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Verantwortung tragen, auch zu unterstützen. Das sollten wir machen, und ich finde die Position des Parteivorsitzenden gut, In diesen Tagen vor der Wahl darf es keinen Urlaub geben und kein Reisen in Richtung Westen. Jetzt brauchen uns unsere Ortsgruppen, damit wir eigenes in unsere Ortsgruppen einbringen können und nicht fremdes hier. Unsere Freunde in den Ortsgruppen haben ein Recht, das zu erfahren. Viele haben Schwierigkeiten mit dem neuen Gedankengut. Ich muß Ihnen das mal sagen. Es ist gar nicht Boshaftigkeit. Es ist also das mangelnde Verständnis. Und da sollten wir die Union begreifen. Wir sind ja nicht bloß eine Union von Christen verschiedener Konfessionen und Religionsgemeinschaften, sondern auch eine, die geschichtlich gewachsen ist mit unterschiedlichen Traditionen, an denen wir alle leiden, und zu denen wir uns in irgendeiner Weise auch bekennen möchten. Und, was ich noch als letzten Gedanken sagen möchte: Wir sollten viel griffiger das sagen, was wir nach den Wahlen machen. Diese theoretischen Dinge sind gut, und die erfreuen den abstrakten Menschen, mich auch, ich bin ja Mathematiker auch von Beruf. Aber, die Freunde wollen genau wissen, was passiert, wenn wir auf der Bildungsstrecke die Wahlen gewonnen haben. Da müssen wir etwas sagen, daß wir beispielsweise sorgen werden dafür, daß alle Prozesse von Amtsmißbrauch und Korruption aufgegriffen werden unbedingt und nicht verwischt werden; im Bezirk Leipzig gibt es 107 solche Fälle von Amtsmißbrauch und Korruption. Und der amtierende Bezirksstaatsanwalt, Herr Mungwitz, ruft mich an und sagt, Herr Krause, können Sie denn nicht mal am Runden Tisch dort eine Frage stellen gegen die Freundin Nickel oder die Frau Nickel oder gegen den Herrn Beil, weil ich in dem Bezirk Leipzig nichts sich bewegt, sondern wir haben ein ganz parasitäres System der Selbstregenerierung.

(Beifall)

L. de Maiziére:
Danke schön, Freund Krause. Das Wort hat Ufrd. Dr. Krause aus Doberan. (Nun ist er abgestürzt, der Krause.)

Ufrd. Dr. Krause:
Liebe Freunde! Ich glaube, wir sollten uns weniger Vorhaltungen machen, sondern versuchen, die, eh, den Rückschritt oder den Rückstand, den wir z. Z. hier zu verzeichnen haben, vor allem

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

gegenüber der SPD, aufzuholen. Und wir sollten kreativ heute die Zeit nutzen, heute ist Sonnabend,

(Beifall)

damit wir heute abend alle, jeder zu seiner Wahlkampfveranstaltung wieder pünktlich zu Hause ist. Zum ersten Sachverhalt, und zwar Wirtschaftspolitik, möchte ich folgenden Sachverhalt unbedingt noch mit einbringen. Die soziale Marktwirtschaft ist eine Erfindung christlich-demokratischer Politik, und das muß als erstes gesagt werden. Wir müssen darauf verweisen, daß eigentlich die von Erhardt erfundene soziale Marktwirtschaft ein Mittel gegen Sozialismus darstellt. Die soziale Marktwirtschaft hat deshalb auch ihre Bindung zur christlichen Soziallehre und Sozial kommt nicht von Sozialismus der Sozialdemokratie, und das wird ein Wähler, der im Wählerforum sitzt, natürlich begreifen können, wenn wir ihm dann noch 'n paar Geschichtszahlen offerieren. Ne ganz einfache Argumentation, die etwas weg von diesem akademischen(?) Charakter ist, dem ja unsere Partei verfallen ist über Jahre. Und wir, wenn wir ne Volkspartei werden wollen, müssen wir es lernen, ganz einfach zu sprechen, ganz einfach.

(Beifall)

Zum zweiten. Ich hab mich an dies Dienstreiseverbot nicht gehalten, weil ich glücklicherweise nicht hauptamtlich angestellt bin in der Partei. Ich hab vorgestern die Möglichkeit gehabt, mit Frau Wilms zu sprechen, gestern die Möglichkeit mit Dr. Stoltenberg. Und ich muß sagen, daß einerseits die Gespräche uns viel geben, um zu verstehen, was auch die Freunde unserer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im anderen Teil ja von uns nicht wissen. Und wenn wir hier darüber diskutieren, was wollen wir uns von der Bundes-CDU übernehmen oder nicht übernehmen, dann drehe ich mal die ganze Geschichte anders um: Sind wir nun die Partei, die der Motor der deutschen Einigung ist oder nicht? Und da müssen wir auch anerkennen, daß wir noch vor der Herstellung der deutschen Einheit eine Partei, eine Christlich-Demokratische Union in Deutschland sein müssen.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

In dem Zusammenhang ist es wichtig, das gesamte Problem der Wirtschafts- und Währungspolitik genau zu besprechen. Ich bin von Beruf Hochschullehrer an der Technischen Hochschule Wismar tätig im Bereich der Informatik. Ich hab jahrelang mit'm Dr. Dietmar Czok zusammengearbeitet, vor allen Dingen in Fragen Wirtschaftsstrategie und anderen Dingen. Von daher bin ich über diese ...(?) auch ein bißchen bekannt. Wichtig ist doch für uns im Wahlkampf, daß wir dem Bürger in der DDR klarmachen, daß zuerst die Wirtschaft steht und aus einer stabilen Wirtschaft unter den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft eine Währung entsteht. Wenn wir jetzt erst die Währung einführen, dann müssen wir dem Bürger natürlich auch das Risiko der Bundesrepublik klarmachen, hat mir hier bei der Wahlkampferklärung unseres Vorsitzenden deutlich gefehlt. Die Bundesregierung geht ja jetzt ein Risiko im hohen Maße ein. Wenn es uns nicht gelingt, die doktrinäre Riege der Kommandowirtschaftler von den Schalthebeln wegzuschubsen, werden wir vielleicht verantwortlich sein, daß die eine Währung, die es in Deutschland gibt, durch uns mit verwirtschaftet wird. So deutlich müssen wir den Wahlkampf, und auch so hart gegen die Sozialdemokratie, glaube ich, führen. Vielleicht noch'n zweiter Punkt: Bildungswesen. Ich bin als Hochschullehrer tätig, bin als CDU-Mitglied auch Hochschullehrer geworden über viele Umwege, muß hier auch mal deutlich sagen, dank auch der Unterstützung des Dr. Dietmar Czok, weil ich ihn hier heute sitzen sehe, der eben auch die Reise mal nach Wismar nicht gescheut hat. Wir waren oder sind an der Hochschule 64 Hochschullehrer, davon sind bzw. waren 62 in der SED, 1 war parteilos, ich war schon immer Rechtsextremist. So die Darstellung natürlich meiner Kollegen, das deutlich zu machen. Heute sind's aber mittlerweile schon wieder unter den Hochschullehrern 8 SPD-Genossen, 8 neue SPD-Genossen. Der Parteilose orientiert sich jetzt an der CDU, das ist das Positive. Wir müssen im Bildungswesen, und das ist ja eigentlich auch die Meinung der Freunde aus der bundesdeutschen CDU, ich will den Begriff hier ruhig mal wählen, radikaler vorgehen. Wir müssen im Bildungswesen radikaler vorgehen. Wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen, müssen wir beispielsweise die Berufungsverfahren an den Hochschulen ausschließlich aus fachlicher Sicht neu durchführen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Es ist doch wohl 'ne Lachnummer, daß sich heute Leute mit mäßigem Intellekt hinstellen, ein Beispiel ist ja vielleicht auch, sind doch einige Regierungsmitglieder, ich kann darüber nicht urteilen, aber die Auftritte von der Frau Ministerin Luft werden eben in der Bundesrepublik nicht mehr ernst genommen, weil sie von einem Auftritt zum anderen andere Dinge erzählt, weil sie inhaltliche Dinge nicht konsequent genug in den entsprechenden Gesetzesvorlagen oder der Beschreibung der Gesetze, die kommen werden, in Übereinstimmung bringen kann. Wir müssen dazu kommen, unser Hochschulwesen mit den fachlich kompetenten Leuten entsprechend zu besetzen. Und hier ist ein interessanter Vorschlag auch gestern abend von Dr. Stoltenberg gekommen: Die Bundesrepublik hat ja 'ne Reihe von arbeitslosen Pädagogen. Würden wir jetzt als CDU in Deutschland nun mal endlich agieren, wir reagieren ja nur, wir agieren ja nicht; dann müßten wir vielleicht so agieren, und ich hab 'nen entsprechenden Vorschlag zur Beschlußfassung hier schon mitgebracht, daß wir in der CDU Deutschlands parallele Ausschüsse im Rahmen unserer Partei zu den neuen vorgeschlagenen Ausschüssen in der Bundesregierung bringen. D. h., daß wir die Zusammenarbeit mit den Freunden im Finanzbereich, im Währungsbereich, im Bereich Soziales im Bildungswesen jetzt vorbereiten und damit nicht das Prinzip der Neulehrertätigkeit vorbereiten, wie es nach 45 ja im Mittel der doktrinen Wirtschafterei war seines Zeichens, sondern wir ein Bildungsvorlauf zur Weiterbildung oder zur Qualifizierung mit bundesdeutscher Hilfe jetzt als CDU vorbereiten. - Das auf allen Ebenen. Und das muß natürlich in unserer Partei, in der CDU (West und Ost) durch gemeinsame Parteiausschüsse geregelt werden. Deshalb habe ich hier heute einen Antrag mitgebracht, und ich hoffe, er kommt heut' zur Abstimmung, daß wir als CDU (Ost) diesmal agieren, und die Freunde in der Bundes-CDU zu uns bitten, um mit uns gemeinsam zusammenzuarbeiten. Danke schön!

(Beifall)

M. Kirchner:
Wir danken für den Beitrag. Ich bitte, daß der Vorsitzende kurz das Wort zur Sache nimmt. Dann fahren wir fort mit dem Freund Rehberg.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Ufrd. de Maizière:
Ich möchte nur zu einer Sache etwas sagen, weil hier von Dienstreiseverbot die Rede war. So ist es nicht. Ich bin bloß der Meinung, daß wir Wahlkampf in der DDR führen müssen und nicht in Würzburg und nicht in Flensburg und anderen Ortes. Und deswegen habe ich für die Mitarbeiter dieses Hauses gesagt, Reisen bis zum 18. 3. nicht, sofern eine inhaltliche Notwendigkeit im Zusammenhang mit dem Wahlkampf nicht nachgewiesen ist. Danach meinetwegen gerne, Wenn die in Flensburg eben gerne jemanden hören wollten zu unseren Ansichten, dann müssen sie im Moment hierher kommen und unsere Meinung hören und danach können von uns welche hinfahren. Das war die Haltung dazu, und ich denke, dies sollte nicht nur hier so sein, sondern das sollte in den Bezirken und in den Kreisen ganz gleich so sein.

M. Kirchner:
Wir fahren fort, und ich bitte das Wort zu nehmen den Freund Drehberg (?). Ihm folgt der Freund Fischer.

Ufrd. Drehberg:
Meine Damen und Herren, werter Herr Vorsitzender! Am Donnerstag verteilte ich schon mit großem Erfolg einen Artikel der unabhängigen Ostsee-Zeitung, wo die Genossen die Katze aus dem Sack gelassen haben. Ich zitiere: Der vorstand der Ortsgruppe Barth brachte zum Ausdruck, daß in ihren Arbeitsgruppen stets ehemalige SED-Mitglieder willkommen sind. Ich bin gern bereit, dieses Blatt zur Verfügung zu stellen zum Abziehen. Ich meine, es reicht jetzt allmählich. Ich muß aber dem Herrn Krause aus Leipzig widersprechen. Ich habe seit Burgscheidungen nicht eine Information vom Parteivorstand bekommen. Ich kann nicht Artikel aus dem Demokraten und der Neuen Zeit für Parteipolitik verkaufen. Das geht nicht. Wie soll ich argumentieren? Ich bin seit dem 5. Januar mit nicht einem Wort dort oben im Norden versorgt worden. Wir haben dort keine berittene Post. Das Postauto fährt auch bis Ribnitz-Damgarten. Wie soll ich Wahlkampf machen? Können Sie mir das mal sagen? Mein Material beziehe ich nur von der West-CDU, von A - Z. Und so interpretiere ich soziale Marktwirtschaft, Bildungspolitik etc., so wie wir uns das vorstellen müssen in einem geeinten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Deutschland. Dazu wollte ich aber eigentlich nicht sprechen. Mir liegt insbesondere das Gewerkschaftsgesetz am Herzen, das die Herren Gewerkschafter von Dienstag bis Donnerstag, drei Arbeitstage, 2 500,Mann - sind 7 1/2 Tausend mal 8,75, die sie da verbracht haben. Alle anderen Parteien befleißigen sich, ihre Sachen am Wochenende zu machen, die Herren schaffen's mitten in der Woche. Ich bin der Meinung, ich habe den Antrag folgendermaßen formuliert: Der Parteivorstand empfiehlt der Volkskammerfraktion, gegen den Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes vom FDGB aufzutreten. Ich habe das vorsichtig formuliert. Ich bin der Meinung, das Gewerkschaftsgesetz darf vor dem 18. März bei dieser Konstellation an der Volkskammer nicht zur Lesung kommen und nicht zur Abstimmung gebracht werden. Das geht nicht.

(Beifall)

Verschiedene Redner haben umrissen, was es bedeuten wird, bei uns Marktwirtschaft ohne wenn und aber einzuführen. Ich bin für starke Gewerkschaft. Ich bin Arbeitsrechtsschöffe bei unserem Bezirksgericht noch mit dem Mandat vom FDGB, ich bin noch nicht aus der Gewerkschaft ausgetreten. Aber es kann nicht sein, daß die Gewerkschaft für sich in Anspruch nimmt, zustimmen zu müssen, wenn das Gesetzgebende Organ der DDR Gesetze beschließt. Das ist ein Unding für mich. Welche Arroganz. Sie vereinnahmen für sich, jegliches Entscheidungsrecht in Personalfragen, in Strukturfragen, in Auflösungsfragen des Betriebes, bei Konkurs usw. usf. Wie soll ein Unternehmer, ob in genossenschaftlichem, volkseigenem oder privatem Bereich entscheiden? Die Marktwirtschaft basiert darauf, daß der Unternehmer das letzte Entscheidungsrecht hat, weil er ja verantwortlich ist, egal, wie die Vergesellschaftung des Unternehmens ist. Die Beiträge der Gewerkschaften sollen ihm zufließen. Ich zitiere jetzt einmal wörtlich:(Ich weiß nicht, wieviele das Gewerkschaftsgesetz gelesen haben:) Die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter sind von ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitseinkommens freizustellen. Wir Betriebsleiter haben die sachlichen Bedingungen für die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb zu schaffen. Dazu gehören Schreibkräfte, technische Mittel, Computer und, und und... Ich frage mich, wozu bezahlen die Gewerkschafter ihre Beiträge? Was machen die mit dem Geld? Bloß damit sie wochenlang Streik führen können? Denn alles läuft hier raus, Lösung der Arbeitskonflikte auf dem Streik, bis zum Generalstreik.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Und ich finde das eine Zumutung, von einer Liberaldemokratin, der Helga Mautsch(?), zu fordern, das Ding muß vor'm 18. März durch, sonst machen sie Generalstreik. Das ist ein Unding für mich. Das hat mit liberaler Politik überhaupt nichts zu tun. Entschuldigung, lassen wir, versprochen. Das ist ja egal.

(Heiterkeit)

Ja, aber, wissen Sie, die ganze Arbeitswelt wird sich nach dem GewerkschaftsGesetz regeln. Wir brauchen ein vernünftiges Betriebsverfassungsgesetz nach dem 18. März, ohne wenn und aber. Als drittes möchte ich ein Thema anreißen: Der Sport in der DDR. Es geht mir nicht um den Hoch- und Leistungssport. Es geht mir um den Kinder- und Jugendsport. Ich bin Übungsleiter von einer Fußballmannschaft in einem kleinen Dorf oben in Mecklenburg. Wir haben das Glück, für dieses Jahr von zwei leistungsstarken LPG's einige tausend Mark bekommen zu haben. Aber es gibt Sportgemeinschaften, die sind bankrott, die haben null, weil es eben bei den Kommunisten keine gesetzlichen Regelungen für die Überweisung von Beträgen aus K- und S-Fonds usw. gab an die Sportgemeinschaften. Das waren alles Kannbestimmungen. Ich bin dafür, daß die CDU sagt, für die Übergangsphase, wir haben nicht die Schichtung und die Struktur der Gesellschaft in der Bundesrepublik, nicht den Wohlstand, daß sich die Vereine aus sich selbst heraus ernähren kann. Mir liegen die Kinder und Jugendlichen die Sport treiben wollen, besonders am Herzen. Ich meine, wir brauchen eine ganz konkrete Aussage dazu, daß die Betriebe oder öffentliche Körperschaften verpflichtet werden, die Sportvereine zu unterhalten, daß ein gewisser Satz der Haushaltsmittel in den Kreisen, in den Kommunen dafür bereitsteht. Das müssen wir garantieren; wie gesagt, nicht für den Leistungssport, der hat noch seine Pfründe damit abzuführen, sondern für den Kinder- und Jugendsport. Ich danke !

(Beifall)

M. Kirchner:
Wir bedanken uns für diesen Beitrag und auch den Antrag. Und es hat jetzt das Wort Freund Fischer, ihm folgt der Freund Dr. Gies.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Ufrd. F i s c h e r :
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir am 16. Dezember im Filmtheater saßen und zur Wahl kamen des Parteivorstandes, saßen drei Damen hinter mir und sagten, als sie das Programm in der Hand hatten und durchlasen, wer ist denn dieser Herr hier, am 1 Dezember in die CDU eingetreten und heute will er in den Parteivorstand gewählt werden, der muß ja wohl nicht ganz, na, gesund sein. Sie haben noch 'nen anderen Ausdruck gebraucht. Dieser Verrückte war ich, aber wahrscheinlich haben mich bloß die Frauen nicht gemocht und die Mehrheit der Männer hat mich dann doch gewählt. Und ich denke, wenn ich jetzt einige Ausführungen mache, mögen mich vielleicht noch weniger Frauen. Der Freund Stoerl (?) hat hier zu den unglücklichen, ich bezeichne das mal zu den unglücklichen Aussagen des Herrn Abend gesprochen. Ich muß sagen, ich verstehe CDU-Politik so, oder CDU-Programm vielleicht richtig, und ich als Christ bin gegen Krippen, ich bin gegen Junge Pioniere, gegen FDJ, gegen Schulspeisung, gegen Hort. Aber wir müssen unterscheiden zwischen CDU-Programm und pragmatischer Politik, die heute nach 40 Jahren DDR natürlich so nicht möglich ist. Wir können nicht sagen, wie Herr Abend, wir hören mit der Schulspeisung oder mit dem Hort auf. Das ist ja pragmatische Politik. Wir müssen erst die Rahmenbedingungen wieder schaffen in der DDR, daß das möglich ist. Aber wir müssen noch unseren Frauen sagen, daß es auch wieder lohnt, Mutter zu sein; das Image einer Mutter müssen wir doch als christliche Partei wieder nach vorne bringen. Das ist meine Erklärung dazu. Und ich muß sagen,

(Beifall)

ich muß sagen, bisher im Wahlkampf, in den Wahlgesprächen, die ich geführt habe, bevor Herr Abend damit kam, bin ich immer damit gut angekommen, bloß, man muß das bis dahin erklären. Aber wir können nicht sagen, wir sind für diese Dinge. Und wir müssen doch auch weiterdenken. Wenn wir einmal sagen, wir sind ein Volk, wir wollen ein Deutschland, dann können wir uns doch nicht einbilden, daß nach der Wiedervereinigung 60 Mio sich an 16 Mio anpassen, sondern dann werden wir doch einige Dinge verändern müssen, so wie das dort läuft. Das müssen wir doch nun ganz klar, sonst sind

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

wir doch unglaubwürdig. Also ich bin aus dem Selbstverständnis der CDU, des christlichen heraus, für die Abschaffung dieser Dinge, aber, nachdem wir die Rahmenbedingungen geschafft haben. Werte Freunde. Ich habe lange vermißt in allen Beratungen zwei Worte oder ein Wort zur Gewerkschaft. Jetzt trifft es sich unglücklich, daß der Vorredner hier schon zur Gewerkschaft gesprochen hat, es gibt also doch noch Gewerkschafter. Ich stimme aber nicht ganz überein, daß wir nun wieder erklären, daß das Gewerkschaftsgesetz nicht mehr beraten wird. Ob es beschlossen wird, ist eine andere Frage. Wir reden sehr viel von Mittelstand, aber wo haben wir denn Mittelstand. Wir wollen von den Arbeitnehmern gewählt werden. Und es gibt eine große Unsicherheit mit der sozialen Marktwirtschaft in Fragen der Sicherheit, und da brauchen wir meiner Ansicht nach, ich bin kein Gewerkschafter mehr, ich bin im November ausgetreten, als die Sache mit Tisch ruchbar wurde, aber ich trete wieder ein in die Gewerkschaft, ich spanne mich davor in unserem Betrieb, um die Gewerkschaft wieder in Gang zu bringen. Aber wir müssen uns mit der Gewerkschaft auseinandersetzen und als CDU sollten wir uns positionieren. Und ich bin dafür, daß die Gewerkschaften in Zukunft sich mit Arbeitszeit, mit Lohn, mit Arbeits- und Lebensbedingungen beschäftigen, aber daß der Feriendienst und die SVK aus der Gewerkschaft ausgegliedert wird. Und das sollten wir in ähnlichen Flugblättern wie zur Landwirtschaft, zur sozialen Marktwirtschaft, zur Umwelt, auch durch ein Flugblatt hier kenntlich machen, und das muß schnell kommen. Wir müssen uns zur Gewrkschaft äußern. Eine zweite Sache, und damit komme ich zum Abschluß: zum Sport. Auch das hat mein Vorredner hier gebracht, wir haben uns aber nicht abgesprochen. Ich bin der Meinung, auch da sollten wir mal in die Bundesrepublik reingucken, die größte, der größte Interessenverband in der Bundesrepublik ist der DSB mit 20 Mio Mitgliedern. Und wenn der Sport auch in der DDR in Verruf gekommen ist, so haben wir als CDU uns auch hier zu positionieren und auch hier forderte ich, daß durch den Apparat, ich bezeichne mal jetzt hier dieses Haus so, ein Flugblatt gemacht wird, wo wir uns zu diesen Fragen des Sportes eindeutig aussagen. Ich bin für Massensport, ich bin auch für Leistungssport, wenn wir von Leistungsgesellschaft sprechen, müssen wir auch zum Sport und zum Leistungssport eine positive Meinung haben. Ich bin sicher, wenn am nächsten Sonnabend der SV Werder-Bremen zu Hansa-Rostock kommt, dann sind dort mehr

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Zuschauer, als je zu einer Wahlveranstaltung unserer Partei. Danke schön!

(Unruhe)

M. K i r c h n e r :
Ja, das wird leider wahr sein. Wir danken und bitten als letzten Redner vor der Mittagspause den Freund Dr. Gies, das Wort zu nehmen.

Ufrd. Dr. G i e s :
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen, da viele meiner Anliegen hier schon zum Tragen kamen. Auch mir geht es darum, daß unsere Partei vor allen Dingen aus diesem Haus heraus uns endlich Materialien in die Hand gibt, mit denen wir wirklich Wahlkampf machen können. Alle Parteien und Gruppierungen treten beispielsweise unter der Flagge sozialer Marktwirtschaft an, keiner kann's so ganz genau erklären, darüber haben schon viele gesprochen. Ich meine auch, wir vergeben uns sehr viel, wir könnten also zu allen Bereichen, sei es die deutsche Einheit, sei es zur Wirtschaft, sei es zur Agrarpolitik, könnten wir medienwirksam in einer Pressekonferenz grundsätzliche Aussagen der Öffentlichkeit übergeben und das alleine wäre ja schon Wahlkampf. Wir wissen ja, wie schlecht uns die Medien behandeln, freiwillig kommen sie nicht. Aber wenn wir zu Pressekonferenzen einladen, werden gewiß einige kommen. Ich denke daran, daß wir auf der letzten Parteivorstandssitzung dem Präsidium den Auftrag erteilt haben, einen Stufenplan zur deutschen Einheit zu erarbeiten. Inzwischen ist die Zeit vorangeschritten. Vieles, was wir damals gesehen haben, und gedacht haben, ist schon überholt, die Entwicklung hat eine erhebliche Eigendynamik genommen. Aber ich meine, muß denn nun unbedingt Herr Modrow derjenige sein, der diesen Plan vorlegt, der ja im wesentlichen auch nur bei dem 10-Punkte-Plan von Helmut Kohl abgekupfert wurde bis auf ein paar Veränderungen.

(schwacher Beifall)

Ich denke, das hätten wir doch machen können. Wir hätten die ersten sein können, und ich meine, da muß schneller dran gearbeitet werden. Wir haben auf der letzten Sitzung auch beschlossen, daß über den 17. Juni die wissenschaftlichen Mitarbeiter arbeiten sollen, um

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

es dem Parteivorstand dann vorzulegen. Und es gab da ja noch eine Diskussion über die Zeitdauer, die dafür zur Verfügung stehen sollte. Ich meine, es stünde uns gut an, wenn wir als CDU jetzt in aller nächster Zeit erklären, wir schlagen vor, den 17. Juni als Gedenktag in beiden Deutschland einzuführen, und das noch in diesem Jahr. Dann sind wir wenigstens an der Stelle mal die Ersten, die sich dieses Erbes der Geschichte besinnen.

(Beifall)

Zum Wirtschaftskonzept ist es ganz ähnlich. Was mir gefallen hat, ist dieser anonyme Brief an NN, ein anonymes von, mit Sachen der Agrarpolitik. Da stehen Dinge drin, die können wir konzeptionell verwenden. Bloß das stand eben leider nur in unserer Parteipresse, und die lesen im wesentlichen nur unsere Mitglieder, die uns hoffentlich ohnehin wählen. Aber ich meine, es muß eben auch an die übrige Bevölkerung heran. Das weitere wäre, daß wir ein Sozialkonzept vorzulegen hätten. Gerade mehrere Vorredner verwiesen bereits darauf, daß es uns als Partei mit dem "C" sehr gut ansteht, zu diesen Dingen unter dem Aspekt der sozialen Marktwirtschaft ganz konkrete Aussagen zu treffen. Ich finde, wir sollten im Wahlkampf aber auch auf folgendes hinweisen; es wurde hier schon auf den Zusammenschluß und die Zusammenarbeit mit der West-CDU eingegangen; wir sollten auch ganz deutlich machen, daß wir jetzt gemeinsame Konzepte ausarbeiten im Blick auf die bald zu erwartende deutsche Einheit, und wir sollten aber auch deutlich machen, daß zwei CDU-regierende deutsche Staaten mit Sicherheit besser konzeptionell zusammenarbeiten können, als eine CDU-Regierung in der Bundesrepublik und eine SPD-Regierung in der DDR. Ich meine, das sollten wir der Bevölkerung deutlichst sagen, denn es ist doch wohl tatsächlich so. Ein Problem, das viele unserer Diskussionsredner hier schon anschnitten, möchte ich auch in Form eines Antrages vorbringen: Es beschäftigt sehr viele der Menschen in unserem Lande die Tatsache, die hier schon mehrfach geschildert wurde, daß die alten Leiter in Betrieben, in der Wirtschaft, in Einrichtungen , in den Verwaltungen, die alten Leiter, die ausschließlich nach dem Kriterium des roten Parteibuches und nach der Fähigkeit, das eigene Denken abzuschalten oder darüber nicht zu verfügen, ausgewählt wurden, daß diese alten Leiter immer noch

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

in ihren Positionen sitzen, immer noch mit den alten Methoden arbeiten, daß sie jetzt mit Vertretern der westdeutschen Wirtschaft verhandeln und nun am liebsten ihren Lada gegen den Mercedes austauschen und sich dann Aufsichtsratsvorsitzender nennen. Ich denke, diese Tatsache können wir nicht hinnehmen, das beschwert sehr viele Menschen, vor allen Dingen in den Betrieben. Wir haben bereits im Kreistag dazu gesprochen und verlangt, daß zumindest die dem Kreis unterstellten Betriebsleiter vorerst abgelöst werden. Ich meine, wir sollten das auch als Wahlaussage unserer Partei formulieren in diesem Sinne, daß wir fordern, daß alle Leiter, die unter der SED-Regierung berufen wurden, zunächst erst mal in Frage gestellt werden. Sie führen ihre Geschäfte, eh, sie führen ihr Amt geschäftsführend weiter und in einer Übergangszeit können sie sich ebenso wie andere neue Persönlichkeiten um diese Funktion bewerben, dann ist eine fachkompetente Kommission dazu zu berufen, zu entscheiden, wer von ihnen denn nun eingestellt wird, und dann bitte ausschließlich nach dem Kriterium der Qualifizierung und der Leistung. Ich werde dazu noch einen Antrag übergeben. Danke schön!

(Beifall)

M. K i r c h n e r :
Vielen Dank. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Wir nehmen das Mittagessen, ich bitte noch einen kleinen Moment um Geduld - ich habe noch zwei Ansagen zu machen. Wir nehmen das Mittagessen in unserer Kantine ein, 4. Stock. Die meisten werden sich auskennen, alle anderen folgen denen, die vorangehen. Ich bitte, daß die Bezirks- und Landesvorsitzenden und die Mitglieder des Präsidiums, Geschäftsführer, Freund Eckstein, bitte zu 13.30 im kleinen Sitzungssaal eine Etage höher sich zu einer Besprechung zusammenfinden, und aus diesem Grunde allein bitte ich um Verständnis, daß vielleicht die Genannten zuerst ihr Essen in Empfang nehmen können, damit wir dann halb zu dieser Sitzung zusammentreten können. Vielen Dank!

(Mittagspause)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

M. K i r c h n e r :
...(?) nehmen, damit wir fortfahren können. Ich weise darauf hin, wir haben z. Z. noch 8 Wortmeldungen vorliegen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zum Schluß der Rednerliste jetzt beschließen und noch Wortmeldungen jetzt entgegennehmen, wenn sie für ganz dringend gehalten werden, damit die Rednerliste abschließen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen oder wird mir noch eine Wortmeldung gebracht? Nein, das ist nicht der Fall. Dann beschließen wir förmlich, mein Antrag ist: Schluß der Rednerliste. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme. Das ist bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Dann fahren wir in der Liste der Wortmeldungen fort. Ich bitte jetzt den Freund Dr. Obst, und ihm folgt der Freund Dr. Wegner.

Ufrd. D r . O b s t :
Liebe Freunde! Ich danke, daß ich hier als Gast das Wort erhalten habe. Einige von Ihnen werden mich bereits kennen. Seit vorigem Wochenende darf ich ja eigentlich auch relativ offiziell bei Ihnen hier auftreten als gewählter Bundesgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Jugend, und genau in dieser Funktion bin ich heute hier und möchte zu einem Thema einige Worte kurz sprechen, die heute, und nicht nur heute, etwas kurz kommen hier in unserer Partei - nämlich das Thema Jugend. Bisher ist gestritten worden über Soziale Marktwirtschaft u. ä. Fragen, und es gibt aber eine ganze Reihe von Bereichen, die gerade im, für die Jugend ein ganz großes Interesse haben, und dazu sind bisher von unserer Partei relativ wenig Ausführungen gemacht worden. Und wir als Christlich-Demokratische Jugend bemühen uns, vielleicht auch mit einem gewissen Anspruch, diese Lücke zu füllen, indem wir dazu Artikulationen finden, indem wir dazu etwas sagen, indem wir dazu Gedanken entwickeln und diese auch der Partei vorschlagen, sie in ihr Parteiprogramm aufzunehmen bzw. indem wir also auch in diese Flugblattaktionen mit einsteigen, ein entsprechendes, ein entsprechender Entwurf dafür liegt von unserer Seite her vor. Denn wir dürfen nicht vergessen, die Jugend ist ein wichtiges ...(?). Wenn wir dort nicht entsprechend Fuß fassen, gehen uns wichtige Prozente verloren auch für die Zukunft, und das kann ja wohl nicht sein. Ich möchte als erstes allerdings nun auch noch einen Dank aussprechen. Wir haben zu unserem Kongreß, zu unserer Konferenz ein

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Grußwort erhalten vom Freund de Maiziére. Es ist sehr gut angekommen, und ich bin beauftragt worden, den herzlichen Dank von unserer Seite ihm gegenüber noch einmal auszusprechen und auch zu sagen, daß er in dem Tonfall, wie das Grußwort gehalten ist, genau die Stimmungslage unserer Freunde getroffen hat, was also dort besonders gut angekommen ist. Also dafür, wie gesagt, den herzlichsten Dank.

(Beifall)

Schade war bloß in diesem Zusammenhang, daß wir das Grußwort halt selbst verlesen mußten, daß also kein offizieller Parteivertreter benannt worden ist, der zu uns gekommen ist, um vielleicht die Grüße des Parteivorsitzenden zu überbringen. Ich halte das für ein ausgesprochenes Manko und vielleicht auch für die Zukunft überdenkenswürdig, daß man vielleicht auf diese Weise sich das noch mal überlegen sollte, ob das die Art ist, mit der man miteinander verkehrt. Ein zweiter Punkt ist: Wir vermissen, und das bin ich auch beauftragt zu sagen, natürlich bisher schmerzlich außer diesem Grußwort, eine öffentliche Artikulation von seiten der CDU, sowohl des Parteipräsidiums als auch des Parteivorstandes zu der CDJ, zu unserer Christlich-Demokratischen Jugend. Das ist bisher nicht erfolgt. Ich erinnere nur an den 22. November; dort gab es vom alten Hauptvorstand eine Begrüßung der Gründung, aber der alte Hauptvorstand ist für uns in dem Sinne nicht maßgebend. Für uns ist wichtig, das, was die Partei nach ihrem Sonderparteitag beschließt, wir wollen ihr Eintreten für die sich erneuernde CDU, und von dieser Seite her erwarten wir noch einige deutliche Worte, darum bitte ich. Ich gebe da auch zu bedenken, die gesamte Führungsspitze der CDJ, also die Funktionsträger sind alles CDU-Mitglieder, es gibt also auch eine gewisse Berechtigung dafür. Vielleicht gibt es da eine kleine Merkhilfe, wir haben uns die offizielle Anerkennung der Jungen Union Deutschlands als ihre Partnerorganisation hier in der DDR, und in Kürze werden wir, das wird nächste Woche auch beschlossen, einen gemeinsamen Arbeitsausschuß bilden. Das, was heute früh in der Diskussion schon angesprochen wurde, um die Zusammenführung der beiden Organisationen anzustreben.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Vielleicht gibt es auch zu bedenken, das möchte ich den Freunden hier allen mit nach Hause geben, es gibt aufgrund dessen, daß es keine offizielle Artikulation von seiten der Partei gegenüber uns gibt, eine unterschiedliche Handhabung des xxxxxxxxxx Verhaltens der CDU in den Bezirken. Auf der einen Seite gibt es ja verschiedene Splittergruppen, die sich voll abgetrennt haben, die sich Junge Union nennen, die werden verschiedentlich gefördert, es gibt Freunde, die uns sehr intensiv fördern, aber das ist lokal so unterschiedlich, und ich denke, das liegt vor allen Dingen daran, daß es eben da etwas fehlt, und vielleicht sollte man darüber noch einmal nachdenken, ob eine Zersplitterung in diesem Bereich förderlich sein kann. Und ad drei: Die Volkskammerwahlen stehen vor der Haustür. Wir sind schon voll in den Wahlkampf für die CDU eingetreten. Ich kann darüber auch informieren, daß wir in Kürze Flugblätter in Höhe von 1 Mio drucken lassen werden, wir werden Plakate anfertigen für die CDU, natürlich unter unserem Signé. Wir werden eine eigene Zeitung, eine Wahlkampfzeitung, auflegen, auch in 'ner Höhe von 1 Mio Exemplaren, das alles mit Unterstützung der Jungen Union, alles für die CDU, nicht für die Allianz, das muß ich einfach mal so sagen, die kommt bei uns nicht so sehr gut an. Und wir werden auch Faltblätter machen, wo wir darüber informieren, was ist Soziale Marktwirtschaft, was ist Parlamentarismus, was sind denn eigentlich Parteien, damit gerade im Jugendbereich Informationen rüberkommen, was wird denn eigentlich als Partei auch fordern? Und, eh, und deswegen glauben wir, daß wir 'ne gewisse Berechtigung haben, und ich muß das mal auch noch unterstreichen, wir treten ja auch am Runden Tisch der Jugend auf und haben dort die Billigung einer Jugendfraktion durch den Runden Tisch, durch unser Veto verhindert. Wir sind der Meinung, wir wollen vertreten werden über die Parteien, über unsere Partei im Parlament, aber dann muß ich natürlich auch sagen, dann muß die Partei auch bereit sein, Kandidaten von uns auf ihre Liste setzen zu lassen. Das ist, ich glaube

(Beifall)

ich glaube, eine legitime Forderung, und da bitte ich doch darum, daß ähnliche Dinge, wie sie mir schon gemeldet wurden von einzelnen Bezirken, daß das nicht sein kann. Die Jugend gehört mit in die Parlamente über die Partei, über die CDU. Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

M. K i r c h n e r :
Wir danken Ihnen, Freund Obst. Es hat jetzt das Wort der Freund Wagner. Ihm folgt die Freundin Hoffmann.

Ufrd. W a g n e r :
Verehrtes Präsidium, liebe Freunde! Ich darf erst einmal einleitend, bevor ich zu meinem Grundanliegen kommen hier, eh, eine Meinung auch der Basis aus dem Bereich Potsdam dartun. Bezüglich des Zickzack-Kurses hier ist es so genannt worden, zwischen der von Freund de Maizière und Kirchner scheinbar gefahren wurde. Eh, sicherlich nicht sehr geschickt gemacht, aber es hatte einen Nebeneffekt, endlich einmal publik zu werden. Bis dahin war so gut wie noch gar nichts in den Medien zu hören. Auch damit kann man, mit Klatschspalten kann man also doch Politik machen. Zukünftig wünschen wir uns aber, daß hier bei aller kontroverse Auffassung, die durchaus auch 'n gesundes Bild gibt, mehr Einheitlichkeit, nicht im alten Sinne, an den Tag gelegt wird. Zu zwei Punkten drückt es mich, gleich am Anfang hier etwas zu sagen. Das war, ich möchte nicht sagen, unser Frauenfeind. Aber derjenige, der hier angedeutet hat, er würde vielleicht zu einem werden. Ich bitte, ganz vorsichtig mit dem Problem der Krippen, Kindergärten und Horte umzugehen. Ich selbst bin in meiner

(Beifall)

Funktion, meiner ärztlichen Tätigkeit, als Leiter der Arbeitsgemeinschaft Krippen und Heime noch tätig in der ...(?). Ich hoffe, daß das bald ad acta gelegt werden kann. Aber wir wollen das vernünftig beenden. Ich habe hier, nicht um 'ne Lesung zu machen, aber mal einen Ratgeber für Bonner Familien mitgebracht, damit wir vielleicht uns auch mal ein bißchen an der Nase zupfen können. Da steht ein Satz: Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte - praktisch steht in Bonn jedem Kind ein Platz zur Verfügung. Eine große Zahl von Kindergärten, Kinderhorten, Kindertagesstätten zur Verfügung usw., usw. Wer Interesse hat, kann hier mal reingucken. Es wäre kreuzgefährlich, das in Frage zu stellen. Unsere Frauen fragen danach. Und wie soll die Übergangszeit aussehen? Wir, diejenigen, die vielleicht noch Arbeit haben, der Ehemann ist vorübergehend arbeitslos - bitte lassen wir die Finger von solchen Strukturen, die sich unter unseren Gegebenheiten bewährt haben.

(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Sondern betonen wir, das, was wir schon immer gesagt haben: Freies Recht zur individuellen Pflege, Grundvoraussetzung aber ein vernünftiges Familiengehalt, das auch ein Familienpartner für die gesamte Familie verdienen kann, und die freie Wahl einer Gemeinschaftserziehung. Wenn eben nichts anderes daran vorbeiführt. Und wir müssen ja auch an die alleinstehenden, alleinerziehenden Frauen und Männer denken, die es ja dann vielleicht treffen würde. Ein nächster Punkt. Ich glaube, ich bin richtig verstanden worden, ich weiß auch, daß es nicht so anklang bei dem Freund, der hier aufstand. Bloß, man kann sehr viel Schaden machen. Ein nächstes Wort noch zum Schwangerschaftsabbruchsgesetz. Sie wissen, da sind Formulierungen drin. Mir erscheinen die auch sehr, sehr vage gehalten, und sie erzeugen auch Ängste bei Frauen und Mädchen. Bitte glauben Sie nicht, daß irgendeine Frau und ein Mädchen sich in unserem Lande von dem Recht, das sie jetzt, na ich möchte sagen, doch wahrnehmen oder genießen kann, sich noch abbringen läßt. Es muß Recht der Frau bleiben, unumstrittenes Recht, über eine Schwangerschaft zu entscheiden oder nicht. Das wir verantwortungsbewußter

(kurzer Beifall)

daß wir verantwortungsbewußter mit diesem Abbruchsgesetz umgehen müssen, und daß wir sie dazu befähigen müssen, daß sie das begreifen, was sie macht, das ist 'ne ganz andere Frage. Aber wir machen politischen Schaden, wenn wir das auch nur in Ansätzen in Frage stellen. Aber das war nicht allein Grund meines Auftretens. Liebe Freunde, lassen Sie mich zu einem Problem ganz kurz noch Stellung nehmen. Wir sind von der Zusammensetzung der Redner her hat sich das dokumentiert schon, eine Partei im Augenblick der Intelligenz und des Mittelstandes, sofern er überhaupt noch existiert. Vergessen wir bitte nicht die Arbeitnehmerschaft. Sie ist bei allem, was wir bisher gesagt haben, zu wenig berücksichtigt. Eh,

(Beifall)

wir sind nach meiner Auffassung und nach Auffassung vieler Freunde eine Partei, nicht nur eine Partei des Mittelstandes, sie sehen sich in uns verwirklicht, das ist gar keine Frage, aber vor allen Dingen müssen wir eine Partei der Arbeitnehmerschaft sein, und die wird in Zukunft riesengroß sein. Auch hier sind die größten

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Ängste bei den Menschen vorhanden. Ich bin einer, der gereist ist, mit schlechtem Gewissen, gebe ich zu. Aber nur kurz, und ich hab mich drüben in Königswinter bei den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft informieren können. Und ich muß Ihnen sagen, liebe Freunde, auch wir brauchen dringend eine derartige christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft, weil sich das Herr, unser, nicht nur unser Wähler, sondern auch vielleicht unser Mitglieder und das Heer der Menschen sich aus dieser Kategorie her, eh, rekrutiert. Welche Postulate leite ich nun aus diesem kurzen einleitenden Worten ab? Es ist dringend notwendig, hier ist es auch schon gesagt worden, daß wir der Bildung freier, unabhängiger Gewerkschaften das Wort reden, unmißverständlich, daß solche Dinge nicht geschehen können, die hier schon gegeißelt worden sind, daß sich wieder eine Gewerkschaft anmaßt, im parlamentarische Rechte hineinreden zu wollen, und so von hinten rum wieder hineinkommt in die Parlamente, wo wir sie dann mit Mühe hinaushaben. Liebe Freunde, das ist das Trojanische Pferd der SED, das dort gerade wieder gesattelt wird, und wir müssen dort vorsichtig sein, das ist kein Schlagwort, das ist tatsächlich so. Ein nächster Punkt, der berücksichtigt werden muß, ich kann ihn nur noch einmal unterstreichen, auch als Mediziner. Endlich dafür zu plädieren, ganz klar dafür zu votieren, daß sich die Sozialversicherung so schnell wie möglich von der Gewerkschaft löst und übergeht zu freien Krankenkassenstrukturen. Ansonsten wären z. B. diese angeschlossene SV an ein Gewerkschaftsbund schon Hindernis für die Einheit, denn solche Strukturen kennt man nicht, anderwertig nicht. Die, der nächste Punkt, ich will es hier ganz kurz machen, daß ich um Himmels willen nicht meine Redezeit überschreite, es ist sehr wichtig, ich kann es nur noch einmal unterstreichen, ich glaube, ein Freund vom, aus dem Lande Mecklenburg oder zukünftigen Land Mecklenburg, sagte es hier, daß Betriebsräte, Parteienunabhängige Betriebsräte und Personalräte geschaffen werden, daß wir dafür plädieren, daß sofort ein Betriebsverfassungsgesetz eingebracht oder sogar vielleicht verabschiedet wird. Nicht, daß die Gewerkschaften ihre Machtstrukturen wieder auf die Parlamente übertragen. Ich z. B. werde in der eigenen Einrichtung demnächst einen Personalrat wählen lassen, und wir hoffen, daß wir damit schon ein großes Stück Vorarbeit geleistet haben. Eh, zwei Dinge sollten wir vielleicht auch noch berücksichtigen - darf ich den zu Ende sprechen, den Satz? (M. Kirchner: Ja, natürlich,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

immer nur der Hinweis, der diskrete Hinweis) Es war ein sehr zaghafter Hinweis. (M. Kirchner: War'n bißchen laut geraten.) Ja, 'n bißchen laut geraten ...(?). Antwort: Die Menschen wollen in unserem Lande solche Antworten haben auf Fragen wie Was wird aus unseren Grundstücken, die wir bewohnen, was wird aus Spareinlagen? Große Ängste gerade bei alten Menschen, das ist 'n Wählerpotential. Und ich würde auch dafür votieren, daß wir darauf hin-orientieren, daß der 2. Osterfeiertag so schnell wie möglich wieder eingeführt wird. Das ist sicherlich spektakulär, kann uns aber vielleicht doch einige Punkte bringen. Ein letztes Wort: Neufassung des Gesundheitswesens. Hierzu kann man stundenlang reden, ich will es nicht. Es wird eine völlige Neustrukturierung des Gesundheitswesens notwendig sein. Das Stationäre wird wahrscheinlich so übergehen in eine neue staatliche Struktur, aber das Ambulante wird sich grundlegend verändern. Und hier müssen wir gerüstet sein. Ich habe erste Konzepte hier dem Hause schon übergeben, und ich hoffe, daß sie zum Andenken Anlaß geben wird. Letztes Wort, letzter Satz: Wir brauchen klare wirtschaftliche Konzepte, keine Floskeln, wie es von den SED- und Demokratie-jetzt-Vertretern immer wieder auf Forums-Diskussionen vertreten werden. Wir brauchen keine weiteren "Luft"-Nummern. Wir brauchen klare soziale Konzepte. Ich habe hier ein Material, und es wird jetzt mein letztes Wort sein, soziale Sicherheit, das allerletzte Wort, so mach' ich's immer, das ist 'ne Broschüre, die ist zwar von drüben, und manche mögen sagen Igittigit - ich sag's nicht. Wenn man die mal gelesen hat, soziale Sicherheit, ich hab's leider nur einmal da, halte ich mich auch dran fest, sowas verbreiten und

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

kann uns aber doch vielleicht einige Punkte bringen.
Ein letztes Wort: Neufassung des Gesundheitswesens. Hierzu kann man stundenlang reden, ich will es nicht. Es wird eine völlige Neustrukturierung des Gesundheitswesens notwendig sein. Das Stationäre wird wahrscheinlich so übergehen in eine neue staatliche Struktur, aber das Ambulante wird sich grundlegend verändern. Und hier müssen wir gerüstet sein. ich habe erste Konzepte hier dem Hause jetzt schon übergeben und ich hoffe, daß sie zum Andenken Anlaß geben werden.
Letztes Wort, letzter Satz: Wir brauchen klar wirtschaftliche Konzepte, keine Floskeln, wie es von den SED und Demokratie jetzt Vertretern immer wieder auf Forumsdiskussionen vertreten werden. Wir brauchen keine weiteren "Luft"-Nummern, wir brauchen klare soziale Konzepte. Ich habe hier ein Material, und es wird jetzt mein letztes Wort sein, "soziale Sicherheit". Das ist eine Broschüre, die ist zwar von drüben und manche mögen sagen, igitt_ igitt, ich sag es nicht. Wenn man die einmal gelesen hat "Soziale Sicherheit", ich habe es leider nur einmal da, da halte ich mich auch dran fest, so was verbreiten und unseren Menschen im Land die Angst zu nehmen, daß das andere nackte und blanker Kapitalismus ist, wir müssen endlich aufräumen mit dieser Lüge der sozialen Sicherheit und ihnen zeigen, was echtes soziales Leben bedeutet.
Ich bedanke mich.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Wir bedanken uns. Ich möchte darauf hinweisen, wir haben diese Broschüre noch einmal bestellt, aber es muß beachtet werden, es ist extra dort aufgedruckt, daß sie nicht im Wahlkampf verwendet werden darf. Das ist zwar ein bundesrepublikanischer Hinweis, möchte aber bitte auch hier bedacht werden, weil wir sonst Schwierigkeiten, das heißt, der Geber Schwierigkeiten bekommt. Er sollte also nicht etwa auf der Straße verteilt werden, so wir überhaupt soviel Exemplare bekommen, das ist mehr zur inneren Information, zur persönlichen Information. Natürlich auch einmal zur Weitergabe.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Vielen Dank Freund Dr. Wagner. Das Wort hat Frau Dr. Hofmann.

Unionsfreundin Dr. H o f m a n n !

Verzeihen Sie mir bitte, daß ich die Phalanx der Männer so ein wenig aufzuweichen versuche. Als erstes: na, Gott, man es so sehen. Zweitens, ich freue mich außerordentlich, daß der Herr Dr. Krause uns vorhin gesagt hat, daß ein Bildungskonzept von der CDU vorliegt. Ich habe in der Arbeit meiner Arbeitsgruppe, ich leite also eine Arbeitsgruppe "Arbeitsaufgaben der Pädagogen künftiges Bild", also des Pädagogen beim Ministerium der Bildung, bin beim ÖMZ in der Arbeitsgruppe "Bildung" und bin (Zwischenbemerkung: Ökumenisch-Missionarisches Zentrum, Verzeihung) in der katholischen Laienbewegung "Kirche und Welt" auch im Ressort "Bildung" tätig und habe bislang nur mit eigenen Vorstellungen gearbeitet, die ich aus dem Anspruch 'Erziehungsprimat der Eltern' und Individualität des Kindes abzuleiten versuchte, aufgrund meiner von mir erfüllten Verantwortung. Aber ich freue mich sehr, wenn ein Bildungskonzept vorliegt, würde ich es gern einmal in die Hand bekommen. Und damit fange ich, glaube ich, schon an, über die Misere zu sprechen, von der ich gern sprechen möchte. Dazu bin ich nicht in der Lage, so Überschrift und Grundtenor gestern im ND, im "Neuen Deutschland", um die Abkürzung zu erklären

(Heiterkeit)

im Nd zum Interview mit Volker Abend noch seiendem oder gewesenem stellvertretenden Minister, der für viele, viele Menschen in der DDR Hoffnung dargestellt hat. Ich bitte als erstes, das gleich vorweg, mit uns zu klären, ist er es oder ist er es nicht. Denn man kann nicht in allen Zeitungen veröffentlichen, daß nach den massiven Eingaben, und die können wir nicht weichreden, auch wir haben unsere gestartet, nach massiven Eingaben wegen Verunsicherung der Eltern und der Lehrer usw. er unbedingt zurücktreten müsse, dann müssen wir, bitteschön, heute noch eine klärendes Wort dazu hören oder selber sprechen.

Ich bin eigentlich nicht so betroffen darüber, daß man nicht in der Lage ist, sein Arbeitsressort zu überblicken, wenn es das Warenlager einer Privatdorgerie in der Müllerstraße ist. Wenn es

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

th

aber es Ressorts sind, die jede Familie unseres Landes indirekt oder direkt angehen, zu dem meine Partei die Verantwortung für die Besetzung dieser Funktion trägt, schäme ich mich. Dafür und für andere Eigentore, die in der letzten Zeit gefallen sind und die wir bereits gesprochen haben.Wir habe als Christdemokraten auch oder gerade in einem Wahlkampf - das Wort liebe ich nicht so sehr - die humane Pflicht, uns in dem für uns möglichen und einzigen Punkt deutlich von den anderen abzugrenzen: Dr. Wagner, mein Vorredner hat dazu für mich ganz Wichtiges gesagt und verzeihen Sie mir, wenn ich doppele. Aber es kann halt jeder auch ähnliche Gedanken haben.
Wir müssen uns abgrenzen, sagte ich. Die potentielle erwarten, daß eben in dem "C", und das nicht im Sinne des Zurückführens der FRau an den Herd, zur Engelmacherin oder in die Unmündigkeit, sondern im Sinne des öffentlichen Ausklärens dessen, was wir unter dem Begriff "sozial" vor dem von allen als realistisch erkannten der Marktwirtschaft verstehen. Wir müssen - und dazu gehört das - beides eben möglich machen, die Krippe, Hort oder was sie da hineinsortieren wollen, und die Möglichkeit, sich frei zu entscheiden. Wir haben den absoluten Werteverfall hier bei uns erlebt, mehr als anderswo, teilweise mitgemacht. Wann beginnt endlich, so meine ich, zuerst in unseren Reihen, das Orientieren auf Werte und nicht das Gruseln machen vor dem goldenen Kalb des BRD-Kapitalismus mit Zahlungsunfähigkeit, mit Erwerbs ihr werd schon sehen, geht heute schon mit dem Klingelbeutel, und holt Euch das Geld aus dem Westen, was Herr Abend wörtlich gesagt hat, usw. usf. Das beginnt meines Erachtens mit der Sachkompetenz derer, die im Namen Jesu Christi und der Demokratie an politischen Druckpunkten wirksam werden wollen und endlich müssen, damit wir uns nicht mehr schämen müssen an der Basis in dieser Partei zu sein. Wer mir jetzt sagen würde, soll sie gehen, ist eine Frau, würde ich das wissen oder verstehen, weil ich eben das Gefühl hab, daß der Frau in unserer Politik wenig Augenmerk geschenkt wird, aber ich erinnere dann doch sehr, daß es schon mal einen gab, der sagte, wir weinen denen keine Tränen nach, wenn sie jetzt so entscheiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Auch mich hat die basisfremde Politik des Präsidiums in den letzten Wochen hoffnungslos für meine Partei und unser Volk gemacht. Ich halte es auch nicht für eine Kleinigkeit, wenn ein Beschluß des Vorstandes, Rolle der Frau und der Kirchen im Flugblatt in der "Neuen Zeit" einfach übergangen wird und statt dessen mitdem Neuaufbau von Feindbildern begonnen wird, die ich für mich nicht akzeptieren kann und ich habe Angst, daß sich Winfried Wolks Worte auf dem Benefizkonzert, die Schwarz'sche Interpretierung, irgendwo doch so bißchen dahinten wieder sehen läßt, nämlich der Dache ist tot, es leben der Drache. Bitte geben Sie mir Kraft, daß wir wieder weiterarbeiten können, auch vom Inhalt her bewußt und willentlich Wahlkampf führen können.
Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Vielen Dank. Das Wort hat jetzt der Freund Tausch-Marton. Es folgt Freund Rau.

Unionsfreund T a u s c h - M a r t o n :

Ich fasse mich sehr kurz, meine Damen und Herren. Wir werden nur Überzeugungskraft haben können, wenn unsere Aussagen massiv und eindeutig kommen. Häufig sagen wir aber Dinge aus und werden dann doch zögerlich und meinen, es könnte vielleicht auch ein bißchen anders seien, wir nehmen Dinge wieder zurück. Die CDU der Bundesrepublik hat sich seit Jahren eindeutig als Partei der Wirtschaft bekannt, und zwar ohne wenn und aber, auch wenn sie dafür Kritik erhalten hat und sie hat auch überzeugend im Volk klargemacht, daß nur auf Basis der Wirtschaft Sozialleistungen, wie sie eben die Bundesrepublik hat, und wir sie nicht haben, möglich sind. Seit dem Sonderparteitag kommt bei uns das Stichwort "Wirtschaft" immer wieder, aber auch dürfte uns klar sein, daß wir Aussagen zur Wirtschaft viel zu wenig gebracht haben in der Vergangenheit, das haben auch meine Vorredner gesagt.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Es steht also für mich wieder die Frage, wollen wir ein Wirtschaftskonzept bringen, können wir es, können wir Teilkonzepte bringen dazu. Ich bin der Auffassung, es gibt hier viele simple, Felder, wo man Aussagen treffen kann, die relativ unverfänglich sind. Es ist also heute meines Erachtens nach unproblematisch auch für unsere Partei zu fordern, daß wir die Jahresendprämie ablösen durch eine Gewinnbeteiligung. Da passiert überhaupt nichts und trotzdem wird aber der Zusammenhang Leistung und persönlicher Gewinn klar. Und da gibt es viele andere Beispiele, ich will mich hier nicht weiter ausbreiten darüber. Die Frage ist, ob unsere Aussage "Marktwirtschaft" ausreicht, so wie wir sie bisher getroffen haben, oder ob dort nicht wesentlich mehr kommen kann. Ich habe das vorhin auch auf dem Alexanderplatz von vielen gehört, die gefragt haben, wie soll es denn konkret weitergehen. Und da müßten von uns einige Antworten kommen und ich stelle die Frage an unsere Präsidium, wir haben ja eine Wirtschaftsabteilung hier, im Hause, sind wir willens und in der Lage, Wirtschaftsaussagen zu bringen, oder wollen wir dieses Feld quasi für uns als Partei ignorieren.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Vielen Dank. Freund Rau bitte. Dann der Freund Boeck.

Unionsfreund R a u :

Liebe Freunde !
Und ich wähle diese Anrede nicht als Floskel, sondern als Bitte, weil wir hier als Freunde streiten müssen und nach draußen als Freunde kämpfen müssen für eine gemeinsame Sache. Ich glaube, das ist besonders wichtig, wenn wir hier auch manchen Disput erleben, und ich meine auch, es muß sein, damit wir uns finden. Ich möchte deshalb ein kleines gedankliches Poutpourri anbieten und fange mit einem, mit unserem "C" an.
Ich bin der Auffassung, man muß als Christ das "C" praktizieren, man muß es in seinen Entscheidungen für seinen Mitmenschen erlebbar machen und nicht vordergründig immer nur besprechen, sagen,

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

darstellen.

(Beifall)

Selbst ein Theo Waigl, ein Schwarzer, wie da so sagen kann in der CSU, hat diese Worte im Hotel "Merkur" nochmal für uns alle sehr deutlich gesprochen, weil er sagt, eine Volkspartei muß in seiner gesamten Breite für das gesamte Volk da sein und wählbar sein. Und das meine ich, muß für uns auch ein e klare Richtung sein. 23 % Rentner haben wir zu betreuen, wir haben ein 0%-Brutto-sozialproduktanteil am Mittelstand, die Bundesrepublik hat 67 %. Dort beginnt die Wende. Der Mittelstand hoch, damit die Steuer in die Kassen wieder hineinfließen kann, damit das Wirtschafts-wachstum erlebbar wird, das gerade angesprochen wird. Die großen Kombinate, die brauchen fünf und sechs und sieben Jahre, der Mittelstand ist in der Lage, in kürzester Frist erlebbare Pro-dukte an den Markt zu bringen. Weil ich sage Markt: für mich ist der Markt, wenn wir Marktwirtschaft wollen undteilbar. Wir sind verantwortlich als Politiker, das soziale Netz drunterzu-hängen und das muß uns gelingen in einer klaren Aussprache. Aber am Markt, der ist hart und wird uns deutlich noch Augen geführt werden. Deshalb meine ich auch, daß wir unseren Wahlkampf führen müssen - nicht so ganz nebenbei -, sondern als Management. Wir müssen wer, wann, wo, wie, wieviel Werbung, wir haben es vorhin gerade besprochen noch einmal im Präsidium, für welche Städte für welches Dorf gebraucht wird. Wir haben organisiert, daß jeder seinen Teil in der Stadt kennt, sein Karree kennt, damit auch über-zeugen kann, damit auch kontrollieren kann, gibt es Schmierereien, sind unsere Plakate abgerissen worden. Wo steht unser politischer Gegner. Ich meine auch - und das ist die Bitte an das Präsidium - daß die tägliche Information von oben nach unten, und natürlich auch umgekehrt, laufen muß. Wir brauchen einen Pressedienst, der uns erlebbar das macht, was die Spitze macht und was wir dann wieder so fort verarbeiten können. Der Telexschreiber muß jeden Tag tickern.

Eine Bemerkung zu unserem Apparat: Es ist richtig, daß ist hier in Berlin nicht anders als in Leipzig oder anders, der Apparat ist im Umbruch, die Leute sind verunsichert, am 31. Januar ja

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

selber erlebt. Wir müssen hier wieder für neue Ziele einstehen und die Leute auch motivieren. Mein klares Wort dazu: So wie wir die Wahl gewinnen, sichern wir Arbeitsplätze, denn das ist die entscheidende Frage. Wer sich dort bewährt, wird auch für die Zukunft für diese Partei brennen, wer versagt, wird um seinen Arbeitsplatz bangen müssen. Ich meine auch, daß wir sehr deutlich die Erneuerung der Vorstände bis zum Februarende abgeschlossen haben müssen. Das kostet uns noch einmal Kraft, jawohl für uns ist der 18. sehr zeitig, obwohl er für das Land bitter notwendig ist. Aber auch wir brauchen bis zum 18. März noch die Zeit, um uns durchgängig zu erneuern, um alte Vorstände durch neue Vorstände zu ersetzen.Ich bin deshalb auch dafür, daß der Parteitag verschoben wird. Ich meine, wir brauchen an diesem Tag eine geschlossene CDU und sollten das durch eine Großkundgebung, durch eine große Sache, die unser für unser Eintreten für die gesamte Bevölkerung nochmal deutlich macht, darstellen, aber nicht mit Geschäftsanträgen oder Sachanträgen dergleichen uns dort ungeschlossen zu zeigen. Deshalb bin ich auch froh, daß wir den Flügel der CSA mit Dr. Walt in Leipzig, hoffe ich, gut besetzt haben und Ulf Fink wird am Montag Nachmittag und am Montag Abend vor Arbeiterschaft im Kohlrevier in Zwenkau sprechen, damit wir auch dort deutlich machen, die CDU ist gerade für diese schwarze Seele in diesem Land da.

Liebe Freunde !

Ich meine auch, dass es uns ganz schnell gelingen muß, daß wir unseren Bekanntheitsgrad durchbringen. Und da ist mir schon nicht mehr ganz so wichtig - und der Vorstand verzeihe mir -, der 18.3., der 6.5. ist für uns in jeder Kommune viel, viel deutlicher erfaßbar. Und das bedeutet, die Leute, die heute Wahlkampf machen, müssen schon sich durch ihre Art der Arbeit, durch ihr Auftreten bekanntmachen, müssen die Leute sein, die morgen auch wählbar sind. Sie müssen für uns brennn und dort auch sich schon gestalten. Deshalb nach meiner Auffassung, unsere klaren politischen Aussagen, die sollten heute hier so schnell wie möglich sein, für die Einheit Deutschlands und auch in dieser Aussage die Gesetzgebung mit ins Auge fassen. Entweder wir wollen es, dann wollen wir es ganz und nicht bloß halbherzig.

Konrad-Adenauer-Stiftung – ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Auch in diesem Zusammenhang die Bitte: Wenn wir am 18.3. Volkskammer gewählt haben, am 6. Mai die Kommunen bis zu den Kreistagen, dann sind ja die Bezirkstage tot, dann müssen wir auch klar sagen von der Volkskammer direkte Arbeit auf die Kreistage und in den Bezirken werden Kommissionen geschaffen, die die Länderordnung vorbereiten, damit wir so schnell wie möglich auch dort zu einer Länderregierung kommen und dann gibt es den & 23 des Grundgesetzes.

(Beifall)

Eine Bemerkung noch, oder zwei noch. Als der Bundesrepublik wurde mir gesagt, seit nicht immer so bescheiden, ihr müßt nicht nur bitte sagen. Ihr habt eine friedliche Reformation, das gefällt mir nämlich besser als Revolution gemacht und ihr habt damit das Ansehen Gesamtdeutschlands aufgewertet. Schaut uns deshalb auch einmal auf den Kurs der DM. Er ist massiv im Steigen und das ist Euer Verdienst und dafür bedanken wir uns. Und das vom Staatsekretär, das ist dann schon eine Meinung, die man mitnehmen kann. Noch eins. Wir haben am Montag in Leipzig ungefähr 350 kg Papier verteilt. Wir hatten den jetzigen Karl-Marx-Platz - ich hoffe, bald wieder den Augustusplatz - voll in christlicher Hand und brauchen dann natürlich auch in Zukunft viele solche Papierdokumente. Wir brauchen natürlich auch dazu unsere Freunde in der Bundesrepublik, denn alleine aus diesen Dingen, wie wir sie hier haben, können wir es ja nicht erreichen. Deshalb bin ich der Auffassung, muß diese Partnerschaft nicht überzogen sein, sondern wir müssen sie mit diesen Leistungen untesetzen, damit wir auch von den Freunden in der Bundesrepublik die materielle Anerkennung, die im wesentlichen nicht durch die CDU, sondern Sponsoren kommt, das muß man wissen, auch dann für uns wieder rüberkommt, weil wir das Geld bitter brauchen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen gute Arbeit und Erfolg. Danke.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Wir danken Ihnen, Freund Rau. Das Wort hat Freund Boeck. Ihm folgt Freund Kunze.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

55

Unionsfreund B o e ck :

Liebe Unionsfreundinnen und liebe Unionsfreunde!
Ich hab das große Glück, wieder heute zu Ihnen zu sprechen im Auftrage auch der CDU Eichsfeld/Unstrut, dieser Wahlkampfplattform aus drei Kreisen, bestehend aus dem Kreise Heiligenstadt, Worbis und Mühlhausen, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam in diesen Wahlkampf zu ziehen, auch in der Erkenntnis, daß die Zeit eigentlich vorbei ist, über Wahlkampf zu reden und kluge Gedanken zu äußern, sondern zu handeln. Wir sind der Meinung, daß all das, was wir erkannt haben - und wenn wir von Revolution sprechen oder von Reformation - dann müssen wir das auch umsetzen und nicht nur in Gedanken so klug darstellen, daß wir das auch zu vollziehen haben, in der Praxis dann auch so zu tun, wie wir das als richtig erkannt haben. Beispielsweise, daß die Struktur eines Rates des Kreises vollkommen umzustrukturieren ist, denn hier ist immer noch das alte Gesetz über die örtliche Volksvertretung am Wirken, das bestimmt, wie denn wer wem befiehlt, wie er zu handeln hat und wie er zu regiern hat. Und nur dann, wenn wir selber in diese Strukturen eindringen, also selber aktiv werden und das Heft des Handelns in unsere Hand nehmen, sind wir jetzt in der Lage, wirklich Revolution zu vollenden. Denn was wir bisher getan haben, das ist gerade man so ein ganz kleines Stückchen ein Zimpfelchen vom Anfang. Und das zu vollziehen, da mitten drin zu stecken und das täglich zu erleben und sich durchzusetzen gegen das, was sich hier auch restauriert und da spürt man es am Leibe, durch Drohungen, die telefonisch und auch brieflich auf einen zukommen, das man bedroht wird an Leib und Leben. Das ist so, liebe Freunde, dann spürt man, daß hier nicht eine friedliche Revolution im Gange ist. Da ist noch etwas, was beseitigt werden muß, und das ist die Struktur beispielsweise in in den Kreisen, ich möchte mal sagen, jetzt noch im Bezirk Erfurt, aber auch in der ganzen Republik.
Ein Beispiel: Die Kreistagssitzung, die dazu führte, den Kreis Worbis, daß die Kommunistische Regierung des Kreises davongejagt wurde, im warsten Sinne des Wortes, wurde mehrfach verschoben und wurde durch den alten Rat und den verantwortlichen Ratssekretär so vorbereitet, das nicht einmal dazu eingeladen wurde.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Es wurde nichts, aber auch gar nichts dazu schriftlich festgelegt, trotzdem war der Kreistag beschlußfähig, die Mehrheit der Abgeordneten anwesend und dann begann dieses traurige Spiel, das wirkliche Machtstrukturen widerspiegelt. Der Kreistag kommt mir so vor, und so wird es mit allen Parlamenten in allen Ebenen unseres Landes sein, als ob dort zwei Mannschaften aufgelaufen wären, die eine mit 15 Mann und die andere mit 5. Und die 15 Mann bestimmen dann auch noch die Spielregeln, damit auch ja das Ergebnis dieses Spiels von vornherein festgelegt ist. Und dann, wenn diese 15 Mann am verlieren sind, werden mitten im Spiel auch noch die Regeln gewechselt. So wird Demokratie in unserem Lande im alten Verständnis gehandhabt, so daß eben die Spielregel gewechselt wird und nun bitteschön, auch geheim über die neu zu wählenden abgestimmt werde nmuß. Das war ja bisher nicht üblich. Vorher bekannte man sich ja zu der sozialistischen Demokratie durch das Armheben und das von einer Volksvertretung, die nach den Aussagen des obersten Wahlfälschers eigentlich durch nichts legitimiert war, denn durch Zettelfalten, denn es hatte bis dahin ja in diesem Lande keine wirkliche Wahl gegeben. Und ließ sich dann das Spiel auch an und es wurde geheim abgestimmtund der Kandidat, der aufgestellt wurde als Ratsvorsitzender zu fungieren, auch tatsächlich in dieser geheimen nicht gewählt, zunächst. Vorher hatten sich die Herren des alten Rates natürlich geschlossen abwählen lassen, in alten Manier, denn daran hängt ja auch rein rechtlich eine Übergangsversorgung, zunächst einmal für drei Monate und dann weitere Ausgleichszahlungen für ein weiteres Jahr. Und dannn begann eben - und das nenne ich eigentlich Machtmißbrauch - eine Macht, die hat, durch nichts legitimiert, brutalster Weise einzusetzen. Dann begann es eben, daß die einzelnen Fraktionen hilflos dort rumstanden und nach Möglichkeiten suchten, wie denn nun doch dieser Kreis noch regierbar ist und meine Meinung habe ich dort eindeutig gesagt, wir hätten uns nicht einlassen dürfen auf das neue Spiel, daß nun offen abgestimmt werden sollte, denn hier in diesem Moment und wenn wir soweit sind arbeitet die Zeit für uns. Und wer dann nicht für uns stimmt, der wird durch das Volk dazu gezwungen. Voraussetzung ist natürlich, daß wir uns als Partei auch wirklich an die Spitze dieser Bewegung des Volkes gesetzt haben und uns als echte Interessenvertreter dieses Volkes erwiesen haben und dazu gehört nicht nur, daß wir theoretisch ausformulieren, was wir denn machen müßten, dazu gehört auch

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

eine verflucht harte Arbeit, die man jeden Tag zu leisten hat in allen Sälen, in allen Orten des Kreises, auf großen und auf kleineren Kundgebungen, in der eigenen Organisierung von Veranstaltungen -und da möchte ich hier auf die zwei großen Eichsfeld-Demonstrationen verweisen, in Dingelstädt, die eigentlich das Eis für uns gebrochen hat, als Partei, und auch die zweite, die ganz große, die Demonstration fürs Hierbleiben, die denn einmal zeigen sollte, was passiert, wenn diese alten Strukturen sich nicht verändern. Und ich muß sagen, es hatten tatsächlich viele der Vertreter der alten Strukturen irgendwann doch auf den Ohren gesessen und die Stimme des Volkes nicht gehört, so daß - und das muß ich dazu auch noch sagen,weil hierzu auch zu viele Veröffentlichungen in der Presse auf der anderen Seite geschehen, es wäre denn dort nicht nur recht demokratisch zugegangen. Ja, was ist es denn, wenn in einem Kreistag eigentlich so recht demokratisch zugegangen wäre. Dieses Recht für sich in Anspruch zu nehmen, beruhte doch auf einer Farce. Es war nämlich folgendes zu verzeichnen. Nachdem abzusehen war, daß sich der Volkswille nicht durchsetzt, wurden durch Vertreter der Betriebe, die dort anwesend waren, auch ohne Einladung, sämtliche Betriebe der Kreistadt lahmgelegt und es bewegte sich ein Zug aus allen Betrieben auf den Sitzungsraum zu, so daß eben diese Entscheidung unter Druck des Volkes zustande gekommen ist.
Ich möchte damit auch zum Ende kommen und ja, eigentlich als wichtigste Maßnahme, die dieser neue Rat des Kreises beschlossen hat, solche Dinge nennen, die auch für uns Wahlkampf sind, für die CDU. Wir haben sofort beschlossen, die kirchlichen Feiertage wieder einzuführen, den Ostermontag

(Heiterkeit)

Christi Himmelfahrt und Fronleichnam für den katholischen Teil und wahlweise dann jeweils für die evangelische oder katholische Bevölkerung einen vierten Feiertag. Wir haben beschlossen - und das ist wirksam für die Bevölkerung - die Grenze, diese unsagbare Grenze, die dort erlebbar ist und noch bedrohlich auf jeden wirkt, der sie durchfährt abzubauen und einen Teil davon unter Denkmalschutz zu stellen, denn auch Unkultur ist wert, geschützt zu werden und für unsere Nachfahren als Anschauungsmaterial erhalten zu werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Wir haben in den Schulen unseres Kreises die Pionierorganisation aufgelöst, die Jugendweihe aus der Abt. Volksbildung entfernt, die Pionierleiter sind raus aus den Schulen, die FDJ hat in den SChulen keine Existenzberechtigung mehr. Und all das geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Presse, auch das ist ein wichtiger Punkt, den wir dabei beachten. Und eines muß ich dazu noch sagen: Mit der Arbeit mit unserer Lokalpresse sind wir eigentlich nicht glücklich. Für vier Kreise eine Kreisseite im Thüringer Tageblatt und dann die Gebietsredaktion ansässig in Heiligenstadt und dann natürlich diese Gebietsredaktion in den Wahlkampf auch sehr eng eingespannt, da kann man sich vorstellen, was von den anderen Kreisen in diesem Blatt noch erscheint.
Danke.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Wir danken und bitten den Freund Kunze dann das Wort zu nehmen. Als letzter spricht dann der Freund Riedinger. Wir haben noch, dadurch, das einige mit der Wortmeldung zurückgezogen sind, Zeit gewonnen.

Unionsfreund R i e d i n g e r :

Liebe Freunde,
ich glaube, wir haben alle in der alten CDU darunter gelitten, daß sie so stark zentralistische geführt war und unser eigener Handlungsspielraum sehr, sehr gering war und freuen uns über die Eigenständigkeit und Basisdemokratie und wie man immer diese Dinge nennen will, die wir jetzt haben. Das vorweg.

Eigenständigkeit - Verantwortlichkeit - Engagement. Aber das muß Grenzen haben. Die erste Einschränkung, die ich mache, wenn es immer hie so ein bißchen kritisch ankommt, spitzfindige Geschäftsdebatten und so etwas, hörte man auf dem Sonderparteitag so im Umfeld drumrum so ein Vorschlag, am besten wir ändern das, das verteidige ich. Wenn wir aber anfangen, an diesen Dingen herumzudrehen, haben wir bald - innerparteilich jedenfalls - die alten Zustände.

Konrad-Adenauer-Stiftung. ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Aber man muß meiner Meinung nach deutlich unterscheiden zwischen prinzipiellen Fragen und den Dingen, die man an die Funktion des einzelnen gebunden sein überlassen will. Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen, das Auftreten von Herrn Abend würde ich als so eine Form nennen, das ist übertragen, daß er aus sinen Ansichten heraus bestimmte Dinge gemacht hat, auch wenn sie politisch ungeschickt und vielleicht deplaziert oder wie auch immer waren, mit so etwas muß eine Partei noch fertig werden. Aber beispielsweise die Frage Koalition ja oder nein, ist meiner Meinung nach von so gr8undsätzlicher Bedeutung, daß man sich da mindestens an die in der Satzung vorgelegte Form, das ist eine Präisidumsentscheidung, halten muß. So eine grundsätzliche Entscheidung hätte meiner Meinung nach getroffen werden müssen, nicht nur aus der Ursache heraus. Wir haben einfach keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der damals noch SED, jetzt PDS, das wußten wir auch schon auf dem Sonderparteitag. Wenn ich dies dann mache, brauche ich auch einen Anlaß dazu, der war meines Erachtens nach in der besagten Woche gerade nicht gegeben. Und da meine ich, muß eine Entscheidung getroffen werden, die muß dann einmütig nach außen verkauft werden und dahinter müssen wir uns dann auch als Partei stellen und in dem 3 Punkte möchte ich dem Unionsfreund Stoerck widersprechen, da kann es eben nicht so sein, daß wenn ein einzelner nun einmal aus versehen nach vorn geprellt ist, muß die Partei das auch noch decken. Das wäre sehr gefährlich und geht weitab von Demokratieverständnis. Da ssind Mehrheitsmeinungen, die müssen dann getragen werden, auch wenn es einem manchmal schwerfällt. Da kann es nicht sein, ein einzelner macht irgend etwas, und alle schwenken ein. Das ist denn, nach meinem Verständnis, jedenfalls der erste Schritt zur Anarchie.

Ein zweiter Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist, ich habe ein, sagen wir einmal, politischen Traum. Und der geht dahin, selbstverständlich die Einheit unserer beiden deutschen Staaten zu erreichen. Aber noch vorher hatte ich mir eigentlich erhofft und erwünscht, daß wir eine Zusammenarbeit und Einigkeit erreichen und erwünscht, daß zwischen den beiden Parteien, die einen einheitlichen Namen haben. Und da ist es mir aber wichtig, daß wir eben, so klang es auf unserem Parteitag auch noch ganz deutlich, daß wir von partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen, aufeinanderzugehen und ich

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

meine, jetzt habe ich den Zittel nicht mit den Namen, habe ich schon wieder vergessen, einer sagte dann, ja wir müssen, ja, Freund Rau war es, wir müssen uns da nicht schmen, wir haben etwas mit einzubringen, wir sind Nehmende in vielem, finanziell, materiell brauchen wir Wahlkampfhilfe und Unterstützung und ich war der Auffassung, an der Basis klappte das. Wir hatten gerade in besagter Woche, als diese umstrittene Sache Koalition fiel, hatten wir als Stadtfraktion der CDU die CDU-Fraktion der Partnerstadt Karlsruhe zu Besuch mit etwa 20 Vertretern. Das war ein Signal und ein Zeichen. Und die damen auch mit ganz konkreten Vorstellungen, insbesondere: Also Ihr müßt sofort raus aus der Koalition. Nun fiel die Präsidiumsentscheidung nun einmal, daß wir drin bleiben, also haben wir versucht, dafür um Verständnis zu werben und wir haben es auch erreicht. Die haben das nicht Punkt für Punkt mitgetragen oder verstanden, aber sie haben es akzeptiert. Und ich habe auch immer wieder gesagt, FReunde ihr müßt doch auch ein bißchen Vertrauen zu unserer Politik haben. Und hier sind wir in unserem Land, wir kennen unsere Wähler, die sind sensibilisiert. Ich will nur einmal sagen, was für Ratschläge kamen und wir sind dankbar für Ratschläge und nehmen sie zur Kenntnis, aber entschei_ den doch dann aus unserem besseren lokalen Kenntnisstand heraus und da kamen solche Hinweise wie den eben aus der SED ausgetretenen Oberbürgermeister der Stadt, der in der Tat aufgrund seiner Haltung Ansehen in der Bevölkerung genießt. Freunde, solche müßt ihr versuchen, zu gewinnen. Da haben wir ihnen erklärt, daß das unter Umständen ein Eigentor im Sinne Unterwanderung und so etwas laufen kann und ihr müßt, der SPD läuft Euch da weg. Da habe ich gesagt, ob das für die gut ausläuft, wenn sie sich Herrn Berghofer holen oder nicht, ist ja inzwischen geklärt, das weiß ich nicht. Aber man hat Verständnis erreicht. Und jedenfalls meinte ich, das muß Partnerschaft sein und so müßten wir das auch versuchen auf der zentralen Ebene vielleicht einmal deutlich zu machen, das wir, wenn es zu einem gemeinsamen Parteitag zwischen christlichen Demokraten der Bundesrepublik und uns kommt, daß wir da auch etwas mitbringen, nämlich unsere moralische Integrität und nach 40 Jahren Bevormundung durch die SED ist das ja der Hauptvorwurf, den man uns immer wieder anhören müssen, haben wir uns davon freigemacht und wir haben unser C wieder entdeckt und all solche Dinge, politische Integrität

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

wir haben unsere Partei selbst erneuert, von unten heraus, zumindest sind wir auf dem besten Wege unten ist es noch nicht in jedem Falle durchgesetzt, das bringen wir mit und das meine ich, sollten wir auch mit Selbstbewußtsein vertreten.
So, zum Abschluß hätte ich noch eine Frage, und zwar haben wir heute im Auto diskutiert, wie sieht die Verhältniswahl aus. Ich habe ein gedankliches Beispiel, kleine Revanche an Thüringen

(Zwischenrufe aus dem Saal)

Das ist Stimme von oben. Ja, ich möchte nur ein Gedankenbeispiel machen

(Zwischenruf: Ob das die alten Strukturen sind?)

Die hörten wir, die redeten nicht so offen.
Gehen wir einmal davon aus, es gelingt uns, 60 Prozent im Republikdurchschnitt zu bekommen

(Heiterkeit, Beifall)

Wir wollen optimistisch sein. Und nehmen wir einmal an, meine Avancen an Thüringen, dort kommen wir auf 80 Prozent

(Heiterkeit)

Das ist ja so gut wie jetzt schon ein CDU-Land, und mein eigenes Land Sachsen-Anhalt will ich noch gedämpft optimistisch mit 50 Prozent einschätzen. So, wie sieht das denn aus. Werden in jedem Wahlkreis, um bei diesem Beispiel zu bleiben, und in der List von oben nach unten 60 Prozent kommen, egal wie, oder bekammt, was ich persönlich richtiger fände, dann das Land Thüringen paar mehr Abgeordnete von seiner Liste. Die Frage möchte ich ganz einfach beantwortet wissen. Danke.

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Ja, diese Frage wird nachher beantwortet. Vielen Dank Freund Kunze, als letzter in der Rednerliste bitte ich den Freund Riedinger.

Unionsfreund R i e d i n g e r :

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,
liebe Freunde !

Die Entwicklung in unserem Land erfolgt in einem rasanten Tempo. CDU-Positioen gilt es deutlich, einheitlich zu dokumentieren. Meinungsvielfalt ist gefragt, aber Grundsätze sind nicht über die Medien zu diskutieren. Diese Dinge schaden der CDU und der Allianz für deutschland. Am 5. Januar schlug ich dem Parteivorstand Verhandlungen zur Schaffung einer einheitlichen Währeng zu führen. Ich wurde belächelt. Heute glaube ich, reden alle darüber. Meine Damen und Herren, ich glaube wir müssen gemeinsam mit der CDU/CSU der Bundesrepublik folgenden Vorschlag diskutieren und in unserem Programm, oder zu unserem Programm machen. Ich gehe davon aus, daß wir in Etappen einführen müßten
ab 1.4. bis 30.6. als Vorschlag die Zahlung von 200,-- DM an jeden DDR Bürger des Gehaltes, des Lohnes oder seiner Rente sowie 50 % des Kindergeldes in DM.
In einer zweiten Stufe die Zahlung von 300,- DM des Gehaltes, Rente und des Kindergeldes zu 50 % in DM und
in einer dritten Stufe ab 1.10. Erhöhung auf 400,-- DM bei Beibehaltung 50 % Kindergeld.
Vierte Stufe dann die Einführung einer einheitlichen Währung, und das wäre die DM. Ich habe das auch als Antrag formuliert. Ich gehe davon aus, daß wir sichern müssen, daß uns die Zeit bleibt und das haben wir hier vielfach gehört, die sozialen Dinge

(Zwischenruf: Ich bitte um Aufmerksamkeit)

für unsere Menschen weiterhin zu gewährleisten. Wir brauchen ein Steuer- und Abgabengesetz, wir brauchen Gesetze zur Umbewertung der Grundmittel, wir brauchen ei Betriebsverfassungsgesetz, was hier schon mehrfach angesprochen ist und wir brauchen Anordnungen zur Regelung zum Erwerb von Gebäuden, Grundstücken und baulichen Anlagen für unsere Bürger, die sie noch in Mark der DDR kaufen können, bevor wir die Währungsunion und die Einführung der DM vollständig durchsetzen. Ich bitte, dabei würde natürlich bei diesem Vorschlag rauskommen, daß die alten Leute bevorteilt werden,

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

weil je 400,-- Mark oder 300-- Mark von einer Rente, die 380,-- Mark Mindestrente beträgt oder 390,-- M in den Genuß dieser Dinge kommen würden und auch die Familien mit Kindern Vorteile hätten und ich glaube, daß würde uns als CDU gut zu Gesicht stehen auf beiden Seiten, das war das zu unserem Programm machen. Un diesen Vorschlag bitte ich über diesen Antrag abzustimmen, der liegt vor im Präsidium schriftlich, damit wir diese Verhandlungen in einer Arbeitsgruppe beider Parteivorstände dann diskutieren.
Danke schön.

(Beifall)

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :

Vielen Dank. Das Wort hat jetzt unser Vorsitzender zur Beantwortung der einen oder anderen Frage und zu Bemerkungen zum Bericht und zur Diskussion. Wir werden dann in Kaffepause eintreten und nach der Kaffepause uns den Anträgen zuwenden.

Unionsfreund de M a i z i é r e :

Liebe Unionsfreunde!
Wir haben meiner Meinung nach heute noch drei Dinge zu tun
ersten, die Dinge, die ich Ihnen aus der Präsidiumssitzung von heute früh zu berichten habe und die also bestimmte Maßnahmen betreffen, zweitens, die Antworten, die ich Ihnen auf die Diskussion in einzelnen Punkten schuldig bin und drittens müssen wir diese Anträge abarbeiten, so wie sie hier vorliegen. Es sind schätzungsweise 10 Anträge.

Ich will zu den grundsätzlichen Fragen zunächst einiges sagen. Erstens, wir haben am 6.1. im Parteivorstand beschlossen, den Parteitag für den 9./10. 3.1990 einzuberufen, und zwar dies auf der Grundlage des § 9, Absatz 3, Buchstabe e) unserer Satzung. Wir haben im Präsidium darüber beraten, ob dies angesichts des Wahltermines 18.3. sinnvoll ist, einen zweitägigen Parteitag durchzuführen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, daß dies nicht sinnvoll ist und ich will Ihnen das begründen.

Erstens, es sollte sein ein Programm-Parteitag, der als Auftakt für den Wahlkampf mit Richtung 6. Mai gedacht war oder sagen wir einmal als Auftakt für die letztere größere Etappe des Wahlkampfes.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Die Grundwertekommission hat vor einigen Tagen in Grünheide getagt und ist dabei, das dort erarbeitete zusammenzufassen zu einem Programm. Sie wäre also in der Lage, zu diesem Zeitpunkt das Programm vorzulegen, nur dies vorab, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, es wäre gar kein Programm da, über das man reden könnte. Es ist wohl schon da. Wie stabil ein solches Programm sein kann in einer Zeit, in der man sich heute fragt, ob das, was man gestern gedacht und gesagt hat, noch richtig ist, und zwar ehrlichen Herzens fragt, man meinte es wohl gestern auch ehrlich und richtig und muß heute gar nicht wendehälsig sein, um bei neuen Erkenntnissen zu anderen Auffassungen zu gelangen, dies gilt nicht nur für jeden einzelnen von uns, und einem Vorsitzenden, gleich wie Mitglied einer Ortsgruppenbasis, so kann ich mir denken auch machen in der Grundwertekommission wird es so gehen und ich weiß nicht, ob ein solches Programm, das in einer solch bewegten Zeit geschrieben wird, tatsächlich schon so sein kann, das es ein Programm ist, das über ein Jahr, zwei und mehr trägt. Das wäre ein Gedanke.
Zweitens, wenn wir denn ein Programmparteitag machen, halte ich es für notwendig und richtig, daß da die konträren Meinungen aufeinander stoßen und dies auch mit aller Deutlichkeit und Genauigkeit tun. Ob dies in der Außenwirkung acht Tage vor der Wahl eine besonders glückliche Situation oder eine bdsonders glückliche Präsentation ist, vage ich zu bezweifeln und
dritter Grund der unseres Erachtens nach gegen den Parteitag spricht, ist der, daß wir sagen, der Parteitag würde in der Vorbereitung erhebliche Kräfte binden, die uns an anderer Stelle im Wahlkampf fehlen. Wir merken es jetzt schon ohnehin und das ist heute auch deutlich geworden, daß wir also, doch nicht so besattelt sind mit Menschen und Mitarbeitern, das also alles nahtlos und richtig funktionieren kann.
Wir haben einen anderen, einen alternativen Vorschlag uns überlegt. Der Parteitag sollte am 9. und 10. stattfinden, wir hatten zu diesem auch bereits Gäste eingeladen, und zwar Gäste befreundeter Parteien aus Osteuropa und wollten dort möglichst alle erfäßen, um also deutlich zu machen, daß wir auch unser deutsches Problem in Freundschaft mit diesen Nachbarn zu lösen gedenken und wir hatten natürlich auch bundesdeutsche Politiker eingeladen. Wir werden

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

sicherlich bei den, wenn wir eine veränderte Situation mitteilen, wegen des vorgezogenen Wahlkampfes Verständnis finden. Wir denken wir sollten eine Veranstaltung am 10.3. nur einen Tag durchführen, in der wir etwas deutlicher noch mal sagen, was wir mit Blick auf die Wahl und mit Blick auf die Ziele und die Regierungspolitik nach der Wahl zu sagen haben und daß wir in diesem Zusammenhang auch Unionsfreunde vorstellen, von denen wir ausgehen, daß sie in diesem und jenem Gebiet über besondere Sachkompetenz verfügen, damit wir zeigen können, wir sind auch in der Lage, sofern wir in die Verantwortung kommen, an entscheidenden Punkten auch Richtiges und Wesentliches nicht nur zu sagen, sondern auch zu tun und letztendlich wollen wir unseren Gästen Gelegenheit geben, sich zu diesen Problemen und zu den Problemen unseres Landes zu äußern. Dies hielte ich für einen günstige Möglichkeit, acht Tage vor der Wahl noch mal auf uns in einer nicht marktschreierischen Weise, sondern in einer soliden Weise aufmerksam zu machen, dort auch Presse und Medien zu binden und einen Parteitag möglicherweise erst im Herbst des Jahres durchzuführen, wenn auch die Kommunalwahlen vorbei sind und vielleicht eine Sommerpause uns etwas Zeit zum Nachdenken gegeben hat. Sie entsinnen sich, den Parteitag im Dezember hatte ich begonnen, wer vordenken will muß nachdenken. Und zur Zeit haben wir zum Nachdenken, habe ich manchmal die allerwenigste Zeit. Folgen Sie dieser Auffassung des Präsidiums, sehe ich formal-juristisch das Erfordernis, erstens, daß Sie Ihren Beschluß vom 6.1.9o aufheben, denn nach der Satzung ist eben der Parteivorstand derjenige, der einen Parteitag einberufen kann und und letztendlich auch nur derjenige, der diesen Beschluß wieder aufheben könnte, und ein zwieter Beschluß könnte sein, daß Sie das Präsidium ermächtigen, eine solche Veranstaltung zum 10.3. vorzubereiten.

Zweites Problem:
Wir haben eine beim Parteitag im Dezember eine Reihe von Unionsfreunden benannte, die in dieser Grundwerktekommission mitwirken sollen, die sind auch von den Bezirken benannt worden, die haben ja vorher schon gearbeitet und haben weiter gearbeitet. Es ist eine Kommission, die normalerweise mit der Autorität eines Parteitages versehen sein müßte, eine Programmkommission. Nun wir haben

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

es heute schon an mehreren Orten gehört und insbesondere unser Freund aus dem Eichsfeld, der uns gezeigt hat, wie man dort völlig neue Politik macht anhand von Gesetzen vorbei, um es einmal so auszudrücken, Revolution schreibt offensichtlich ihre eigenen Gesetze, bezüglich der Grundwertekommission glauben wir als Präsidium Ihnen vorschlagen zu können und zu dürfen, daß diese Kommission, die nach unserer Auffassung gute Arbeit geleistet hat von, von Ihnen ermächtigt werden sollte, bis zum Parteitag im Herbst a) weiterzuarbeiten und darüber hinaus das Recht haben soll te, geeignete Unionsfreunde zu kooptieren, die über bestimmte Spezialkenntnisse und Sachkenntnisse verfügen, die für diese Arbeit wichtig sein könnten.
Das wären also zwei, drei Beschlüsse schon, um die ich sie bitten würde.

Drittens:
Es hat heute in der Diskussion das Thema Wahlkampf, insbesondere Wahlkampfmaterial eine entscheidende Rolle gespielt. Wir hatten von Ortsgruppen und Kreisen den Hinweis erhalten, das Wahlkampfmaterialien, die von uns hier abgesandt wurden, dort nicht angekommen waren. Wir haben in der Mittagspause dies mit den Bezirksvorsitzenden und Landesvorsitzenden besprochen. Es wurde uns eindeutig gesagt, daß was wir bisher [illegible] diesbezüglich auf den Weg gebracht haben, ist quantitativ zu wenig. Wir werden also umgehend bemüht sein, dort mehr zu leisten.
Zur Erklärung füge ich bei: Es ist auch für das Präsidium und für den Generalsekretär und für mich der erste Wahlkampf unseres Lebens. Wir wissen auch nicht so genau, wir haben uns allerdings der Hilfe verschiedener Leute dabei noch sicher gemacht und haben sie gefragt, wieviel meint Ihr wohl, brauchen wir davon, brauchen wir davon usw. Die Hinweise, die wir bekommen haben, waren maßgeblich für den Umfang dessen, was dann an Verträgen ausgelöst worden ist. Offensichtlich sind diese Ratschläge aber kommen, von jenen, die einen abgesättigten Markt einer Bundesrepublik vor Augen haben und nicht die besondere Situation, in der wir uns befinden. Wir haben in einigen Bereichen dies schon selber kalkulierend, mehr in Auftrag gegeben, bei Plakaten zum Beispiel war der Ratschlag, 10 000, da könnt ihr die halbe DDR mitzupflastern

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

so ungefähr war die Aussage. Tatsächlich sind es 50 000 gewesen, die gedruckt worden sind, und nun ist uns gesagt worden, dies ist noch zu wenig. Also wir werden sehen, wie wir damit umgehen.W ir müssen natürlich auch in Rechnung stellen, daß dies auch eine Finanzfrage ist. Freund Skowron ist noch, natürlich Herr Haff, natürlich ist meine auch, aber die gewechselte, aber ich denke, der Wahlkampf wird ihnen doch noch einige graue Haare kosten. Wir sind also bemüht, dort unverzüglich Nachauflagen zu bestellen. Werden auch in der kommenden Woche eine Reihe von neuen Handzetteln bekommen, die auch die Themen aufgreifen, die heute hier als Mangel in besonderer Weise angesprochen sind. Es wird also in der nächsten Woche vier Flugblätter geben zu den Themen Bildung, Baupolitik, Senioren und Familie und kurz danach werden folgen Kulturpolitik, Sozialpolitik und Deutschlandpolitik, so daß ich denke, daß wir, wenn wir di haben, zumindest entsprechend unserem Positionspapier alle Teilbereiche in etwa abgedeckt haben. Daneben sind wir natürlich bemüht, bestimmte Broschüren zu bekommen, beispielsweise über soziale Marktwirtschaft, etwa 250 000, die dann die Bezirke und Kreise gehen. Die werden sicherlich nicht reichen zum verteilen an jeden Bürger, aber sie werden reichen, für die, im Wahlkampf für uns tätig sind und solche, die als Multiplikatoren wirken können, auftreten können. Und ich denke auch, daß das zentrale Büro der Allianz, das jetzt seine Tätigkeit aufnimmt, auch noch eine ganze Reihe in die Bezirke bringen wird.

(ZwischenRuf Unionsfreund Kirchner: Freund de Maiziére, vielleicht etwas zu der Zeitung, zu den zwei Zeitungen sagen, Allianz und ...)

Ja, gut, die Allianz wird und zwar in einer Stärke von 16 Seiten die drei an der Allianz beteiligten Parteien vorstellen, auch mit eigenem Profil und es wird eine Zeitung erscheinen, in der Bundesrepublik gedruck, in 4 Millionen Exemplaren, die es einmal, aber die ist dann in einer solchen Menge vorhanden, daß sie im Prinzip für jeden Haushalt in der DDR zur Verfügung steht, und darüber hinaus werden wir durch Hilfe einer Zeitung aus Neuß bis Düsseldorf eine CDU-Zeitung jedes Wochenende bekommen, die in unserer Verantwortung entsteht, auch was die inhaltliche Seite anbelangt, und die sich trägt durch Annoncen und Werbung, die

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

dort dring gleichzeitig gedruckt wird, so daß sie uns nichts kostet und auch denjenigen, der uns damit behilflich sein will, die Kosten sich in Grenzen halten. Diese mit einer Auflage von 240 000 Exemplaren je Wochenende, wir wollen versuchen, dies möglichst breit zu streuen. Man sollte dann aber ruhig zu der alten Methode zurückkehren, wie wir früher Westzeitungen behandelten, nämlich dass sie nicht nur der Ersterwerber las und der zweite, dritte, vierte, fünfte und zehnte immer noch. An dieser Methode kann meines Erachtens nach bei diesen Dingen festgehalten werden, so daß wir also eine ziemliche Breite erreichen.

Es ist heute mehrfach angefragt worden und angemahnt worden, und ich will sehen, ob ich hier in meinen Papieren das finde eine besondere deutschlandpolitische Aktivität unsererseits. Wir haben heute morgen im Präsidium beschlossen, daß der Vertreter der CDU am Runden Tisch am Montag folgenden Antrag einbringen soll:

Antrag der CDU zur einem gesamtdeutschen Runden Tisch. Die Bemühungen um eine schnellstmögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten werden immer intensiver, sowohl die BRD als auch die DDR-Regierung haben sich in den letzten Tagen für einen Währungsverbund ausgesprochen. Es gibt aber noch sehr differenzierte Standpunkte hinsichtlich der Realisierbarkeit, zumal die ökonomischen und vorallem die sozialen Fragen, die in diesem Zusammenhang entstehen, noch keineswegs abschließend durchdacht sind. Um den dringend notwendigen Prozeß einer deutschen Wirtschafts-, Währungs und Sozialunion zügig und durchdacht vorzubereiten unterbreitet die CDU dem Runden Tisch den Vorschlag, die DDR-Regierung aufzufordern, kurzfristig einen gesamtdeutschen Runden Tisch zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der BRD-Regierung zu vereinbaren. Von der Seite der DDR sollten daran alle am zentralen Runden Tisch vertretenen Parteien und Bewegungen sowie die Regierung der DDR teilnehmen. Durch die Bundesrepublik Deutschland sollte eine gleichstarke Delegation erstellt werden als Tagungsort wird Berlin vorgeschlagen.

Wir meinen, daß dies ein guter SChritt sein könnte, die Probleme zumindestens in s Bewußtsein zu rücken, deutlich zu machen, und ich denke, daß in einer solchen wichtigen Frage bei aller Notwendigkeit des Unterstreichens der Rolle unserer Partei ein sehr

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

th

breiter, demokratischer Konsens, von dem heute schon einmal gesprochen wurde, erreicht werden muß, daß ein solcher auf breitere Basis, auf mehrere Füße gestellter, Aktivität sinnvoll sein könnte. Wir werden hier heute vielleicht noch Gelegenheit finden, uns zu diesem Vorschlag des Präsidiums zu äußern.

Nächster Punkt:
Sie wissen, daß für die Volkskammer die Abgeordneten nominiert werden müssen, das Wahlgesetz, so wie es jetzt nach erster Lesung vorliegt und wie es sicherlich in einigen Veränderungen beschlossen werden wird, verlangt, daß die Abgeordneten nicht durch die Parteien bestimmt werden, sondern daß sie in Vertreterversammlungen in geheimer Wahl gewählt werden müssen. Wir hatten hier schon eine Reihe von Vorschläge, die wir nun an die Bezirke bzw. an die Landesverband zurückgeben mußte, eben um des Erfordernis des Wahlgesetzes nachzukommen. Es müssen also Wahlen durchgeführt werden, in denen die zukünftigen Abgeordneten oder potentiellen Abgeordneten gewählt werden. Wir möchten als Präsidium auf mehrere Notwendigkeiten in diesem Zusammenhang hinweisen. Erstens es sollten in wirklich angemessener Weise Frauen vertreten sein unter den Kandidaten, die wir für die Volkskammer benennen. Es ist richtig, daß heute mehrfach darauf hingewiesen worden ist, daß bei sich entwickelnden Schwierigkeiten in unserem Land, und zwar wie ich es heute morgen schon, nicht Schwierigkeiten, weil der böse Kapitalismus kommt, sondern weil der schlimme Sozialismus zu Ende geht, es nicht auszuschließen ist, daß Frauen, insbesondere alleinstehende, die ersten sein könnten oder sein werden, die in Schwierigkeiten kommen. Wenn wir dagegen sind als Partei, das weiterhin Organisationen wie der DFD oder ähnliche spezielle Sachwalter in Anführungsstrichelchen die Fruaeninteressen wahrnehmen, sondern daß sie kompetent durch unsere Partei mit wahrgenommen werden, müssen wir dafür Sorge tragen, daß Frauen sich in angemessener Weise in diesen Fraktionen artikulieren können und auch mit dem notwendigen Gesicht dies tun können.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Ich greife einen weiteren Vorschlag auf aus der Diskussion. Dr. Obst hat ihn vorgetragen. Es ist richtig, daß wir gegen einen Einheitsjugendverband sind, der dann wem auch immer wieder dient und die Kampfreserve von dem sein mag, der, sein will. Wir sind dafür, daß wir einen Jugendverband haben, der stark ist und der sich der CDU nahe und verpflichtet fühlt. Wenn wir aber Jugendinteressen durchsetzen wollen, keiner kann seine Interesse besser vortragen als die Jugend selbst, also auch dies muß bei den Wahlvorschlägen angemessenerweise Berücksichtigung finden.

Drittens:
Wir meinen, daß - und das sollte ben einfach bei diesen Vertreterversammlungen, bei denen gewählt wird, klargemacht werden - daß eine Volkskammer immerhin das oberste Vertretungsorgan des Landes ist, in dem nicht nur patriotische Gesinnung, sondern auch Sachkompetenz gefragt ist, daß wir wirklich uns überlegen, ob derjenige oder diejenige, die da vorgeschlagen sind und mit ihm notfalls auch in aller Ernsthaftigkeit reden, ob nicht der eine oder andere Freund ganz besondere Vorzüge und Größen hat, die er in der kommunalen Ebene oder in der nächsten Ebene einbringen kann, vielleicht aber für die zentrale Ebene aber nicht über den ausreichenden Sachverstandverfügt. Das muß nie ein Vorwurf sein. Es gibt sicherlich Menschen, die sehr viel besser geeignet, unmittelbar vor Ort das Notwendige und Richtigedurchzusetzen und möglicherweise an der Aufgabe in einer zentralen Vertretungsversammlung scheitern. Also die Frage der Sachkompetenz ist uns wichtig und letztlich und dies ist ein sehr ernster Gedanke, wir haben immer wieder davon gesprochen und versuchen auch deutlich zu machen, daß unsere Partei aus den Fehlern ihrer Vergangenheit gelernt hat, daß sie sich reformiert hat. . Das muß, meine ich, auch besonders deutlich werden bei den Kandidaten für die oberste Volksvertretung. Denn dort nach außen für viele erkennbar das Bild entsteht, daß eben die Erneuerung wo immer auch stattgefunden haben, nicht aber in der Fraktion der Volkskammer, denn halte ich dies für ein sehr bedenkliches Bild. Dies sollte ganz gewissenhaft mit gesehen werden und auch mit den einzelnen Unionsfreunden gesprochen werden müssen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Nächste Frage und damit komme ich zu einem Teil der Antworten. Es waren heute angesprochen von einem Unionsfeund, von Dr. Gieß, Fragen nach einem Stufenplan zur deutschen Einheit und bestimmten rechtlichen Maßnahmen und Schritten. Dazu möchte ich sagen, ich halte es nicht für besonders klug, wenn wir hier einen Stufenplan zur deutschen Einheit entwickelten. Ich glaube, wir setzen uns in die Nähe des Lächerlichen. Es gibt einen 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers Kohl und es gibt einen 6-Pnkte-Plan der SPD und es gibt einen 4-Punkte-Plan von Dr. Modrow und sind Sie der Meinung, daß wir dort hinterherkramen sollten. Außerdem korrespondiert dieser Antrag oder dieser Gedanke sicherlich nicht mit anderen Überlegungen, die da meinen, wir sollen gezielt auf eine gemeinsame Parteimitgliedschaft zugehen. Wie sollten wir dann wohl den Widerspruch aufheben, daß dort zwei unterschiedliche Pläne vorhanden sind, sondern wir sollten etwas sagen, was in diese Richtung weist und möglicherweise Erleichterung bringt. Und da war heute morgen unter uns konsens ein Gedanke, den wir in die Diskussion einbringen sollten, daß die Länderverfassungen, so wie sie 1946 entstanden sind, wieder inkraftgesetzt werden, das würde uns der großen Mühe entheben, noch mal neue Verfassungen zu schaffen und letzendlich in Konequenz dessen die erste Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 wieder in Kraft zu setzen, mit der Frage, ob nicht der eine oder andere Punkt noch geprüft werden sollte, bloß wenn ich Ihnen einmal die beiden ersten Artikel vortragen darf, meine ich, sind sie so aktuell, wie sie 1949 waren und nie unaktuell geworden sind.

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, sie baut auf den deutschen Ländern auf. Die Republik entscheidet alle Angeleenheiten, für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind. Alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden. Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt. Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind schwarz-rot-gold, die Hauptstadt der Republik ist Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Wir sollten überlegen, wie wir diesen Gedanken z urück zu den Grundaussagen dieses Landes in geeigneter Weise in die gesellschaftliche und in die staatliche Diskussion einbringen. Wenn wir uns auf unseren Sonderparteitag besonnen haben, wo die Wurzeln unserer Partei sind bei Jacob Kaiser und den Aussagen, die damals getroffen wurden, ich glaube dann ist es, wenn wir den politischen Bereich Aussagen genauso wichtig und genauso gut, wenn wir an diese Quellen und Wurzeln zurückgehen, denn diese Verfassung von 1949 wurde ja in folgenden demontiert. Wenn ich denke, Verwaltungsreform 1952 und dann die nachkommende Verfassung, die dann jeweils noch nach Bedarf geändert wurden. Ich hielte diese für einen gangbaren Weg, der das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ermöglichen könnte und ich will an dieser Stelle einen weiteren Punkt aufnehmen aus der Diskussion. Ich denke wir werden gut und richtig daran tun, wenn wir ganz konsequent - und dies vielleicht auch schon deutlich machen - bestimmte Übergangsregelungen oder sogar Regelungen festschreibender Art für den Prozeß der Einigung finden. Wir müssen klare Aussagen zum Bodenreformland treffen. Wenn wir nicht davon ausgehen, daß die Ergebnisse der Bodenreform unumkehrbar sind, werden uns die Bauern in Scharen verlassen. Zweitens werden wir ähnliche Aussagen treffen müssen zu Grundstücken, Gebäuden und insbesondere Handwerksbetrieben, die früher im Besitz von später Republikflüchtigen, um den alten Begriff zu verwenden, standen, die dann in staatliche Verwaltung fielen nach der Anordnung Nr. 2 von 1953 in der Fassung von 1958 und von den Abteilungen Finanzen an hier tätige Menschen zur Dauernutzung überlassen wurden, verkauft wurden. Da haben die ihre Existenz, ihren Handwerksbetrieb drinne errichtet, dort haben sie in ihrem Einfamilienhaus angebaut, ausgebaut, investiert und ähnliches mher. Die übergroße Zahl der Menschen, die seinerzeit dieses Eigentum verlassen haben oder verlassen mußten, sind in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Lastenausgleichgesetz abgefunden worden und zugleich mitdem Lastenausgleich, das ergibt sich aus dem Gesetz, haben sie eine Forderungsabtretung an den bundesdeutschen Staat unterzeichnet. Haben sie gesagt, für den Fall, das das mal gegenüber der DDR oder einem Rechtsnachfolger der DDR geltend gemacht werden könnte, fällt diese Forderung an den bundesdeutschen Staat. Das wäre zum Beispiel ein

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

solcher Posten, der im Zuge der Einheit wegfallen könnte als Forderung, denn wenn Gläubiger und Schuldner eins geworden sind, wüßte ich nicht, warum noch Umsortieren von der linken ind rechte Hosentasche. Aber es gibt jetzt aufgrund einer speziellen Bestimmung im gleichen Lastenausgleichgesetz und dort heißt es: Sollte ein so Entschädigter irgendwann einmal wieder in den sachlichen Besitz dieser Sache kommen, dann muß er den Entschädigungsbetrag zurückzahlen. Und siehe da, der schlaue Bundesbürger. Viele zahlen jetzt unaufgefordert und ohne, daß die Bedingung des Gesetzes eingetreten wäre, nämlich daß sie wieder in Besitz der Sache sind, zahlen die den Entschädigungsbetrag an die Ausgleichämter zurück, weil sie meinen, das ist Boden und mit dem läßt sich dann gut in Mark und Spekulationen etc. einsteigen. Das genau müssen wir vereinbaren mit der Bundesregierung und mit der CDU, daß solche Dinge nicht stattfinden können, damit wei
nicht eine Verunsicherung der noch verbliebenden wenigen Handwerker und Gewerbetreibenden bei uns erfolgt, denn gerade da sehen wir ja die Zukunft und die Chance dieses Landes, sich zu wirtschaftlich zu sanieren und nicht indem wie nun auch noch dort destruktiv wirken. Ähnliche Übergangsregelungen, meine ich, werden wir finden müssen in bezug auf Wohnungseigentum. Wir können meines Erachtens nach auch bei Schaffung einer Währungsunion nicht das hier befindliche Wohuungseigentum ungeschützt auf den Markt lassen, sondern wir müssen dafür sorgen, daß die, die hier jetzt wohnen und in diesen Landstrichen bleiben wollen, daß die ein Vorkaufsrecht haben oder zu besonderen oder zu kreditbedingungen erwerben könne, zumal sie dann eine gewisse Entschädigung erhalten würden, wenn dann eine tatsächliche Wirtschaftsunion ist, würden sie an der Wertsteigerung dieser Wohnung auf dem Markt teilnehmen. Sie könnten auf diese Weise möglicherweise auf 50.000,-- Mark Ersparnissen der DDR, die sie jetzt möglicherweise aufwenden müßten, Mark-mäßig gesehen später vielleicht 200 000 DM machen können, wenn sie dann wieder verkaufen wollten die Wohnung. Aber es muß ihre Entscheidunge sein, sie müssen sie erwerben können und sie müssen sich zu welchem Zeitpunkt auch immer, entscheiden können, sie wieder zu verkaufen.

Zum Eigentum der VE-Betriebe. Ich glaube, daß die Enteignung aufgrund Kontrollratsrechtes, es war ja nicht Recht der DDR, dieser Betriebe, des SMAD-Recht, doch im wesentlichen als endgültig anzusehen ist. Wir wollen, daß das Kapital der Bundesrepublik hier in-

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

vestiert, sich mit DM einbringt, hier entsprechendes leistet. Ich höre jetzt, daß manche Konzerne schon sagen, ja, ich mache mit denen Joint Ventures und ich bringe ein meinen Anteil, den ich 1945, den man mir weggenommen hat und der andere Teil, den die DDR zusätzlich auf dem Gelände errichtet und erbaut hat. Das hätte die Wirkung, daß die Bude genauso bliebe, wie sie wäre, bloß geteilte Eigentümer hätte. Das bringt keinen Schritt weiter und kann also auch nicht Sinn der Sache sein. ich denke, daß auch nach 40 Jahren, nach 45 Jahren auch zum Teil der normativen Kraft des Faktischen ausgehen muß. Was eben solange so war, wird wohl auch in Zukunft so sein müssen und ich denke, darüber wird den Aktionären von Siemens oder wem auch, nicht das Herz zerbrechen, daß das so ist und so bleibt.
Wir werden eine klare Aussage finden müssen und eine klare Vereinbarung finden hinsichtlich der Spareinlage, halte ich richtig und wichtig und ich kann vielleicht an dieser Stelle auf die Frage der Währungsunion, wie sie Freund Riedinger vorgetragen hat, hier noch einmal kurz eingehen. Wir werden sicherlich nachher den Antrag noch behandeln müssen. Ich darf bloß schon an dieser Stelle sagen, ich werde diesem Antrag nicht zustimmen. Eine dreistufige Einführung der DM hätte dann Sinn, wenn innerhalb dieser drei Stufen eine parallele, eine parallele Entwicklung der Gesundung der Wirtschaft zu verzeichnen wäre. Nun sagte sie, nun ist mehr Effizienz da, nun können wir es uns leisten auch wie folgt zu verfahren. Das wirdaber nicht sein . Eine unter rein wirtschaftlichen und monitären Gesichtspunkten gesehene Entwicklung würde - und da sind sich glaube ich die Fachleute einig - auch ein Herr Pöhl und sein Stellvertreter, Herr SChlesinger, mit dem ich vor wenigen Tagen lange gesprochen habe, eigentlich laufend, erst eine Reformierung der Wirtschaft und in dessen Ergebnis dann eine Währungsunion steht. Die Entscheidung, sehr schnell auf eine Währungsunion zuzugehen ist also keine Entscheidung der besonderen wirtschaftlichen Vernunft, sondern ist eine politische Entscheidung, die getroffen werden muß, um zu verhindern, daß es tagtäglich weiter 2000 bis manchmal 4000 Menschen uns verlassen. Das heißt, man geht den umgekehrten Schritt, man geht die Währungsunion als erstes an, um dann die Wirtschaftsreform nachzuziehen, die diesen Schritt rechtfertigt. Und wir müssen wissen, wenn es so ist, dann kostet das enormen Mengen an DM, die die Bundesrepublik in Vorschuß bringt

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

für diesen Prozeß, in der Hoffnung, daß eine reformierte Wirtschaft dieses innerhalb der dann gesamten deutschen Wirtschaftsgemeinschaft ausgleicht. Ich glaube eher, daß ein schrittweises Vorgehen Gefahren mit sich bringen könnte und viel eher Anlaß für spekulative Maßnahmen und ähnliches bieten kann. Wenn es denn zur Währungsunion kommt, dann muß das Knall und Fall von einem Tag auf den anderen geschehen, und es muß so geschehen, daß dort nicht noch Leute dran vorbeikönnen und säckeweise mit irgendwelchen Mark der DDR Beträgen mal dort mal dort auftauchen. Das sind glaube ich Dinge, die wirklich von Spezialisten und Fachleuten beraten und beschlossen werden sollten. Ich weiß, daß zum Beispiel Herr Professor Dr. Biedenkopf ein sehr klares Konzept dazu erarbeitet hat, das in der kommenden Woche also auch Gegenstand der Beratungen sein wird, die sich zwischen den kompetenten Vertretern der Regierung abspielen.

Im ersten Diskussionsbeitrag war angemahnt worden, wir sollten etwas zu den alten Menschen, zu den Arbeitnehmern sagen, Alleinerziehende. Ich denke, daß wir in diesen vorbereiteten Maßnahmen dazu einiges sagen müssen und sagen werden, aber, ich denke noch viel wichtiger ist, daß wir dies auf Wahlveranstaltungen eben in besonderer Weise ansprechen müssen. Und wir müssen eben wissen, welches Publikum habe ich heute zu erwarten, werden es eben überwiegend alte Menschen sein oder werden es überwiegend solche sein, wir müssen also wahrscheinlich auch, so haben wir besc hlossen, bei Reden mit Versatzstücken arbeiten, daß man sagte, heute brauche ich Verssatzstück 1,3,5,7 und nächsten Tag, damit man also nicht jedesmal neu beginnt.

Zur Frage um die Querelen um Herrn Volker Abend. Ich denke, daß an dieser Situation in besonderer Weise deutlich wird, wie man gezielten Negativwahlkampf gegen uns macht. Wir haben ihn dazu befragt, weil wir natürlich auch von der Sorge die Reaktionen gesehen haben. Er sagt, er hat die Fragen Schulspeisung, Hort, Versorgung etc. im Rahmen der von ihm erarbeiteten Reform der Schulbildung im Bereich der Hochschulbildung mehrfach erörtert. Es ist ihm erklärt worden. Eine Sicherung der Schulspeisung kann nur bis zum 18. 3. zugesagt werden. Die materiellen Mittel darüber hinaus wissen wir, ob sie da sind und ob sie erwirtschaftet werden können etc.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Und ob wir noch das Geld und die Mittel haben, Horterzieher und ähnliches zu finanzieren, ist auch nicht sicher. Und diese Besorgnis, die hat er unklugerweise, und das muß ich sagen, unklug im Sinne von ~~xxxxxx~~ taktisch unklug, aber auch da müssen wir alle lernen, in einem solchen Gespräch genannt, die dann in dieser Weise hochgespielt worden ist. Ich selbst habe in ein, zwei Dingen auch in den letzten Wochen erlebt, wie also Dinge, die ich entweder nie gesagt habe oder ganz anders gesagt habe, in bestimmten Zusammenhang dargestellt werden wird und wir müssen ein verzeichnen, wenn etwas gut gelungen ist, dann heißt es, die Regierung Modrow traf folgende Maßnahmen usw. und dann ist es egal, ob also einer von uns daran mitgewirkt hat oder nicht. Aber wenn's denn wohl schiefgeht, dann steht das CDU immer ganz deutlich und ganz laut mit dabei. Die Berliner Zeitung gefällt sich da in besonderer Weise. Eins ist sicher, Herr Abend ist nicht zurückgetreten. Dies ist die Aussage. Er wird sich dies sicherlich überlegen und will das mit seinem ihm vorgeordneten Minister besprechen und Forderungen derart, daß wir ihn zurückziehen sollten, sind juristisch einfach nicht machbar. Wir könnten ihm allenfalls empfehlen, wir haben ihn in Vorschlag gebracht und der Minister für Volksbildung, Herr Prof. Dr. Emons hat ihn berufen. Und damit ist diese Frage nicht mehr in unserer Hand. Wir könnten ihn allenfalls bitten, aus bestimmten Erwägungen heraus zurückzutreten. Aber ein Zurückziehen ist nicht. Und wenn wir für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind, dann sollten wir in diesen Fragen auch sein.

Ich will mich noch einmal ganz kurz zu den manchen bewegenden Streit um Regierungsverantwortung und Koalitionsverbleib äußern. Freund Kirchner und ich sind uns sicherlich einig in der Frage, was wir als Ziel unseres gemeinsamen politischen Handelns erreichen wollen. In der Frage waren wir uns über den Weg nicht einig. Das haben wir besprochen, haben wir ausgeräumt und ich denke, sie sollten nicht versuchen, Schwierigkeiten, die wir überwunden haben, nun erneut aufzureißen.

(Beifall)

Nur zu dem Bild, Freund Stoerck, es ist sicherlich richtig, die Arbeitsteilung. Ein Generalsekretär soll vorpreschen und ein Vorsitzender soll dann sagen, nicht so heftig und nicht so schnell mit den jungen Pferden usw. Aber abgesprochen muß es sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

thi
Das war der kleine Mangel dabei. Aber das ist ausgeräumt und Schluß drum.

Kurz zum Beitrag von Unionsfreund Jenssen. Dieser Artikel hat mich auch in besonderer Weise betroffen gemacht. Er zeichnet aber ein bestimmtes Bild, so wie er sich zumindestens in der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg darstellt. Und wenn ich dann heute höre, daß 12 Prozent der in Berlin-Brandenburg tätigen Pastoren um Beurlaubung in bezug auf die Wahl 18.3. gebeten haben, dann ist das natürlich und wahrscheinlich überwiegend SPD-nahe, dann wirft das eben eine bestimmte Situation auf, wobei mich denn Anfeindungen aus den Weißenseer Blättern weniger berühren. Das will ich nun einmal sagen, das empfinde ich eher denn als Lob den als Anfeindung. Es ist doch schon geradezu an der Grenze des nicht mehr Zumutbaren, wenn sie meinen Äußerungen, die ich täte, zum Beispiel zum demokratischen Zentralismus und sage, dies war der genetische Schaden der vorangegangenen Zeit, dies als faschistoid abzutun, dann sollte man auf deren Methoden gucken, dann weiß man, wo was richtig angesiedelt ist.

Ich will trotz dieser Ausführungen zum Freund Abend noch etwas sagen zum Beitrag von Unionsfreund Wagner und auch eines weiteren zu Fragen Krippen, Kindergarten, Horte. Wenn die jetzige Haltung so ist, denn sollten wir uns vielmehr auch unter Beachtung unserer Forderung daß ein stärkeres Elternrecht gelten sollte, solche Dinge zueigen machen. Denn ich denke a) daß wir sehr genau hinsehen sollten und alle gemeinsam überlegen sollten, was wir denn an partiell oder manchen gar wirklichen Guten in die neue Zeit mit hinübernehmen können. Und ich weiß, daß viele bundesdeutsche Frauen sehr erstaunt und zum Teil bewundernd auf das flächendeckende Netz von Krippen blicken. Das hatte sicherlich in der Vergangenheit partiell eine anderee Motivation. Es ging um die Arbeitskraft Frau in der Industrie und man wollte darüber hinaus die stärkere Bindung des Kindes an staatliche gelenkte Erziehungsstrukturen usw. haben. Aber ob nicht in Zukunft auch im Interesse der Frauen es dringlich und dienlich ist, daß diese Einrichtungen erhalten bleiben, und selbst, wenn sie sich sagen, ich möchte um meinen beruflichen Anschluß wegen der Erziehung meines Kindes nicht völlig zu verpassen, verkürzt arbeiten, halbtags arbeiten,aber in der

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Zeit müssen auch Kinder versorgt werden. Ich denke, wir sollten sehr genau darüber nachdenken über das, was wir an Positivem und Richtigem aus unserer 40jährigen Entwicklung, die ja nicht nur Schlechtes gewesen sein kann, mit hinübernehmen können und auch da uns schützend vorstellen, auch mit Blick auf die besonderen Aufgaben und die besondere Stellung, die die Frau in der zukünftigen Gesellschaft meines Erachtens nach haben muß. Es wird sich in den nächsten Tagen, oder hat sich schon eine Frauenunion gebildet, deutsch-deutsch, die wohl antreten will unter dem Slogan "Ohne Frauen ist kein Staat zu machen", das ist glaube ich ein sehr netter und sehr richtiger Ausspruch

(Beifall)

und wir sollten auch vom Präsidium her nicht nur mit entsprechenden Hinweisen auf Abgeordneten, sondern auch auf notwendige andere, auf materielle Unterstützung diese Entwicklung uns besehen und beobachten. Wir müssen bloß sehen, wer dies tut. Ich habe da ein besonderes Problem. Ich komme gut bei Frauen an, unter 6 und über 60. Aber ich nehme an, daß gerade dies nicht die typischen Bilder dieser Union sind.

Pressedienst, täglicher Pressedienst, das war die Forderung mit Telex und jeden Tag tickern. Telex ist technisch außerordentlich schwierig und schlecht zu realisieren. Wir hören aber, daß in den Bezirken durch freundliche Unterstützung von Landesverbänden der Bundesrepublik zum Teil moderne Technik ist. Wer über Telefax schon verfügt, dem konnte dies relativ schnell und unkompliziert zugestellt werde und sollte sich deshalb mit dem Freund Lück in Verbindung setzen.

Gut, ich glaube, ich habe die wesentlichsten Punktedieser Diskussion, die waren, angesprochen. Wir werden nach der Pause zu den notwendigen Beschlußfassungen dann kommen.

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Vielen Dank. Ich bitte noch einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Ich glaube, Freund de Maizière, wir müssen im Zusammenhang mit der Nominierung, mit der förmlichen Nominierung der Kandidaten für den Volkskammer aus dem vorhin beschriebenen Grund, mußten wir dies ja von heute von der Tagesordnung absetzen, kommen wir nicht umhin, eine weitere Parteivorstandssitzung am 25. diesen Monats zu

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

machen. Das ist ein Sonntag, den wir an sich freilassen wollten für die Familie, für die Erholung und auch, weil es doch für uns ein geheiligter Tag ist. Und wir werden aber, weil der Sonnabend davor durch Landesparteitage und andere hochwichtige Dinge belegt ist, doch hier einmal eine Ausnahme machen müssen. Wir sind an den Zeitplan gebunden, der inzwischen durch Runden Tisch wie Volkskammer beschlossen ist. Dieser sieht vor, daß bis zum 28. diesen Monates die Vorschläge wahlkreisweise und in der gehörigen Reihenfolge einzureichen sind. Wir werden also am 25. diesen Monates darüber förmlich zu befinden haben, da die Satzung unserer Partei im § 9, Absatz 3 unter c) festlegt, daß dies Benennung der Kandidaten in die Volkskammer sowie Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten usw. durch den Parteivorstand erfolgen hat. Die Bezirke sind am Dienstag in der Dienstbesprechung in der jetzt vergangenen Woche entsprechend unterrichtet worden. Ich bitte um die entsprechend Unterstützung.

Unionsfreund de Maizière:
Dabei ist vielleicht noch zu beantworten die eine Frage, die ich vergessen habe, zu beantworten, wie das ist mit den Listen und mit den 80, 60 und 50 Prozent. Es gibt eine gesamte Landesliste und die Wahlkreisliste sind Ausschnitte aus derselben. Die Landes Liste setzt sich aus diesen zusammen. Es findet also Ausgleich über die gesamte Republik statt. Es wird nicht in den einzelnen Ländern nach den Porporzen der dort erreichten Stimmen verteilt.

Tagungsleiter Unionsfreund K i r c h n e r :
Wir treten jetzt in die Kaffeepause ein. Ich bitte, daß wir uns fünf nach 16.oo Uhr einfinden.

Tagungsleiter Unionsfreund de M a i z i è r e :
Liebe Freunde, ich bitte wieder Platz zu nehmen. Liebe Freunde, nehmen Sie bitte wieder Platz, damit wir fortfahren können. Und wenn wir dann noch die privaten Gespräche, die sicherlich wichtig sind, einstellen können, dann würde das sehr helfen. Zu Anfang noch eine Bemerkung, aufgreifend, daß was Dr. Obst zum CDJ gesagt hat. Ich denke, daß es eine Frage des Transportierens eines Beschlusses gewesen ist. Das Präsidium hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der Frage CDJ befaßt und hat beschlossen, den

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

CDJ erstmal zu begrüßen, daß er so existiert, wie er existiert und ihn als CDU-nahen Jugendverband zu begreifen und ihn auch in der notwendigen Weise zu unterstützen, soweit dies angesichts unserer auch materiellen Möglichkeiten möglich ist. Ich denke, auch, daß ich zum Beispiel in einen langen Diskussionsabend den CDU-Mitgliedern gezeigt habe, wie nahe mir diese Probleme sind, die dort besprochen werden. Also wir sollten dies auch noch einmal in geeigneter Weise öffentliche machen damit keine Irritaton aufkommen kann.

Zu der Reihe der abzuarbeitenden Beschlüsse:
1. Parteitag ja, nein mit dem alternativen Vorschlag, es müßte hier von Ihnen beschlossen werden, daß sie den Beschluß des Parteivorstandes vom 6.1.90, den Parteitag für die Tage 9./10.3. 1990 einzuberufen, aufheben. Ich habe die Gründe und Motive genannt, die das Präsidium bewogen haben, diesen Antrag einzubringen. Möchte dazu jemand sich äußern. Bitte.

(Zwischenruf: Wir fordern, nicht den Parteitag abzusetzen, sondern zu verkürzen, damit die Öffentlichkeit ... was wir wollen. .... und ob dann über ... informiert wird oder nicht, da denkt doch keiner dran. - Heiterkeit)

.Gut, also das sollte jeder bei seinen Meinungsäußerungen jetzt bedenken. Ich glaube nicht, daß wir mit unserer Satzung so stehend freihändig umgehen sollten und können und ich denke, daß also auch sehr gut zu vermitteln ist, daß wir eben keinen Parteitag acht Tage vor der Wahl machen, zumal den Parteitag, den die anderen Parteien beispielsweise die LDPD heute machen, bereits im Dezember hatten. Gut, also das war eine Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen.
Bitte Freund Dreßler.

Unionsfreund D r e ß l e r :
Zahlreiche Dresdner Freunde schlagen vor, daß der Parteitag nicht erst im Herbst stattfinden sollte, sondern im Zwischenraum zwischen 18. März und 6. 5. Grund: weil sicher die Länderreformen nicht Platz geben, oder die Landtagswahlen ..... kommen, sondern auch ganz einfach vor dem Volk und dann sind wir wieder in der Notlage, daß unser Parteitag wieder 10 oder 14 Tage vorher stattfindet.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Unionsfreund e M a i z i è r e :
Gut, aber das ein Beitrag zu einem anderen Thema. Die Frage lautete, Aufhebung Parteitag 9./10. Wann wir ihn dann machen, das bedürfte ja eines neuen, weiteren Beschlusses der Einberufung.
Bitte schön

Unionsfreund .....
Also ich bin der dafür, den Parteitag zu verschieden und dafür Großveranstaltungen im Rahmen . ..... zu betreiben. Das wir da, wo wirklich noch etwas rüberzu bringen ist, das auch tun.

Unionsfreund de M a i z i è r e :
Gut. Kurz hinter Freund Liwoski, ja.

.....

Es sollte ja bei der Einladungsliste, so wie sie für den Parteitag gedacht war, verbleiben und das beinhaltete natürlich auch das, was Sie eben anfragen, bloß wir müßten eben den Zeitpunkt ein kürzen, nicht für zwei Tage, sondern vielleicht anderthalb Tage oder ähnliches.

(Zwischenruf: Ja, ich würde dafür plädieren, beides zu machen, an einem tag einen Wahlkampfparteitag, in dem wir deutlich machen, welche ..... wir auf der Wahlkampfplattform. .... Das würde mit Sicherheit auch von der Medienwirksamkeit her den besten Erfolg haben.)

Ja, bloß was Sie uns anbieten, ist kein Parteitag. Ja, bloß wir müssen doch dazu stehen, daß wir gesagt haben, wir werden einen Programmparteitag haben, in dem ein Programm diskutiert und verabschiedet wird. Und genau das wird es nicht werden,so daß wir auch meiner Meinung nach der Redlichkeit wegen deutlich machen müssen, wir tun etwas anderes, als wir im Januar beschlossen haben, als wir von einem Wahltermin 6.Mai 9o ausgingen und nicht von einem Wahltermin 18.3. ausgingen.

(Zwischenruf: Ich gebe zu bedenken, daß ..... Argumeten der anderen Seite mit Sicherheit kommen wird, die CDU hat kein Programm, deshalb kann sie kein Parteitag machen)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Das werden wir dort vorstellen, was wir an Programm haben und ich denke, das wird auch deutlich werden. Die Grundwertekommission arbeitet und wird es bis dahin fertig habe. Sie wird es auch sicher vorher noch in den Zeitungen, in den Medien vorstellen. Am 25. wird es diskutiert werden und wird dann noch in entsprechender Weise rüberkommen, hoffe ich, und so daß also da kein Bruch entsteht und dieser Vorwurf nicht ist. Wir müssen allerdings mit der Tatsache leben, daß gleich, was wir im Moment auch tun, es immer Leute geben wird, die das interpretieren, so wie es ihnen paßt. Und wir müssen bloß sehen, wie wir ein gleiches tun mit dem, was die tun.

(Zwischenruf: Genau das hat mein Vorschlag, ein Tag Parteitag und ein Tag Wahlkundgebung besagen wollen)

Gut. Zur Geschäftsordnung.

(Zwischenruf: Unionsfreund ..... Ich denke, daß ich hier in den vielen .... es muß zur Debatte stehen ..... die Alternativen nicht ganz korrekt ..... das nach meinem Kenntnisstand doch in einer Volksfestmischform am Vormittag meinetwegen Referat und Erklärung .....)

Gut, ich würde folgende Vorgehensweise vorschlage, ich gehe davon aus, daß der weitestgehende Antrag der ist, kein Parteitag. Der zweite, der weniger weitgehende, derjenige ist, eine Mischform Parteitag mit Volksfest gekoppelt und der wenigst weitgehende der ist, reine Wahlkampfveranstaltung und nach unser Geschäftsordnung müssen wir über den weitesgehenden zuerst abstimmen. Insofern stelle ich jetzt die Frage, wer dafür ist, den Beschluß vom 6.1. 199o, einen Parteitag am 9. und 10. 3.199o durchzuführen, aufzuheben, wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.
Ich nehme an, daß wir das als deutliche Mehrheit könnten. Machen wir die Gegenprobe, wer ist gegen Aufhebung des Beschlusses, 2 Gegenstimmen. Enthaltungen - 2 Enthaltungen, 3 Enthaltungen. Ich gehe damit davon aus, daß eine Durchführung eines Parteitages über zwei Tage in der bisher vorgesehenen Weise nicht vorgesehen ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Wer ist für den alternativen Vorschlag, eine Mischform Parteitag und Volksfest, um es einmal abgekürzt zu sagen, der möge jetzt sich melden. Wer ist für diese

Geschäftsordnungsantrag, bitte

(Zwischenruf: Unionsfreund ..... Wir haben jetzt gerade beschlossen, den Parteitag nicht in Mischofrm durchzuführen.)

Ja, wir hatten aber vorher ohne Widerspruch gemeint, wir wollten über die drei möglichen Varianten abstimmen. Erste absolute Aufhebung, zweite war Mischform, dritte war reine Wahlkampfgeschichte. Und ich möchte annehmen, das wir es nun auch so halten müßten, denn es könnte ja im ersten Abstimmungsvorgang eben unter Beachtung der beiden weiteren angebotenen Möglichkeiten, denn es könnte ja im ersten Abstimmungsvorgang eben unter Beachtung der beiden weiteren angebotenen Möglichkeiten sich einer entschieden haben, wie er sich entschieden hat. Ansonsten müssen wir das ganze noch einmal von vorne beginnen. Gut, ja. Gut.

Also, zweiter Gang. Wer für die Mischform ist, die ich jetzt nicht mehr näher beschreiben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. 6 dafür, wer ist dagegen, das dürfte die deutliche Mehrheit sein, zumindest gegenüber den sechsen. Enthaltungen: Zählen wir die Enthaltungen, bitte - 7 Enthalten. Damit gehe ich dasvon aus, daß die dritte Form, eh, die zweite Form, Mischform, nicht mehrheitsfähig geworden ist.
Wer dafür ist, daß wir anstelle dieser beiden genannten Varianten, ja, es können ja auch welche sein, die sagen, wir machen gar nichts, gut, wer dafür ist, daß wir also daraus eine Wahlkampfveransstaltung mit internationalen Gästen machen, in der die Partei sich, wie vorhin vorgeschlagen, präsentiert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen: Danke, das ist glaube ich auch die deutliche Mehrheit. Gegenstimmen, keine Gegenstimmen; Enthaltungen - 3. Damit ist mit großer Mehrheit angenommen eine Vorgehensweise, wie vorhin angeboten.

Danke schön.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Zweitens: Ich hatte Ihnen vorgeschlagen,
(Zwischenruf: welchen Tag wäre das:
10.3. würde verbleiben)
die Grundwertekommission heute hier zu bestätigen und zu beauftragen, weiterzuarbeiten und das Recht zu haben, die der Kommission geeignete Mitglieder zu kooptieren bis zu einem noch zu benennenden Parteitag, der dann eine ständige Grundwertekommission bestimmen und wählen müßte. Zunächst die Frage, können wir über a) Weiterbestand und b) Recht der Kooption zusammen abstimmen, oder soll es getrennte Abstimmungen geben. Ich frage jetzt in der Weise, ich sage erhebt sich Widerspruch gegen ein einheitliches Vorgehen. Dies ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Frage zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Unionsfreunde, die sich in der Grundwertekommission, die gegenwärtig arbeitet, befindet, weiterarbeiten sollen, bis zu einem Parteitag und das Recht haben, geeignete Unionsfreunde zu kooptieren, den bitte ich um das Handzeichen.
Das ist eine, nehme ich an, große Mehrheit. Wer ist dagegen. Keiner. Wer enthält sich der Stimme, ebenfalls keiner, so daß ich feststellen kann, daß dieses Vorgehen einstimmig beschlossen ist . Zu dieser, richtiger Hinweis eben noch, zu dieser Großveranstaltung am 10.3, so wie eben beschlossen, werden wir die als Parteitagsdelegierten gewählten Unionsfreund einladen, landesweit. Dies wird meiner Meinung nach auch bei denen, die dann kommen mehr Verständnis finden, als wenn wir sie nun kurzer Hand auslden würden. und außerdem glaube ich, daß sie dann doch auch das inhaltlich mitnehmen und vor Ort noch in die letzte Phase des Wahlkampfes einbringen können, was dort gesagt worden ist. Richtig, wir hatten ja beschlossen, den Parteitag unter Erhebung von Gebühren zu machen. Da das nun ein Tag ist, Übernachtungskosten nicht anfallen. Zum Zwecke der Vermeidung jeden Ärgernisses bin ich der Meinung, sollten wir so verfahren, daß wir die Gebühren nicht erheben.

Es gibt, Freunde, zwei Anträge hier, die inhaltlich das gleiche
(Zwischenruf: Antrag zur Geschäftsordnung. Ja, bitte.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Mir scheint hier etwas unklar. Was sollen wir denn eigentlich, wir wählen doch da keine Parteitagsdelegierten mehr)

Ach so, bei Ihnen steht das noch auch. Sie sollten dann eben entsprechend dem Proporz Unionsfreunde bestimmen, die an dieser zentralen Veranstaltung teilnehmen.Und das kann vielleicht dann auch ein bißchen weniger spannend und muß nicht unbedingt mit Urne geschehen. Aber ich weiß es nicht.

(Unruhe im Saal: Freund Ehrich ist anderer Auffassung.
Freund Ehrich: Ich würde vorschlagen, trotzdem einen Delegierten zu wählen, denn - richtig - wenn dieser Parteitag kommt, dann brauch wir ....)

Richtig, das ist ein rationelles Vorgehen. Dem würde ich sofort auf Anhieb zustimmen. Ich habe es nicht bedacht. Der Parteitag wird ja nachgeholt werden müssen, zu einem Termin, den wir möglicherweise auf dem nächsten Parteivorstand am 25. beschließen können. Ob es ein solcher Termin ist, wie Freund Dreßler meint, der zwischen den beiden Wahlen liegt, oder einer, der danach liegt, das müssen wir uns noch überlegen. Sie sollten daher die Delegierten, die Delegierung abschließen, damit dann klar ist, daß Und das hieße dann allerdings auch, daß in Sachsen so gewählt werden müsste mit dem Hinweis, daß mit dem Mandat verbunden ist einmal das Recht der Teilnahme an dieser Großveranstaltung und zum zweiten Delegation zum Parteitag.

Nächster Punkt. Wir haben zwei .....

Nochmal eine Anfrage, ja gut Geschäftsordnung.
(Zwischenruf: Da sich das Datum des Parteitages geändert hat, würde ich auch darüber beschließen, ob der Ort noch der richtige ist. Eine Wahlkampfveranstaltung wäre vielleicht günstiger im Süden der DDR.)

Gut. Nun kann man natürlich zwei Kriterien haben für den Ort einer Wahlkampfveranstaltung oder einer zentralen Veranstaltung. Der eine könnte sein, daß man dort hin geht, wo man meint, besonders viele STimmen zu bekommen oder der andere könnte sein, man geht dorthin, wo die Wahl möglicherweise für uns am schwierigsten ist. Und das dürfte ich, glaube ich, in Berlin doch eindeutig mit

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

sein, so daß ich von daher, dem das Pre geben wollte, und das zweite ist, es ist der Ort und Raum usw. vertraglich gebunden, ob uns das gelingt in der Kürze der Zeit nun noch im Süden, einen solchen Veranstaltungsort zu finden, wage ich zu bezweifeln Und das nächste ist, daß wahrscheinlich in Berlin am leichteste die geeignete Medienbeteiligung zu erwarten ist und zu erlangen ist, so daß das auch dafür spricht, es bei Berlin zu belassen. Die Frage ist, sie haben dieses eben als Geschäftsordnungsantrag eingebracht, wenn sie für einen anderen Ort wären, müssten sie dies als Sachantrag einbringen, damit darüber in der Sache entschieden werden kann. Wollen Sie einen solchen Sachantrag stellen, dann müßten Sie dies tun und i n der von der Satzung vorgegebenen Geschäftsordnung vorgegebenen Weise in schriftlicher Form. Wenn Sie es nur als Anregung sagen, glaube ich, das da keine Abstimmung vonnöten ist.

Wir haben zwei vom inhaltlichen Anliegen gleichlautende Anträge, die sich damit befassen, ob und unter welchen Voraussetzungen ehemaligen Mitgliedern der SED/PDS oder PDS Aufnahme in die CDU möglich ist. Einer ist von Unionsfreund Nietzsch, der lautet, § 2, Ziffer 1 der Satzung sei zu ergänzen durch den Buchstaben e) Mindest zwei Jahre vor der Antragstellung keiner Partei angehörte, deren demokratischer Charakter zweifelhaft war bzw. ist, war die eine Formulierung. Und der zweite Antrag mit gleichen Anliegen vom Freund Bierling lautet: Der Parteitvorstand möge beschließen, ehemalige Mitglieder der SED, der SED/PDS und der PDS, die ihre Partei erst nach dem 7. Oktober 1989 verlassen haben, werden bis zu einer neuen Entscheidung des Parteivorstandes nicht in die CDU aufgenommen. Für bereits aufgenommene Mitglieder aus diesem Personenekreis ruht die Mitgliedschaft bis zur Entscheidung des Parteivorstandes. Neua ufnahmen, bei denen die Rxx-f frühere Mitgliedschaft in der SED oder einer Nachfolgepartei verschwiegen wurde, sind ungültig. Dies ungültig würde ich dann lieber durch nichtig ersetzen wollen, weil das die zutreffende Bezeichnung ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Sie sehen, daß beide Anträge den gleichen Inhalt verfolgen. Ich halte aber den zweiten Antrag so nicht für machbar, weil es auf eine Satzungsänderung hinausläuft. Und die Satzung ist vom Parteitag beschlossen und kann auch nur durch diesen verändert werden. Ich denke, daher, daß der Freund Mietzsch so freundlich sein sollte, diesen Antrag zurückzuziehen oder zurückzunehmen, weil sein Anliegen ja in dem anderen Antrag in gleicher Weise aufgehoben ist. Könnte er sich dazu entschließen, wenn nicht müssen wir ihm nämlich sagen, müssen wir empfehlen, ihn abzulehnen und das könnte doch nicht das gewollte sein.

Sie ziehen beide zurück, gut.
Darf ich sie beiseite legen.

Zu dem Antrag, der hier eben von mir verlesen ist, daß also Mitgliedschaft, wer erst nach dem 7. Oktober 89 verlassen hat die Partei oder bereits aufgenommene Mitglieder aus diesem Personenkreis bis zu einem nächsten Parteivorstandsbeschluß ruht und daß bei denen, die das verschwiegen haben, die Mitgliedschaft gar nichtig ist. Wünscht jemand daszu das Wort oder wollen wir gleich in das Abstimmungsverfahren eintreten.

Eine Wortmeldung bitte schön.

(Zwischenruf: Ich bin dagegen. Ich bin der Meinung, das sollten wir den Ortsverbänden überlassen ..... Ich glaube, die Freunde draußen wissen am besten, wen sie aufnehmen können oder nicht.)

Ich sehe zwar auch nicht unbedingt, daß unsere Partei völlig unterlaufen werden könnte, aber dennoch, ja, bitte.

(Zwischenruf: ..... andere Stimmen mit Mikrophon .....)

Ich habe das nicht verstanden, akustisch.

(Ich sage, wir müssten dann aber auch unser Auftreten in der Presse und inder Öffentlichkeit hinsichtlich der SPD sofort ändern. Dann können wir die Argumentation nicht weiter betreiben, wir wir jetzt gegen die SPD argumentieren.)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Freund Lück, Freund Ehrich, Freund Stoerck und dann dort hinten links.

Freund Lück:
Ein solcher Beschluß erweckt den Eindruck, als hätten wir es nötig.

Freund Ehrich:
Ich sehe in diesem Beschluß natürlich auch eine Hilfe und auch eine Unterstützung unserer Ortsgruppen, die doch einen klaren Hinweis haben. Ich sehe es nicht als Reglementierung, ich finde diesen Beschluß für gut. Ich würde ihn empfehlen anzunehmen.

Freund Stoerck:
Wir sind ja gegen das massenweise Übertreten von der SED in die SPD. Aber sind wir für das pauschale Verteufeln dieser ganzen Partei. Wir müssen immer den einzelnen sehen und den einzelnen kann nur der Ortsverband sehen

(Beifall)

Wir müssen bedenken,daß viele Menschen in ihrer Schwäche erpreßt worden sind, diesen SChritt zu gehen aus der sozialen Sicherheit. Und jetzt aus dem sicheren Stand, den wir haben, sollten wir .....

Gut. Freund Sladeczek, Freund Mietzsch, dann sie und dann dort.

Freund Sladeczek. Ich würde gegen diesen Beschluß sein, eine zweijährige Karenzzeit einzuführen, aber ich würde sagen, wir sollten eine Empfehlung an die Kreisvorstände und Ortsvorstände geben, eben sehr sorgfältig zu prüfen und zu entscheiden, ob er wir ihn positiv bescheiden oder nicht.

Gut. Freund Sladeczek, würden Sie dies in Form eines Antrages kleiden, der Parteivorstand möge beschließen: Es wird eine Empfehlung an die Kreisvorstände der und der Art gegeben. Dann müßte ich nachher die beiden Anträge nach dem weitergehenden und dem weniger weitergehenden zur Abstimmung stellen.

Freund Mietzsch war dann, dann dort links und dann dort.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Ich sehe das genau so wie das der Freund Stoerck sieht, menschlich ist die Entscheidung so zu treffen und nicht anders. Aber wir haben als Partei nicht menschlich, sondern .....

/Gelächter)

wir müssen politisch denken. Jeder einzelne, der bekannt wird in unserer Partei, der richtet einen Riesenschaden an.Das können wir dann mit diesen Argumenten, die auf den einzelnen zutreffen, nicht aus der Welt räumen. Sie stehen dann Jahre im Raum und wir können nicht mehr anders argumentierten.

(Unruhe im Saal)

Unionsfreund .....
Herr Vorsitzender, Antrag zur ....., ich habe einen Alternativantrag zum Ausdruck gebracht .....

Vorsitzender, Unionsfreund de M a i z i e re :
Ja, bloß den hatten Sie ja zurückgenommen.
Bitte.

Ehemal.iger Mitglieder der SED ..... des Atheismus, des Bekenntnisses zum Marxismus-Leninismus und wenn sie jetzt wieder umschwenken, sind es für mich Wendehälse. Für mich kommt persönlich nicht infrage der Mitgliedschaft eines Genossen, dann trete ich aus aus dieser Partei. Klar und deutlich.

Ich höre eben von Freund Kirchner, das ist vielleicht kein falscher Hinweis, wir haben Fälle von ausgetretenen SED-Mitgliedern, die in die Kirche eintreten und danach in unsere Partei. Und wenn wir das Wort Umkehr nicht mehr gelten lassen wollen, dann müssen wir es auch sagen.

(Beifall)

Bitte schön.

Ich möchte darauf hinweisen, daß man villeicht keine Zwei-Jahres-Frist ...., sondern ..... bis zu einem Parteivorstand dargestellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Diesen Entscheidung kann, na sagen wir mal, am 10. Mai, so macht es die SPD, oder Juni, deshalb habe ich das so formuliert,

Unionsfreund de M ai z i e r e :

Bis zu einer neuen Entscheidung, die Zwei-Jahres-Frist war in dem zurückgenommenen Antrag von Freund Nietzsch.

Bitte Schön:

Unionsfreund .....
Ich denke, dieser Vorstand ist angetreten unter der Maßgabe, daß die Basis das Sagen hat. Deshalb sollte man dort auch die Entscheidung treffen..

Unionsfreund de M a i z i e r e :
Und wie soll das aussehen?
Meinen Sie, der Vorstand repräsentiert nicht die Basis.

Unionsfreund .....
Nein, ich möchte nur zum Ausdruck bringen, daß die Entscheidung der Ortsvorstand zu fällen hat, wir können nur die Empfehlung geben.

Unionsfeund de M a i z i e r e :
Gut. Ja. Ist der gestellt.

(Unruhe im Saal)

Bitte schön, und wir sollten dann überlegen, ob es noch maßgebliche Sachargumente gibt.

Unionsfreund .....
Ich habe ja meinen Antrag schon ..... Aber an der Stelle möchte ich noch einmal sagen: Worum geht es, doch darum, daß selbstverständlich Ortsgruppen entscheiden. Wir müssen in der gegenwärtigen Phase damit rechnen, die OG A hält den ehemaligen Genossen für durchaus integer .....

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Unionsfreund de M a i z i e r e :

Gut, Freunde, ich gebe zu bedenken, daß ich glaube, daß alle Argumente Für und Wider ausgetauscht sind. Wer unter diesem Aspekt meint, nun noch einen ganz neuen und heißen Aspekt zu sehen, der sollte sich weiterhin melden. Und ich sehe noch immer eine Wortmeldung.

(Zwischenruf)

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich halte es eigentlich nicht für besonders Typisch, daß das passieren könnte, aber ich nehme an, daß die Antragsteller solche Erfahrungen gemacht haben, sonst hätten sie wohl keine Notwendigkeit für eine Antragstellung gesehen.

Bitte, ja.

(Zwischenruf ...?)

Gut, die Geschäftsordnungsmeldung zunächst bitte.

(Zwischenruf)
Schluß der Debatte.

(Beifall)

Wer würde sich diesem Antrag, Schluß der Debatte, anschließen? Das ist eine deutliche Mehrheit. Wer ist dagegen, keiner. Enthaltungen, 2 oder 3. Gut.
Ich denke, wir haben also diese Frage ausreichend ventiliert, wenn ich es einmal so sagen darf. Ich lese noch einmal beide Anträge, die jetzt vorliegen, vor und zugleich mit der von mir vor vernommenen Bewertung, welches der weitergehende Antrag ist.

Der als weitergehend anzusehende Antrag lautet:
Der Parteivorstand möge beschließen, ehemaligen Mitgliedern der SED, der SED/PDS und der PDS, die ihre Partei erst nach dem 7. Oktober 1989 verlassen haben, werden bis zu einer neuen Entscheidung des Parteivorstandes nicht in die CDU aufgenommen. Für bereits aufgenommene Mitglieder aus diesem Personenkreis ruht die Mitgliedschaft bis zur Entschließung des Parteivorstandes, Neuaufnahmen, bei denen die frühere Mitgliedschaft in der SED

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

oder einer Nachfolgepartei verschwiegen wurde, sind nichtig. Auf diese redaktionelle Veränderungen hatten wir uns, glaube ich, verständigt.

Und der weniger weitgehende Antrag von Freund Sladeczeck: Der Parteivorstand möge beschließen, den Kreisvortänden und Ortsgruppenvorständen wird die Empfehlung gegeben, den Eintritt ehemaliger SED-Mitglieder besonders sorgfältig zu prüfen.

Entsprechend der Geschäftsordnung ist über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen. Wer für diese weitergehende, und ich sage jetzt, härtere Regelung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das bitte ich genau auszuzählen - 17
Gegenstimmen: 44 - und Enthaltungen: 13

Wir müssen den gesamten Abstimmungsvorgang wiederholen und ich bitte jetzt, ausdrücklich, bis zum Endergebnis der Auszählung das was man nun für seine Meinung hält, auch weiterhin deutlich sichtbar zu machen. Dieses so halbhoch, was wir aus der Vergangenheit kennen, wollen wir gleich in dieser Frage vermeiden.

Zur Geschäftsordnung Freund Schrimpf.
.....

Wir haben es zumindest nicht ausgeschlossen. Ich habe allerdings zu Beginn unserer Beratung den Hinweis gegeben, daß wir darüber nachdenken sollten, was wir öffentlich sagen, auch verantwortlich zureden.
(Unruhe im Saal)

Freund Schrimpf, nachdem wir in dieser FRAGE schon abgestimmt haben mit allerdings unklaren Ergebnis nun die Öffentlichkeit auszuschließen halte ich für außerordentlich beschwerlich. Ich denke, Sie sollten überlegen, ob Sie an diesem Antrag festhalten wollen und andererseits sollten wir wissen, daß wir eben auch über eine sehr ernste und wichtige Frage hier abstimmen und daß wir dies also auch in unserer Entscheidung und bei dem Verhalten bei der Entscheidung deutlich machen. Und wenn solche Hinweise gegeben werden, kann man vielleicht auch in der richtigen Weise zuhören.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi

Freund Schrimpf, bleiben Sie bei Ihrem Antrag

(Zwischenruf: ich ziehe ihn zurcük und bitte dann, benehmt Euch doch anders)

(Gelächter und Beifall)

Ich merke immer wieder, daß das Wort des Pastoren wesentlich mehr gilt als das des Juristen. Das ist auch richtig so, zumindest in der CDU ist das richtig.

Und nun wollen wir in allem Ernst diese Abstimmung wiederholen. Wir stimmen über den weitergehenden Antrag ab, der da lautet keine MItgliedschaft bis zu einer anderen Entscheidung durch den Parteivorstand, ruhen sofern bereits geschehen und Nichtigkeit für den Fall des Verschweigens. Wer für diese weitergehende Regelung ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen, undzwar solang, bis mir das Ergebnis mitgeteilt ist: Dafür - 28, jetzt Gegenstimmen:25 13 Enthaltung. Der Antrag ist mit 28, gegen 25 bei 13 Enthaltungen durchgekommen, so daß sich die Abstimmung über den weniger weitgehenden Antrag damit erübrigt.

(Beifall)

Der nächste Antrag, über den wir zu befinden haben, war der Antrag von Freund Riedinger. Sie entsinnen sich, die schrittweise Einführung einer Währungsunion 1.4, 1.7., 1.10. 1.1.91. Ich hatte meine Meinung dazu gesagt, aber das muß keine maßgebliche sein. Wer möchte zu diesem Antrag sich äußern.

Freund Engel.

Unionsfreund E n g e l :

Ich glaube der Antrag, den der Freund .... eingebracht hat zur Sitzung des Runden Tisches zur Währung .....

Unionsfreund de M a i z i e r e :
Es geht also Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Das ist glaube ich, doch noch etwas anders zu sehen. Ich denke, wir sollten hier über diese Frage schon befinden. Es sei denn, der den

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

thi
xAntrag einbringende Freunde könnte sich entschließen angesichts der Tatsache, daß auf sehr viel höherer Ebene als wir sie im Moment darstellen, über diese Frage verhandelt und entschieden werden wird, den Antrag zurückzunehmen.

(Zwischenruf .....)

Ist klar, oder in geeigneter Weise anders unser Anliegen transportiert wird. Danke.

Der nächste Antrag lautete:
In Vorbereitung der Regierungsverantwortung und zur Koordinierung der Arbeit der CDU in Deutschland wird die Bildung gemeinsamer Parteiausschüsse vorgeschlagen mit dem Ziel, die von der Bundesregierung eingeleiteten Initiativen zur deutschen Einheit zu unterstützen. und die Umsetzung zu sichern.
Nun meine ich, daß die Bildung gemeinsamer Ausschüsse nicht nur von uns entschieden werden kann. Wir könnten also diesen Antrag nur so verstehen, daß wir sagen, wir erklären die Bereitschaft, an so zu bildenden Ausschüssen teilzunehmen, also ich würde diese Modifikation schon vorschlagen wollen. Ich weiß nicht mehr, Freund Krause war es wohl, der den Antrag einbrachte. Einverstanden, ja. Gut.

(Zwischenruf Freund Stoerck: Es nicht eben genannt worden, wieviel stimmberechtigte Mitglieder haben wir derzeit im Vorstand.)

Unionsfreund K i r c h n e r :
Also, da schlage ich vor, da gibt es ja so ein schönes Spiel, daß man es exakt sagen kann oder hat man eine Nummerierung auf der Liste. Das ist das schönste Spiel, von in den Synoden immer das Durchzählen, weil ja auch eine ganze Reihe nichtstimmberechtigter hier sitzen. Wir fangen mal hier an - durchzählen - ein, zwei, drei, vier , fünf, sechs, sieben, acht,neun-----
Moment, Augenblick mal, die Bezirksvorsitzenden sind nichtstimmberechtigte Mitglieder. (Unruhe im Saal) Er ist Mitglied des Vorstandes. Entschuldigung, also weiter.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

de Maizière :

Wird noch gezählt? Oder sind wir bei einer Zahl angelangt, wo man nicht mehr weiterzählen kann?

Kirchner:

Der Freund Niggemeier wußte nicht, daß er auch Mitglied des Parteivorstandes ist. Er kommt noch dazu. Es sind also 66.

de Maizière:

Es sind also 66.
Liebe Unionsfreunde. Ich muß wirklich unsere Fähigkeit, bis 66 zu zählen bewundern. Bei dem Beschluß, den wir eben gefaßt hatten mit 28, 25, 13 ergibt sich in somit 66. So daß das also auch denkungsgleich ist. (Gelächter)
Die Reihenfolge der Behandlung der Gegenstände bestimmt das Tagungspräsidium.
Ich hatte zur Diskussion gestellt, den Antrag, daß von uns eine Empfehlung beschlossen wird, gemeinsame Ausschüsse der Bundes-CDU und unserer CDU zu bilden. Wer wünscht dazu das Wort?
Dies ist nicht der Fall, daß sich jemand meldet. Wer ist dafür, daß das präsidium dies aufgreift und entsprechende Angebote unter breitet und in die Vertragsverhandlungen eintritt, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die übergroße Mehrheit.
Gegenstimmen - keine. Enthaltungen - ebenfalls keine. Einstimmig angenommen.
Wie in alten Zeiten.
Der nächste Antrag. Ebenfalls hier vorzutragen noch einmal.
Der Parteivorstand empfiehlt der Volkskammerfraktion gegen den Entwurf des Gewerksschaftsgesetztes vom FDGB aufzutreten. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort?

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Freund Lück:

Lück:

Ich möchte dies unterstützen auch unter dem Eindruck von Gesprächen mit der katholischen Kirche - sprach ich gestern mit der ...?, die das auch sehr beschwerlich finden. Diese anspruchsvollen Entwicklungen - nichts gegen die Gewerkschaften - aber diese Vorstellungen, daß hier eine quasi staatliche ...?-mitgliedschaft

de Maiziere:

Ja. Ich denke, wenn wir das tun, dann sollten wir auch sachlich argumentieren in dem wir sagen: Was benötigt wird, ist ein Betriebsverfassungsgesetz und ein Gewerkschaftsgesetz und das dieses sinnvollerweise nur im Paket beschlossen werden kann, damit man weiß, welche Befugnisse wo angesiedelt und welche nicht angesiedelt sind. (Beifall)
Aber das wäre ja nur eine Argumentationshilfe. Der Antrag lautet eben dagegen aufzutreten. Wir wissen und bedenken dabei, daß natürlich die Fraktion frei in ihren Entscheidungen ist, da es sich um Abgeordnete handelt, die ihren Wählern und ihrem Gewissen verpflichtet sind und nicht einem Parteivorstand verpflichtet sein können. Dennoch kann der Parteivorstand empfehlend wirken.
Ich sehe noch eine Wortmeldung zu dieser Empfehlung. Bitteschön.

auch Antragsteller:

Ich habe das auch deswegen formuliert, ...? Das habe ich auch unterstrichen, wegen de Verhältnisse der Volkskammer?
- unverständlich -

de Maiziere:

Entscheidend ist, ob es zur Lesung kommt eine Entscheidung des Präsidiums der Volkskammer und sie können sich die Mehrheitsverhältnisse dort wohl ausrechnen. So daß also m. E. nach das

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

öffentliche Auftreten gegen ein solches Gesetz vor der Öffentlichkeit der Volkskammer und die notwendige Entscheidung damit wesentlicher ist. Und wie es dann gesehen wird, werden wir sehen. Bitteschön.

Antragsteller?

Ich halte aber in der Argumentation? Ich bin auch dafür, daß wir in Sinne der Gegendarstellung bestimmen, daß wir das aber in Wechselwirkung tun und nicht nur sagen, was wir nicht wollen, sondern mit konstruktiven Gegenvorschlägen kommen. Das wir nicht wieder in den Ruf kommen, wir sind bloß immer dagegen und lehnen ab ... (unverständlich) Das Gewerkschaftsgesetz wird von der Bevölkerung so dringend gefordert, daß wir also wenigstens mit etwas Konstruktiven an der statt kommen müßten. (Beifall)

de Maiziere:

Das ist richtig. Bloß ich denke, das wird dem Fraktionsvorstand überlassen bleiben, zu sagen, wer dieser Empfehlung folgt und mit welchen Argumenten es dann vorgetragen wird. Außerdem hatten wir eben gesagt, wir können nur empfehlen. Ob sich die Fraktion nun überhaupt in dieser ... Gut.
Wünscht noch jemand das Wort oder können wir diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Keine Wortmeldung mehr. Wer für diese Empfehlung an die Volkskammerfraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist mehrheitlich. Gegenstimmen: keine. Enthaltungen: (unklar). Die Empfehlung ist so beschlossen: Mehrheitlich, keine Gegenstimme. Vier Enthaltungen
Der nächste Antrag ist schwerer zu lesen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Der Parteivorstand beschließt folgende Wahlaussage. Alle Generaldirektoren und vergleichbare Leiter, die in der SEDÄra eingesetzt wurden, werden abberufen und arbeiten vorrübergehend geschäftsführend. Sie können sich ebenso wie andere Fachleute neu bewerben. Von einer kompetenten Kommission unster demokratsicher Mitwirkung der Belegschaften wird ausschließlich nach Kriterien der Qualifizierung und Leistung ein Leiter berufen. Wer wünscht zu diesem Antrag, der da letztendlich kein

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Sachantrag ist - wir sollten eine Wahlaussage treffen - Das Wort zunächst - Geschäftsordnungsantrag - Freund Stoerk.

Stoerk:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es ein so schwerwiegender Antrag ist, daß dazu eine Kommission nötig ist. Ich möchte dazu nicht einfach so pauschal sagen, alle müssen weg. Man müßte das richtig gründliche überdenken und dann dem Vorstand in einer Woche wieder vortragen.

de Maiziere:

Ich darf dies als Geschäftsordnungsantrag ansehen. Der sagt Überweisung an:
An wen? Sollte die Grundwertekommission sich damit befassen oder wer?
Freund Sladezek.

Sladezek:

Am Donnerstag tagt die Arbeitsgemeinschaft Industrie/Bauwesen. Da wird das behandelt und dazu Stellungnahmen abgegeben.

[illegible]

Unionsfreund?

unverständlich. aber eine Aussage gegen den o. g. Antrag.
(schwerwiegende Einmischung in Angelegenheiten der Betriebe)

Lück:

Einen Satz gegen den Antrag. Ich denke er wird sich erledigen in dem Maße wo die Betriebe ... ?
(Beifall)

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

weiterer Antragsteller:

Es ist doch Tatasache, daß unter den vorhin geschilderten Kriterien weitgehend die Leiter aller möglichen Ebenen mitgewählt (?) wurden. Das die nicht legitimiert sind jetzt beispeilsweise in Vertretung ausländischer ... zu handeln ..... Sie müssen alle zunächst in Frage gestellt werden und der Antrag sagt ja auch aus, daß die sich auch alle neu bewerben können. Aber dann ist erst einmal die Legitimation für sie geschaffen.

de Maiziere:

Bloß die Frage ist, durch wen soll sie denn geschaffen werden und ich gehe ja immer davon aus, daß der Geschäftsordnungsantrag war gestellt worden. Und Geschäftsordnungsanträge sind vor Sachanträgen zu beschließen. Und der Geschäftsordnungsantrag lautete: Verweisung an eine geeignete Arbeitsgemeinschaft oder Kommission,und wir haben gehört, daß die Arbeitsgemeinschaft Industrie/Bauwesen tagen wird und ein geeignetes Arbeitsgremium sein könnte.
Sachmeldungen jetzt nicht mehr.
Wir könnten jetzt zum Geschäftsordnungsantrag noch ein für und ein wider sprechen und dann müßten wir abstimmen.
Geschäftsordnungsantrag:
- Unionsfreund gegen Geschäftsordnungsantrag - unverständlich -

Gut. Sie haben also gegen diesen Geschäftsordnungsantrag gesprochen.
Wer möchte für ihn sprechen. Es muß die Möglichkeit sein, daß jemand für den Geschäftsordnungantrag noch spricht. Das ist nicht der Fall. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu, daß dieser Sachantrag an die Arbeitsgemeinschaft Industrie/Bauwesen überwiesen wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Für die Überweisung 35. Wer ist gegen die Überweisung? 14.
Die Enthaltungen - mal sehen, ob wieder 66 'rauskommen.
Das ist so eine Sache mit der Mathematik.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Liebe Unionsfreunde. Wir kommen zu einem Antrag, der mir hier vorliegt von Herrn Dr. Werner Thomas, Mitglied des Parteivorstandes, der aber heute nicht anwesend ist und telefonisch einen Antrag durchgegeben hat. Ich halte dies für nicht zulässig. Denn da könnte möglicherweise ein jeder mal anrufen und Anträge hier loswerden und wir lassen uns dann hier in Beschlüsse hineintreiben. Ich bin schon der Überzeugung, daß er vom Sachanliegen sicherlich von ihm kommen wird, aber wir müssen uns über die Art und Weise verständigen. Erhebt sich Widerspruch gegen meine Auffassung, daß ein telefonisch gestellter Antrag eines an sich Antragsberechtigten nicht Verhandlungsgegenstand sein kann?

Es erhebt sich keinxx Widerspruch. Wir legen ihn damit beiseite. Ich will bloß folgendes sagen. Er spricht sich aus im Wahlgesetz gegen eine bestimmte Passage im Paragraphen 42 nämlich gegen das sogenannte Imperative Mandat.Im jetztigen Wahlgesetzentwurf heißt es: Wenn ein Abgeordneter während der Wahlperiode die Partei wechselt, fiele das Mandat an die Partei zurück. Dagegen wird sich die CDU auch aussprechen, denn ein Abgeordneter - wie eben gesagt - ist seinem Gewissen und seinen Wählern verpflichtet und nicht einer Partei. Und wir werden nicht hinnehmen können, daß in einem Wahlgesetz festgeschrieben wird, daß die Diktatur der Partei durch die Diktatur der Parteien ersetzt wird.

Wir werden es der Arbeitsgruppe Wahlgesetz zuleiten, damit wir damit vielleicht doch vom inhaltlichen her umgehen können.

Wir hatten vorhin zur Abstimmung bzw. in die Diskussion gebracht die Anregung an den Runden Tisch von uns ein gesamtdeutschen Runden Tisch zur Bildung einer Wirtschafts-/Währungs- und Sozialunion zu bilden und dieser Vorschlag, der hier ist lautet dahingehend, daß alle derzeit am Runden Tisch beteiligten plus Regierungsvertreter verhandeln sollten. Es wären aber auch Modifikationen denkbar. Ich stelle den Antrag im ganzen zur Aussprache und bitte ums Wort.
Freund Lück, Freund Ehrich.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Lück:

Ich möchte energisch dagegensprechen. Erstens: In der Bundesrepublik gibt es eine funktionstüchtige demokratische Regierung und also überhaupt gar kein Grund für einen Runden Tisch. Nach meinem ~~dafürhalten~~ Verständnis ist Runder Tisch nur dann sinnvoll, wenn ...? , damit eine demokratische Regierung kommt.
Wir sind mit unserem Runden Tisch - als zweites Argument - genau auf diesem Wege, daß der Runde Tisch hoffentlich sich erledigt, überflüssig wird. Wir haben jetzt schon die Vertreter des Runden Tisches in der Regierung, die alle mit nach Bonn reisen usw.
Also ich finde diesen Gedanken mit diesem Gesamtdeutschen Runden Tisch - ich halte ihn nicht für sinnvoll.

de Maiziere:

Danke. Freund Ehrich hat sich erledigt. Dort hinten Tausch-Marton - ich konnte es nicht so genau sehen

Tausch-Marton:

Ich würde diese Meinung auch unterstützen. Wir machen mit einen solchen Runden Tisch Leute wieder gesellschaftsfähig, die nicht gesellschaftsfähig sind. ..... gemeinsam wieder auf eine neue Ebene ..... wenn wir das wollen, dann können wir Verhandlungen mit CDU/CSU führen. (Beifall)
Wir sollten auch den Mut dazu bewahren, wenn wir der Meinung sind - ich komme auf das zurück, was ich vorhin gesagt habe - wenn wir für die Partei eine ...? sein wollen, dann müssen wir das auch entsprechend untersetzen.

de Maiziere:

Gut. Freund Engel.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Engel:

Ich bin für diesen Antrag aus dem einfachen Grund, hier geht es um so weitreichende und einschneidende Dinge für das Leben des Volkes - ich glaub dieses Volkes muß man so sagen - also beider deutscher Staaten .... das man hier versuchen muß, über alle diese Dinge, sei es Wirtschafts-, Währungs und Sozialunion - über alle Dinge einen breiten Konsens findet .....?

de Maiziere:

Gut. Bevor wir die Diskussion fortsetzen, möchte ich die Herrn hier vorne rechts von mir fragen, die gerade ihr Licht angeschaltet haben, von wo sie sind und ob es eine Absprache diesbezüglich gegeben hat.

- Nicht verständlich. -

Ich denke, wir sollten nichts dagegen haben, aber man möchte doch wenigsten gefragt sein.
Freund Ehrich.

Ehrich:

Liebe Freunde, ich möchte mich ausdrücklich gegen diesen Antrag aussprechen. Ich muß noch einmals darauf zurückkommen, was bereits gesagt worden ist. Es geht darum - und da gebe ich Recht, es sind weitgehende Vorstellungen dort gemeinsam zu entwickeln, die die gesamte Entwicklung ...., aber wer kann denn die Probleme bestimmen(?) (Tagungsbüro redet unaufhörlich dazwischen - unverständlich)

de Maiziere:

Freund Liwowski

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Liwowski:

Ich möchte einen Vorschlag machen dazu. ~~Und zwar~~ Ich meine Runder Tisch wurde deutlich gesagt - ich stimme dem zu , aber in der jetzigen Übergangsregierung sind nun mal die Vertreter des Runden Tisches mit enthalten. Und die CDU, wir sollten dort einbringen, daß das in den Verhandlungen in der nächsten Woche in Bonn zum tragen kommt. Das wäre mein Kompromißvorschlag.

de Maiziere:

Gut. vielleicht könnte in den folgenden Wortmeldungen ohnehin bedacht werden, daß dieser Antrag zwei Elemente enthält. Nämlich den, das Element, daß über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gesprochen und verhandelt werden muß und zweitens welches Gremium damit beauftragt werden sollte. Ich denke, zu dem einen kann man sehr viel leichter ja und zu dem anderen sehr viel weniger leicht ja sagen.
Gut. Freund Sladezek, Freund Moritz.

Sladezek:

Ich möchte zu bedenken geben, daß es sich ja hier um eine Frage handelt, die vor allem viele werktätige Menschen berührt. Und wir kennen ja auch in der Bundesrepublik die sogenannte konstertierte Aktion, wo also Regierung und Gewerkschaften gemeinsam solche schwerwiegenden Fragen entscheiden. Also ich würde meinen, selbst nach dem 18. März sollten wir zu solchen Gesprächen die Regierung und die Gewerkschaften von uns auch auffordern - und drüben ebenso -. So daß also nicht der Runde Tisch und die Regierung, sondern die Regierung und die Gewerkschaften gemeinsam zu diesen Fragen verhandeln(?)

de Maiziere:

Das ist nun der dritte Antrag oder die dritte Variante.
Freund Moritz.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Moritz:

Ich spreche mich gegen den Antrag aus auch gegen die bisher vorgebrachten Kompromißvorstellungen. Wir haben gemeinsam beschlossen: gemeinsame Ausschüsse CDU - CDU. Darauf sollten wir zurückkommen und ansonsten solche Fragen der legitimierten Volksvertretungen oder Parlamente überlassen(?)
Beifall.

de Maiziere:

Das könnte so verstanden werden, daß man sagt: Das wird als erstes mit in Auftrag gegeben.
Gut. Freund Stoerk.

Stoerk:

Schluß der Debatte.

de Maiziere:

Gut. Schluß der Debatte.
Freund Moritz, wollen Sie Ihre Anregung als Antrag begriffen wissen, daß dieser Gedankengang in die Tätigkeit solcher Kommissionen eingebunden werden sollte?

Moritz:

Ich halte das nicht für erforderlich. Welche gemeinsamen Ausschüsse wir als CDU - CDU bilden, das sollte das Präsidium entscheiden oder der Parteivorstand, wenn es entsprechend .....

de Maiziere:

Gut. Dann stimmen wir jetzt einzig und allein über diesen Antrag ab, der hier Runder Tisch.
~~wir stimmen ab, darüber, ob eine solche Initiative von uns ausgehend am Runden Tisch erfolgen soll oder nicht. Wer dafür ist,~~

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Schluß der Debatte war - ist beantragt worden - ich hatte ja nur nachgefragt, ob der letzte Beitrag als Antrag zu begreifen war. Bloß Schluß der Debatte enthebt mich nicht der Abstimmungsnotwendigkeit.
Wir stimmen ab darüber, ob eine solche Initiative von uns ausgehend am Runden Tisch erfolgen soll oder nicht. Wer dafür ist, den bitte ich ums Handzeichen.
(Hinweis)
Wer sich dem Antrag: Schluß der Debatte anschließen kann, den bitte ich um das Handzeichen.
Den Applaus hatte ich schon für Zustimmung gehalten.
Alles muß gelernt werden.
Nun zum Sachantrag. Wer dafür ist, eine solche Initiative zu ergreifen, den bitte ich ums Handzeichen.
Dafür: zwei. Wer dagegen ist ...
Zählen wir doch die Enthaltungen, dann wwürde es leichter sein.
Eine. Und ausgehend davon, daß es 66 Stimmberechtigte gibt, zwei Gegenstimmen, eine Enthaltung nehme ich an, daß es mit 63 abgelehnt worden ist.

Liebe Freunde, ohne daß ich jetzt kenntlich und deutlich machen will, beantrage ich für den nächsten Punkt Ausschluß der Öffentichkeit. Es gibt einen Antrag, der meine ich, nur unter uns verhandelt und entschieden werden sollte.
Wer ist bereit und der Auffassung, daß er mir soweit trauen kann, daß es ein Gegenstand ist, der dies erforderlich macht, den bitte ich ums Handzeichen.
Dankeschön. Wer ist gegen - keiner. Enthaltungen - zwei.
Ich bitte,die "Nichtöffentlichkeit" herzustellen.
Ich bitte a) nocheinmal zu prüfen auf der Galerie und auch hier hinten, ob zu ist und wir haben uns eben hier nocheinmal verständigt, wir sind der Auffassung, daß auch Mitarbeiter, die nicht Mitglieder des Parteivorstandes sind, an dieser Aussprache nicht teilnehmen können.
Bezirksvorsitzende nehmen aber mit beratender Stimme an Parteivorstandssitzungen teil. Insofern würde ich das etwas anders sehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Kirchner:

Nicht mitschneiden, wenn sich das trennen läßt von der Lautssprecherübertragung. Auf jeden Fall den Mitschnitt einstellen ggf. ganz abstellen.

Band V, Seite 10:

l e e r !

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Band VI, Seite 17:

de Maiziere:

... der Vorlage, die vom 8. 2. ist, ist dies nicht enthalten. Und ich denke nicht, daß wir am Ende einer Parteivorstandssitzung wie der heutigen über eine so wichtige Frage noch entscheiden und befinden können. Und das, was Ihnen Freund Radzimanowski versprochen hat, kann ich nicht ahnen aus dem Papier.

Kirchner:

Liebe Freunde, ich denke ein zweiseitiger Antrag - faßt zweiseitig - kann doch hier nur verhandelt werden, wenn jedes Mitglied des Parteivorstandes den Wortlaut in der Hand hat. Und wenn in der Post vom 9. 2. im Hause per Ablichtung das in meiner Postmappe liegt, also dies nicht beim Präsidium vorliegt zur Aufnahme in die Tagesordnung, weder rechtzeitig noch überhaupt, dann können wir nicht einfach hier locker damit verfahren. Der vorschlag des Vorsitzenden lautet.: Dieses wird im Präsidium zur nächsten Tagesordnung am 25. aufgenommen. Dabei ist noch einmal mit dem Ausschuß Außen- und Deutschlandpolitik zu klären, welchen Wortlaut der Antrag nun haben soll, damit wir wissen, was wir zu tun haben. Es ist doch kein Geschäftsgebaren, wenn wir einfach jetzt nur in lockerer Form über die Sache als Antrag verfahren und Sie wissen gar nicht worüber Sie eigentlich beschließen.

de Maiziere:

Außerdem denke ich, ist es eine Frage der Abstimmung und des fairen Umgangs unter Kommissionen. Es gibt also hier eine Kommission Außen- und Deutschlandpolitik und es gibt eine

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Grundwertekommission, die das Programm erarbeiten soll. Und wenn da was bei rauskommen soll, müßte dies bevor dies hier in eine Parteivorstandssitzung als Sachaussage kommt in Abstimmung mit Kommissionsarbeit geschehen,und ich gehe davon aus, wenn es um die Aufnahme in ein Programm gehen soll, daß bei solchen Dingen Federführung bei der Programm- bzw. Grundwertekommission liegen muß. Wir werden also dies - so schlage ich vor - diesen Antrag - das wäre nun mein Antrag, damit wir hiermit auch formal richtig umgehen - ich stelle den Antrag, diesen jetzt gestellten Antrag an die Grundwertekommission zu verweisen und bis zur nächsten Parteivorstandsitzung am 25. 2. eine Entscheidungs- und Beschlußvorlage zu erarbeiten.

Unionsfreund?:

Ich bin Mitglied dieser Kommission. Ich schließe mich dem Antrag an und befürworte diesen ..... Ich muß sagen, um das mal klarzustellen - diese Kommission, die sich da am Donnerstag erst gebildet worden ist, hat den Auftrag mitgenommen aus der letzten Parteivorstandssitzung einen Standpunkt zur Deutschlandpolitik zu erarbeiten. Das war übriggeblieben(?) Ich möchte erinnern an den Antrag Fahrplan für deutsche Einheit.

Einwurf: Stufenplan.

Dieser Auftrag ist an die Kommission über die Abteilung hier im Hause ergangen und diesen Auftrag haben wir abzuarbeiten. Es ist ein Ausdruck dessen, was ich heute früh gesagt habe, daß leider die Arbeit im Hause noch nicht so koordiniert klappt, wie wir uns das wünschen, wie wir das brauchen.

König:

Ich halte es für unbedingt notwendig .....
- nicht verständlich -
Bittet, daß das vorhergesagte im Raum bleibt und in keinem Protokoll erscheint.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

de Maiziere:

Danke Freund König. Nun hatten wir gerade in unserer nichtöffentlichen Sitzung besprochen, bestimmte Grundsätze, die für unsere Tätigkeit gelten sollten und unter diesem Aspekt frage ich, ob wir diese Frage Arbeiter diskutieren wollen und b) ob wir sie zur Abstimmung bringen wollen?
Gibt es noch Wortmeldungen zu dieser Problematik?
Dies ist offensichtlich nicht der Fall.
Ich hatte den Antrag gestellt, Überweisung des Antrags an die Progrmmkommission bzw. Grundwertekommission. Wer kann sich diesem Überweisungsantrag anschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.
Dankeschön. Das ist sicherlich die übergroße Mehrheit. Wir wollen dennoch fragen, wer ist dagegen? Dies sind sechs. Wer enthält sich der Stimme: fünf.
Der Antrag ist damit an die Grundwertekommission überwiesen.

Liebe Freunde, wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Wir haben die Dinge, die ich hier seitens des Präsidiums und unsererseits einzubringen waren, abgehandelt. Wir haben die von Ihnen gestellten Anträge berücksichtigt. Wir haben beschlossen, und dies wollen wir festhalten, daß die nächste Parteivorstandssitzung am 25. 2. stattfindet. Da dies ein Sonntag ist, wollen wir darauf hinweisen, daß wir diese erst um 13.00 Uhr beginnen, damit jeder, der am Sonntagvormittag das zu tun hat, was ein Christenmensch zu tun hat auch tun kann. Wir wollen vielleicht noch, um etwaigen Spekulationen und Gerüchten vorzugreifen soweit informieren, daß wir in der nicht öffentlichen Sitzung eine Personlafrage zu besprechen hatten, die aber nicht zu einer personellen Veränderung innerhalb der Leitungsorgane der CDU geführt hat. Ich weise darauf hin, daß für alle noch ein Imbiß aufgebaut ist, den wir dann einnehmen wollen, wenn uns die Flut von Geschäftsordnungsanträgen nicht noch übermannt.
Bitteschön, Freund Sladezek.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP

ACDP. CDU in der SBZ/DDR, 07-011-3135.

Sladezek

Ich stelle den Antrag, die nächste Parteivorstandssitzung nicht erst um 13.00 Uhr zu beginnen. Wir müssen ja auch noch nach Hause kommen , wir wissen nicht, wie lange sich das hinzieht. Am nächsten Tag ist Montag und ein Arbeitstag. Also wer in die Kirche gehen will, kann das sicherl ich auch so tun, aber 10.00 Uhr oder 11.00 Uhr beginnen.

de Maiziere

Es bliebe dann die Möglichkeit, um 11.00 Uhr zu beginnen und das diejenigen, die anreisen durchaus in Berlin um 10.00 Uhr einen Gottesdienst zu besuchen. Wollen wir dies so als Verständigung gelten lassen - Beginn 11.00 Uhr.
Parteivorstand: 25. 2. 90, 11.00 Uhr, hier in diesem Raum.
Und jetzt sind Sie eingeladen zu dem Imbiß und ich wünsche dann guten Heimweg und gute Arbeit in den Tagen bis zum 25. 2.

Ende.

Konrad-Adenauer-Stiftung - ACDP